

gut sind, werden Sie von uns die Unterstützung haben. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 16.45 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Lopatka das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (16.45 Uhr): Frau Landesrätin! Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Abgeordnete Schinnerl hat gefragt, wie ich dazukomme, daß ich diesen Antrag gestellt habe. Ich habe diesen Antrag deswegen gestellt, weil uns Sozialpolitik ein ernstes Anliegen ist und weil ich glaube, auch wenn andere Themen größeres öffentliches Interesse haben, daß Sozialfragen in Zukunft den Landtag in einem Ausmaß beschäftigen werden, wie es in der Vergangenheit nicht einmal ansatzweise der Fall war. Ich nenne Ihnen nur eine Zahl, 1960 hatten wir in der Steiermark 188.000 Personen, die über 60 waren. Sollte ich einmal 60 werden, im Jahr 2020, haben wir 360.000, die über 60 sind. Eine Verdoppelung innerhalb einer Generation. Jetzt sage ich Ihnen noch eine Zahl, 1960 hatten wir in der Steiermark 17.000, die über 80 waren, im Jahre 2020 haben wir 85.000, die über 80 sind, eine Verfünffachung. Und mit dem Alter steigt die Pflegebedürftigkeit, mit der zunehmenden Alterung der Gesellschaft ist einfach die Sozialpolitik stärker gefordert. Die wenigsten wissen es: „94 Prozent der Pflegegeldbezieher sind über 60!“ Wenn es hier eine Verdoppelung gibt, dann wissen wir, was in diesem Bereich auf uns zukommt. Und daher halte ich diesen Bereich für enorm wichtig, und ich hätte hier gerne einen Zwischenbericht gehabt, und da stimme ich wieder mit Kollegen Schinnerl überein: Das, was hier vorgelegt worden ist, ist nicht einmal ein Zwischenbericht, weil leider nichts in diesem Bericht steht. Aber in einem sehe ich mich schon bestätigt, obwohl es immer von der Frau Landesrätin anders dargestellt worden ist, daß das, was wir an Rückersatz von den Behinderten hereingeholt haben, nie Millionen gewesen wären und daß es diese Aufregung nicht wert war. Der Bericht zeigt sehr deutlich, daß das Behindertengesetz mehrfach novelliert werden muß. Wir haben es im Frühjahr beschlossen, am 1. November haben wir rückwirkend per 2. August wieder außer Kraft gesetzt. Dann haben wir noch einmal eine Novelle gemacht, um wieder einen Bereich außer Kraft zu setzen. Das heißt, wir haben hier Reparatur an der Reparatur leisten müssen. Ich hoffe, daß es beim Sozialhilfegesetz anders sein wird, denn da haben wir vor der Reparatur schon eine Vorlage nach der anderen bekommen. Wir haben mittlerweile jetzt die sechste Vorlage, ein halbes Dutzend an Vorlagen zum Sozialhilfegesetz. Ich hoffe, daß Vorlage für Vorlage hier eine Verbesserung eingetreten ist und daß wir am 15. Oktober – das ist meine Bitte an Sie, Frau Landesrätin – von Ihnen dann eine Vorlage erhalten, die auch vom Verfassungsdienst als eine gebilligt wird, die verfassungskonform ist, damit wir endlich zur Beschlußfassung des Sozialhilfegesetzes kommen. Und da habe ich mich bei den Parteienverhandlungen gewundert über die stoische Ruhe der Oppositionsfractionen, da wir jedesmal mit einer neuen Vorlage konfrontiert werden. Hat man sich in die alte Vorlage eingelese, bekommt man eine neue Vorlage. Jetzt

haben wir ein halbes Dutzend an Vorlagen. Vielleicht ist es besser, weil es bei den Betroffenen keine derartige Verunsicherung bringt, viele Vorlagen zu haben, aber dann eine Beschlußfassung, die hält. Ich bitte Sie auch, Frau Landesrätin, zu klären, weil es Übereinstimmung bei allen Fraktionen gegeben hat, ob es dienstrechtlich möglich ist, und ich hoffe sehr, daß wir dieses neue Sozialhilfegesetz mit einer Fünfparteieneinigung beschließen können, was die Integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel betrifft. Wir haben übereinstimmend geklärt, daß das Gesetz befristet sein soll, und wir haben auch übereinstimmend geklärt, daß wir einfach eine Zeitlang noch die Verbände haben werden. Es soll aber möglich sein, wenn der Bürgermeister den Vorsitz in einem Verband hat, daß die Geschäftsstelle in den Bezirkshauptmannschaften bleibt. Um diese Klärung würde ich bitten, und zwar rechtzeitig bis zum 15. Oktober, damit wir nicht wieder dort zusammenkommen und dann wieder auseinandergelassen werden, weil wir dort innerhalb der Verhandlungen so entscheidende Fragen dann nicht klären können. Die Sozialpolitik fordert von jedem Abgeordneten von uns, daß wir uns auch dann für zuständig fühlen, wenn wir auch formalrechtlich nicht zuständig sind. Und da hätte ich eine tagesaktuelle Frage an Sie, und zwar ob das stimmt, was ich heute in den Nachrichten gehört habe, Frau Landesrätin, bei dieser verwahrlosten blinden Frau, die in einem furchtbaren Zustand aufgefunden worden ist, daß man seitens Ihres Büros erklärt hätte, für solche Mißstände nicht zuständig zu sein. Stimmt diese Meldung, die heute zu Mittag im Radio war? Wenn das so ist, dann finde ich das sehr traurig, weil natürlich so hilflose Menschen, wie eine blinde Frau, die in einem bedauernden Zustand angetroffen worden ist, unsere Hilfe brauchen. Wenn dann erklärt wird, daß Sie dafür nicht zuständig sind, dann finde ich das für traurig – aber vielleicht war es aber eine Falschmeldung. Es war jedenfalls heute um 12.30 Uhr im Radio so zu hören. Ich hätte dazu gerne, wenn es Ihnen möglich ist, Frau Landesrätin, hier im Landtag eine Antwort. Zum Schluß kommend, weil wir ohnehin schon bei den anderen Tagesordnungspunkten sehr viel Zeit in Anspruch genommen haben, wäre einfach meine dringende Bitte an Sie, Frau Landesrätin, daß wir gemeinsam schauen, daß wir es uns nicht so leicht machen in der Sozialpolitik. Und diese Vorlage, dieser Zwischenbericht, ist in einer Form abgefaßt, Frau Landesrätin, wo ich glaube, daß Sie es sich wirklich zu leicht gemacht haben, weil null drinnen steht. Man weiß dadurch keinesfalls, was tatsächlich an Auswirkungen vom Sparpaket hier in der Steiermark für die Betroffenen zu verspüren war. Ich bitte Sie, Frau Landesrätin, daß Sie, und Sie haben jetzt neue Aufgaben dazubekommen, die sicherlich auch viel Zeit in Anspruch nehmen, nämlich die Schulpolitik, schauen, daß wir zu keinem Stillstand in der Sozialpolitik kommen und daß wir möglichst rasch das Sozialhilfegesetz verabschieden können. Denn wir haben eine Vereinbarung nach Artikel 15 a B-VG mit dem Bund. Diese Vereinbarung verpflichtet uns, bis zum Jahr 2010 umfassend die Pflegevorsorge in der Steiermark aufzubauen und auch entsprechende Maßnahmen zu setzen. Jetzt könnte man sagen, da ist ja noch genügend Zeit. Ich glaube nicht, daß hier genügend Zeit ist. Ich habe eingangs erwähnt, welche Entwicklung wir in diesem

Bereich haben. Wir sind hier massiv gefordert, daß wir rechtzeitig reagieren. Ich würde Sie auch ersuchen, daß wir darüber nachdenken, wie wir in der Angehörigenbetreuung hier auch zu Fortschritten kommen, weil wir dieses große Aufgabenfeld, das hier auf uns zukommt, nur bewältigen werden können, wenn wir die notwendige Unterstützung auch von den Familien und von den Angehörigen haben. Diese dürfen wir dabei aber nicht allein lassen. Diese Dienste können ja immer nur familienergänzend sein. Unser Ziel darf niemals sein, daß diese Dienste familienersetzend sind, denn das wäre unfinanzierbar. Schauen wir auch, daß wir zu Fortschritten bei der Sozialversicherung für pflegende Angehörige kommen. Das wollte ich hier sagen, und ich bitte Sie, daß wir in Zukunft, wenn wir uns mit Sozialfragen beschäftigen, von Ihnen hier im Landtag entsprechende inhaltsschwere Berichte bekommen, und nicht solche wie den heutigen Zwischenbericht. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 16.54 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landesrätin Dr. Rieder. Es steht einem Regierungsmitglied zu jeder Zeit und während jeder Diskussion zu, sich zu Wort zu melden, damit das auch keine Fehlinterpretationen aufkommen läßt. Ich bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin Dr. Rieder (16.45 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Abgeordneter!

Sie haben diesen traurigen Fall von der verwahrlosten älteren Frau angesprochen – wie alt sie ist, weiß ich nicht genau. Aber ich möchte dazusagen, das mit dem Nicht-zuständig-Sein müssen Sie mißverstanden haben. Ein Mitarbeiter meines Büros hat gesagt, daß wir noch keine nähere Information haben, diese aber angefordert wurde. Es ist nur soviel bekannt, daß eine Sozialarbeiterin der Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung zu dieser Frau Kontakt gehabt haben soll. Es soll auch der Distriktsarzt dort gewesen sein, ob einmal oder mehrmals weiß ich nicht genau. Was vom Distriktsarzt beziehungsweise von der Sozialarbeiterin veranlaßt wurde, habe ich auch noch nicht erfahren. Aber ich bin gerne bereit, Ihnen eine Information zukommen zu lassen. Ich werde der Sache aber auf jeden Fall nachgehen, was los ist, weil wir jeden einzelnen solcher Fälle für die Zukunft zumindest verhindern müssen. Wenn Sie angesprochen haben, daß im Zuge der Pflegevorsorge, wie die Verträge zwischen Bund und Ländern nach Artikel 15 a der Bundesverfassung abgeschlossen wurden, so sind die Länder, und das haben Sie richtig gesagt, die Verpflichtung eingegangen, Bedarfs- und Entwicklungspläne zu erstellen. Wenn Sie die Pressemeldungen verfolgt haben, so habe ich diesen steirischen Bedarfs- und Entwicklungsplan bereits im Frühjahr dieses Jahres vorgestellt – also mehr als rechtzeitig. Wir gehen jetzt daran, diesen Plan auch entsprechend umzusetzen und Vorsorge zu treffen, daß wir für diese Entwicklung, wonach der Anteil älterer Menschen am Gesamtanteil unserer steirischen Bevölkerung im stetigen Steigen begriffen ist, entsprechend gewappnet sind. (Beifall bei der SPÖ. – 16.56 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Keshmiri das Wort.

Abg. Keshmiri (16.56 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich glaube der Anlaß für die Einforderung einer Vorlage bezüglich Auswirkungen des Sparpaketes im Sozialbereich war damals die „Horuck-Aktion“, wenn ich das so bezeichnen darf, in bezug auf die Rückersatz bei Behinderten. Ich glaube, wir sollten auch daraus lernen. Ich habe keine Bedenken, wenn wir bei den Sozialhilfeparteienverhandlungen etwas länger brauchen, zwei oder drei Vorlagen dafür brauchen. Wenn es ein neues Sozialhilfegesetz geben soll, dann soll es so eines geben, das auch für Jahre hält. Es ist auch jetzt in der Debatte die Armut zur Sprache gekommen. Darauf möchte ich konkret eingehen, und zwar in bezug auf die Gleichwertigkeit. Im Sozialhilfegesetz in der Steiermark gibt es zum Beispiel gravierende Unterschiede zwischen den Bundesländern Tirol und Oberösterreich, auch in Wien. Es gibt Schwankungsbreiten in der Höhe zwischen 3700 und 5400 Schilling. Bei den Zusatzleistungen im Wohnbereich wird zum Beispiel in Tirol der tatsächliche Aufwand berechnet, in der Steiermark nur der vertretbare Aufwand. Auch bestehen makante Ungleichheiten, was die Gewährung der Sozialhilfe in Ergänzung mit dem Arbeitslosenbezug betrifft. In einigen Bezirken in der Steiermark werden grundsätzlich keine Sozialleistungen gewährt, wenn Arbeitslosenhilfe in Anspruch genommen wird. Diese Gleichwertigkeit möchte ich jetzt auch auf die Sozial- und Gesundheitsprengel ausdehnen, wo es mir darum geht, daß die Sozial- und Gesundheitsprengel, wenn sie die Leistung erbringen sollen, für die man sie einsetzt, nicht von den Sozialhilfverbänden abhängig sein sollen. Nur unter dieser Voraussetzung können wir dem Sozialhilfegesetz zustimmen, das heißt, wenn Gesundheitsprengel autonom mit der Finanzierung arbeiten können, wenn sie autonom entscheiden können, welche Hilfeleistungen sollen in Anspruch genommen werden, welche Hilfeleistungen brauche ich noch im Bezirk? Jetzt schaut es in der Praxis so aus, daß, je nachdem, wie reich oder wie arm ein Sozialhilfverband ist, die Leistungen dann in Anspruch genommen werden können, und das hat für mich auch mit Gleichwertigkeit zu tun. Jeder Mensch soll die gleichen Leistungen in Anspruch nehmen können, wenn er sie braucht. Auch, was die Richtlinien über die Kostenbeteiligungen des Landes betrifft, wird man noch debattieren müssen. Es wird jetzt bei den nächsten Parteienverhandlungen eine Stellungnahme eingefordert. Wir werden sämtliche Punkte, die bis jetzt von unserem Vorschlag noch nicht berücksichtigt worden sind, einbringen. Sie können sicher sein, ich werde ein Adlerauge darauf werfen. Danke. (16.59 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich und erteile als nächstem Redner dem Herrn Abgeordneten Dr. Wabl das Wort.

Abg. Dr. Wabl (16.59 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte diesen Tagesordnungspunkt zum Anlaß nehmen, um auf zwei Fragen einzugehen. Die eine ist,

daß wir doch stolz darauf sind, die Zeit heilt zwar manche Erinnerung, aber wer die Budgetdebatte vor eineinhalb Jahren noch in Erinnerung hat, weiß, wie vergeblich wir damals eingetreten sind gegen die Novellierung des Behindertengesetzes und gegen die Novellierung des Sozialhilfegesetzes. Gott sei Dank hat es dann dort Einsicht gegeben, und die Kollegin Zitz hat es sehr anschaulich hier ausgeführt, wie manchen die Relationen verschoben sind. 50 Millionen prognostizierte Einnahmen aus dem Kostenersatz, und auf der anderen Seite 45 Millionen Schilling für Dienstautos. Hier stellt sich sicherlich die Frage, wie diese Gesellschaft mit dem Gesetzgeber umgeht oder auch wie er als Land umgeht mit dem mühsam erarbeiteten Einkommen von sozial Schwächeren. Auf der anderen Seite, wie wir gewisse Bewegungsmöglichkeiten ausstatten wollen. Aber erlauben Sie mir, daß ich nur ganz kurz aus diesem Anlaß zu dem aktuellen Thema „Pensionsreform“ Bezug nehme, ohne daß ich die ganze breite Problematik hier ausführe. Der Kollege Brünner hat schon vorher erwähnt, daß eine Pensionsreform, eine echte Pensionsabsicherung nur in Richtung einer Grundabsicherung gehen kann und daß unser System, das ja fälschlicherweise – ich will hier niemand provozieren – von Seiten der SPÖ, vor allem aber auch von Seiten mancher ÖVPLer als das beste, das dichteste und das vorzüglichste Sozialsystem oder Pensionssystem der Welt gepriesen wird und alles daranzusetzen ist, daß dieses Sozialsystem für die nächsten Jahrzehnte gesichert sein muß. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor allem die Frauen hier werden mir recht geben, ich habe heute wieder einen Beschlußantrag in Vorbereitung, daß dieses System, vor allem das Pensionssystem überhaupt, nicht das sicherste, das beste und das dichteste dieser Welt ist. Es ist – um nach dem Sozialwissenschaftler Marin zu sprechen oder mit seinen Worten, ich habe das vor zehn Jahren auch schon gesagt – das teuerste der Welt, aber es ist auch das ungerechteste der Welt. Es war für mich immer und es ist kein Geheimnis, daß ich 15 Jahre bei der SPÖ gegen dieses System angekämpft habe, das vor allem zwei ganz entscheidende Fehler hat. Es fehlt die ausreichende Grundabsicherung vor allem für Frauen, die nicht im Erwerbsleben eingebunden sind oder waren oder nicht in einem Eheband eine gewisse Absicherung erfahren. Wir haben die groteske Situation, daß wir im Rahmen dieses Pensionssystems verschiedene Pensionshöhen haben, die bis zu 50.000, 100.000 und noch mehr Schilling gehen. Es gibt in Österreich geschätzte 100.000 Pensionisten, die 15.000 Schilling und mehr Pension haben. Ein besonderes Musterbeispiel war vor zwei Monaten im Fernsehen: Der Generaldirektor Kinzel mit geschätzten 115.000 Schilling netto im Monat. Und auf der anderen Seite haben wir fast 200.000 – ich weiß, die Kollegin Beutl gähnt dabei schon, wenn ich das sage, es ist leider so, du wirst mir recht geben, es ist erschütternd, daß wir auf der anderen Seite in diesem so gepriesenen Sozialstaat 200.000 vor allem Frauen haben, Frauen, die zu Hause geblieben sind, Frauen, die nicht in einem Arbeitsprozeß eingespannt waren, oder Frauen, die aus dem Eheband durch eine Scheidung ausgeklinkt worden sind, die keine eigene Pension haben. Ich rede gar nicht von denen, die eine Ausgleichszulage haben, die dann auch gekürzt wird. Und wenn man in einer Bilder-

sprache das vergleicht, wenn man die Pension des Heinz Kinzel nimmt, der gesagt hat im Fernsehen, wenn man über die Pensionen diskutiert, entsteht Verunsicherung. Ich sage Ihnen, es ist höchste Zeit, daß wir darüber diskutieren, daß diese Pension in der Form nicht aufrechterhalten wird und daß man die auf andere aufteilt. Und wenn ich die Damen der SPÖ-Fraktion anschau, mit 150.000 Schilling netto, da könnte ich zehn Frauen, die derzeit keinen Pensionsanspruch haben, mit einer monatlichen Pension von 10.000 Schilling eine menschenwürdige Pension, einen menschenwürdigen Lebensherbst garantieren, wo sie doch einen wesentlichen Beitrag für die Gesellschaft geleistet haben, indem sie Kinder in die Welt gesetzt haben und Kinder aufgezogen haben, in dem Fall tragen sehr oft die eigenen Kinder zu diesem Generationenvertrag bei, indem sie arbeiten und Beiträge einzahlen, und auf der anderen Seite ist der Heinz Kinzel, der 150.000 Schilling im Monat netto hat. Wenn ich das jetzt unverteile, könnte ich zehn Frauen damit bedienen, und er hätte immer noch 50.000 Schilling. Genug, um in Saus und Braus zu leben. Dieses Pensionssystem ist reformbedürftig, und ich habe dem Kanzler Klima einen Brief geschrieben, der natürlich nie beantwortet werden wird, daß ich erschüttert bin, daß auch bei dieser Pensionsreform, Kollegin Pußwald, wir haben gemeinsam einmal diskutiert, die Eintrittschancen für die Frauen nicht verbessert werden. Es wird zwar verbessert die Ziffer für die Kindererziehungsanrechnung, aber die Möglichkeit, daß neue Gruppen von Frauen, die bisher vor dem Nichts stehen, in dieses Maschennetz eingebunden werden, keine einzige Silbe habe ich davon gehört, kein einziges Wort, keinen einzigen Vorschlag. Ich weiß schon, das interessiert offensichtlich viele nicht mehr. Ich persönlich glaube, daß dieser Sozialstaat, dieser Staat daran gemessen werden wird, ob wir eine Grundabsicherung für alle erreichen, ob wir es zusammenbringen. Und ich habe es miterlebt als Richter in Feldbach, daß nicht Frauen mit 50, die der Mann in die Wüste schickt, daß diese kämpfen müssen um ein paar Schillinge Unterhalt, damit sie wissen, daß sie mit 4000 oder 5000 Schilling leben können. Ich kenne genug Fälle von Frauen, die die nächsten 30 Jahre keine Pension haben werden, weil der Mann auch so alt werden wird und wir nur hoffen können, daß alle Monate die 4000 Schilling Unterhalt einlaufen, dann womöglich wertgesichert, das nächste Jahr 4400 Schilling. Ich kenne in Fürstenfeld genug Beispiele, wo auf der einen Seite eine geschiedene Frau mit drei Kindern mit 4500 Schilling leben muß, und im Nachbarhaus wohnen Pensionisten, die haben 40.000 oder 50.000 Schilling netto, und das im Sozialstaat Österreich. Daher appelliere ich, und wir werden noch einen Versuch starten, daß wir ein Personenkomitee aufstellen für eine gerechte Pensionsreform. Ich appelliere dringend, weil wenn diese Chance vertan ist, dann gehen wieder zehn Jahre vorbei, daß wir im Interesse der Frauen in dem Land eine Grundabsicherung einführen, daß wir eine Pension abschließen, wie immer das dann finanziert wird, aber das ist für mich eine grundlegende Voraussetzung, um eine menschenwürdige Absicherung, ein menschenwürdiges Pensionssystem herbeizuführen. Ich will jetzt gar nicht reden vom Durchrechnungszeitraum. Da bin ich auf der Seite der Gewerkschaft. Ich bin

nicht dafür, daß von 15 auf 20 erhöht wird bei den Schwächsten der Schwachen und bei den Frauen, solange nicht bei den Beamten – ich bin selbst einer – hier ein entsprechender Durchrechnungszeitraum eingeführt wird. Weil eines ist in der Vergangenheit sehr oft unbemerkt geblieben, auch Kollegin Pußwald, auch die Ministerin Dohnal hat es nicht bemerkt. Sie war Ministerin oder Staatssekretärin. Milliarden sind damals eingespart worden durch Veränderung des Durchrechnungszeitraumes zu Lasten vor allem der Frauen, zu Lasten der geringer verdienenden Frauen. Milliarden von Schillingen, und kein Mensch hat darüber gesprochen, weil bei der Pensionsreform hat es immer geheißt, wir verändern ein bißchen den Durchrechnungszeitraum. In Wirklichkeit hat man sich dort Milliarden erspart, und dann ist die Ministerin Dohnal zurückgekommen von Sibirien oder von wo immer und hat gesagt, wie gibt es das, daß in diesem Land auf einmal so viele benachteiligte Frauen da sind ohne Pension? Da hätte man die Frage stellen müssen, wo sie in diesen letzten 20 Jahren war, ob sie auch sich beteiligt hat. Ich weiß keinen Ausweg. Für den Kanzler Klima ist dieses Thema schon abgehakt. Er hat das schon abgestrichen. Kollegin Gross, du wirst mir recht geben, diese Mindestabsicherung ist für viele Frauen in dem Land einfach ein rettender Strohalm. Wir sollten das jetzt einführen, wie immer das dann heißen mag, Pensionssplittung oder Einbezahlung, unterschiedliche Ausbezahlungen. Ich habe dafür kein Patentrezept. Mir wäre es am liebsten, wenn man sagt, eine Grundpension für alle. Ich weiß aber, daß das Gegenargument kommt und daß das eine Frage der Finanzierung ist. Ich bin überzeugt davon, und das läßt sich ausrechnen, bei einer gerechteren Verteilung, bei einem Wegkappen der Spitzen und bei einem vernünftigen Verhältnis zwischen Mindest- und Höchstpensionen wäre eine solche Grundsicherung möglich. Ich bin davon zutiefst überzeugt, und dabei geht es auch um die Bäuerinnen und um die Bauern, weil es gibt Pensionen in einem Mindestbereich, wo viele sich heute schon überlegen, ob sie dort weiter tätig sind, wenn diese Grundpension nicht kommt, dann ist der soziale Friede in unserem Land gefährdet, weil es werden sich die Menschen auf Dauer nicht gefallen lassen, daß sie keine Absicherung haben. Dazu kommt noch die Jugendarbeitslosigkeit, die mangelnde Lebensausicht für junge Menschen. Das birgt natürlich auch Zündstoff in sich, und die eine Dynamik garantiert, vor der wir uns eigentlich wirklich fürchten sollten und die uns auch dazu zwingt oder verleitet, daß wir hier Maßnahmen setzen. Ich verstehe diese Koalitionsregierung nicht mehr, warum sie diesen Schritt nicht setzt. Kollegin Beutl, Kollegin Pußwald und Kollegin Karisch beteuern das hier immer wieder, wie wichtig das ist. Halten Sie das auf Dauer aus, daß Sie hier sitzen im Landtag und die Leute draußen sagen, warum passiert hier nichts? In Wirklichkeit müssen Sie alle zur Kenntnis nehmen, daß in Wien keine Reformen dazu stattfinden. Das letzte Mal haben wir das Komitee zusammengebracht, und zwar daß wir von den 15 Jahren wegkommen und zu 25 Jahren kommen. Das war ein ganz klitzekleiner Erfolg. Das heißt, daß man Frauen mit sechs, sieben Kindern, wenn sie auch keine 15 eigenen Jahre gehabt haben, was sehr schwer möglich ist, wenn sie mehrere Kinder haben, entgegenkommt. Wir haben damals auch den Reformvorschlag

der Katholischen Frauenbewegung mitgetragen, daß man sagt, bei einem Kind 15 Jahre, bei zwei zehn, bei drei oder mehreren fünf – was allerdings eine Kompromißlösung gewesen wäre. Nichts von alledem höre ich. Ich sage ganz ehrlich, und damit bin ich schon fertig, habe allerdings noch den Beschlußantrag einzubringen, daß ich mehr als deprimiert und betroffen bin, daß diese Bundesregierung, die ununterbrochen hinausposaunt, wir sind für die kleinen Leute da, wir sind für das soziale Netz da, nichts weiterbringt. Wir sind dafür da, daß in diesem Lande jeder ein menschenwürdiges Dasein hat. Leider wird aber diese Reform auch wieder nicht Platz greifen. Ich weiß, daß wir nächstes Jahr wieder zusammenkommen werden. Ich appelliere daher an alle, daß wir heute diesen Beschluß über die Bühne bringen. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, dafür Sorge zu tragen (in Klammer sage ich dazu, ich möchte nicht wissen, wie viele Beschlüsse des Landtages oder wie viele Anregungen der Landesregierung von der Bundesregierung nicht einmal ignoriert worden sind, geschweige denn gelesen, wahrscheinlich sind es dort die meisten, die sich denken, daß das ohnedies nur schade um das Papier ist, habe aber die Hoffnung nicht aufgegeben und will mich noch in den Spiegel schauen können, daher probiere ich es hier auch immer wieder), daß im Wege einer bedarfsbezogenen Grundpension der Verarmung im Alter (das steht zwar nicht da), vor allem von Frauen, entgegengetreten wird. Ich weiß es, wie das in der Oststeiermark und in anderen Regionen aussieht. Das ist ein derart dringendes, brennendes Problem. Ich glaube, daß wir das nicht länger unbeachtet lassen dürfen. Ich bitte, diesen Beschlußantrag vielleicht über alle Parteigrenzen hinweg anzunehmen. Ich sage aber nicht, daß es Wurscht ist, ob Sie zustimmen, weil das wird sowieso in Wien ignoriert – das sage ich nicht. Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Ich bitte Sie nochmals, dem zuzustimmen, weil nur ein steter Tropfen den Stein höhlt. Ich appelliere vor allem an die beiden Regierungsparteien, machen Sie Ihren Einfluß geltend in Wien, daß diese Pensionsreform noch nicht abgehakt ist, sondern daß man diese so wichtige Frage der Grundabsicherung bei der neuen Pensionsreform berücksichtigt. Danke. (Beifall bei den Grünen, dem LIF und der ÖVP. – 17.14 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Dr. Reinprecht das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (17.14 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte nur kurz auf die beiden Beschlußanträge, nämlich auf den von Abgeordnetem Brünner und auf den von Abgeordnetem Wabl, eingehen. Ich muß sagen, wir Sozialdemokraten haben Schwierigkeiten mit Anträgen, die nicht nur den Umbau unseres Sozialversicherungssystems intendieren, sondern sogar dessen Abschaffung. Ich gebe Herrn Brünner recht, daß wir eine Debatte darüber führen müssen, nicht nur im Landtag, sondern auf breiter Basis. Ich gebe dem Abgeordneten Wabl recht, daß mit unserem Pensionsversicherungssystem sehr vieles im argen liegt, vor allem im Bereich der Frauen. Trotzdem

möchte ich einige Einwände gegen diese beiden Anträge einbringen. Wenn gemeint wird, eine Grundpension solle der zunehmenden Verarmung im Alter entgegenwirken, so wird doch gemeint sein, und das ist sicher auch intendiert von den Grünen, und hier sind die besten Absichten nachzuweisen, daß eine solche Grundpension pensionserhöhend wirken soll. Wir befürchten das Gegenteil. Wir müssen die politischen Realitäten betrachten, und eine Grundpension wird bei der derzeitigen politischen Realität nie mehr sein als eine staatliche Minimalvorsorge. Wir befürchten, jetzt schon beziehen 80 Prozent aller ASVG-Pensionisten eine Pension unter 14.000 Schilling brutto (Abg. Dr. Wabl: „Das ist die erste Säule!“), daß sie sich genau für diese Gruppen, nämlich nicht für die Spitzenpensionisten, sondern auch für diese Gruppen, in Wirklichkeit um eine Nivellierung nach unten handeln soll. Die zweite Säule soll hier natürlich die private Altersvorsorge sein. So wir das auf dieser Basis diskutieren. Schau dir die Kollektivverträge an in Österreich. Dann denke darüber nach, wie sich jemand eine private Altersvorsorge in Österreich leisten kann, die wirklich ein menschenwürdiges Leben im Alter ermöglicht. In Wahrheit darf das kein Streitthema sein, sondern ein Thema ernsthafter Auseinandersetzung. Du hast hier wirklich in vielen Punkt tatsächlich recht. Es ist aber auch berechtigt, Einwände und Bedenken vorzubringen, die natürlich genauso zur Diskussion stehen sollen. In Wirklichkeit wird dann damit, so wie das derzeit diskutiert wird, zum Beispiel auch von den Liberalen, die Altersvorsorge zur Privatsache erklärt. Ich habe mich auch etwas gestoßen an dem Wort „bedarfsbezogen“. Hier handelt es sich um eine blanke Leerformel. Denn wer bestimmt den Bedarf? Irgendwann hat irgend jemand beschlossen, wir haben keinen Bedarf am zweiten Karenzjahr, irgendwann hat irgend jemand beschlossen, wir haben keinen Bedarf an der Geburtenbeihilfe und ähnliches mehr.

Noch kurz zum Antrag der Liberalen: Für uns hat natürlich die Beschäftigung immer Priorität und die Leistungen, die aus der Beschäftigung erfolgen, bei allen Problemen, die wir besonders jetzt und auch in Zukunft in dieser Sache haben werden. Auch hier befürchten wir, denn Ihre Vorstellung von staatlicher Grundsicherung, Herr Abgeordneter Brünner, soll ein Ersatz sein für alle andere Leistungen, zum Beispiel jener aus der Arbeitslosenversicherung, der Sozialhilfe und der Sozialversicherung, daß es sich de facto für große Bevölkerungsgruppen um eine Nivellierung nach unten handeln könnte. Natürlich sind wir auch dafür, daß alle jene, die nichts haben und die nicht erwerbstätig sind und aus Erwerbstätigkeit keine Leistungen beziehen, eine anständige Grundsicherung haben. Das sollten wir auch weiter ausbauen. Ich habe aufgezeigt, welche Probleme wir Sozialdemokraten mit der staatlichen Grundsicherung haben. Ich wünsche mir, daß in den nächsten Monaten diese Debatte wirklich verstärkt auch unter Einbeziehung der Sozialpartner weitergeführt wird. (Beifall bei der SPÖ. – 17.19 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile es ihr.

Abg. Gross (17.19 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte trotzdem wieder auf die Vorlage zurückkommen. Der Antrag der ÖVP, der einen ersten Zwischenbericht über die Auswirkungen des steirischen Sparpaketes im Sozialbereich fordert, darin wird festgehalten, daß zur Erreichung des Sparzieles im Bereich des Ressorts von Frau Landesrätin Dr. Anna Rieder im Frühjahr 1996 begleitend zu den Landesbudgets für die Jahre 1996 und 1997 das Behindertengesetz, das Sozialhilfegesetz, das Jugendwohlfahrtsgesetz und das Pflegegesetz geändert wurden. Vor allem wegen der Kostenrückersatzpflicht in der Behindertenhilfe gab es wirklich großen Unmut bei den Betroffenen und den Trägerorganisationen der Behinderten. Alle Fraktionen waren im Landhaushof anwesend. Die Rechtsabteilung 9 führt in der uns vorliegenden Vorlage nunmehr richtig aus, daß all diese Änderungen erst mit 1. Jänner 1997 in Kraft getreten sind. Die tatsächlichen zahlenmäßigen Auswirkungen zum Beispiel des neuen einheitlichen Kostenteilungsschlüssels von 64 Prozent Land zu 36 Prozent Sozialhilfeverbände kann erst nach Vorliegen der Abschlüsse des Rechnungsjahres 1997 durch die Sozialhilfeverbände im Frühjahr 1998 festgestellt werden. Den Parteienverhandlern des Sozialhilfegesetzes ist ja auch bereits bekannt, daß sich dieser Kostenaufteilungsschlüssel zwischen Land und Gemeinden auf 60 zu 40 ändern soll. Die Berechnungen der Rechtsabteilung 7 und der Rechtsabteilung 9 haben ergeben, daß diese Kosten neutral sind. Was die Kostenrückersatzpflicht in der Behindertenhilfe betrifft, haben wir bereits im Landtag beschlossen, daß der Kostenrückersatz durch den Behinderten oder seine Angehörigen aus dem Gesetz eliminiert wird beziehungsweise schon geleistet Rückersätze refundiert werden müssen. Zur Prognose der Zahl der betreuungsbedürftigen Menschen im Jahr 2030 von Kollegen Lopatka möchte ich festhalten, daß ich zum Beispiel im Jahr 2030 77 Jahre alt sein werde. Und nachdem es bei mir keinen Familienverband gibt, könnte ich, wenn ich es erlebe, ein Fall für die mobile Versorgung betreuter Menschen, wenn nicht ein Pflegeheimfall, sein, viele von uns. Das sollten wir bedenken.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Antoine de Saint-Exupéry hat einmal gesagt, man kann nicht in die Zukunft schauen, aber man kann den Grund für etwas Zukünftiges legen, denn Zukunft kann man bauen. Wir haben jetzt die Chance dazu. Und die derzeitigen Verhandlungen zum Sozialhilfegesetz geben mir denn doch Hoffnung, daß wir etwas Gutes bauen. Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Brünner hat von Quantität und Qualität der sozialen Anliegen in Österreich gesprochen. Uns geht es nach wie vor sehr gut. Österreich zählt nicht nur zu den reichsten Ländern der Erde. Wir sind noch immer eine Gesellschaft, die zum sozialen Ausgleich fähig ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Noch nicht veröffentlichte Analysen des EUSTAT in Luxemburg weisen uns als Land mit der zweithöchsten Armutsschwelle innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten und der zweitniedrigsten Armutsquote aus. Nur Luxemburg beziehungsweise Dänemark sind uns voraus. Wir haben etwas zu verteidigen. Das können wir aber nur bewerkstelligen, wenn wir mehr tun als nur

bewahren. Wollen wir unseren Wohlfahrtsstaat erhalten, dann müssen wir ihn teilweise umbauen. Wir müssen von der Versorgungsmentalität allein wegkommen. Diese Versorgungsmentalität führt zu Abhängigkeiten. Der Ansatz im neuen Sozialhilfegesetz, vor allem auch die Einführung der ISGS beruht auch auf Selbstbestimmung. Von der Überlegung ausgehend, daß präventive Hilfe effizient und im Ergebnis sogar kostengünstiger ist als nachträgliche und unter Umständen dauernde Hilfeleistung, soll die Leistung sozialer Hilfe neu gewichtet werden. Zuerst sollte präventive Hilfe, dann die Hilfe zur Selbsthilfe und dann erst die Hilfe zur reinen Bedarfsdeckung gewährt werden. Zur Vorlage möchte ich noch hinweisen, daß der vorliegende Bericht als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen werden soll. Und da bin ich anderer Meinung als der Kollege Schinnerl und auch der Kollege Lopatka allem Anschein nach und wir nach dem Vorliegen der endgültigen Abschlüsse – weil es sind mehrere – der Rechnungsabschlüsse 1997 durch die Sozialhilfeverbände sicher noch einmal eine Debatte im Landtag abführen werden.

Zum Beschlußantrag der Grünen und des Liberalen Forums, betreffend den Sozialbericht des Landes Steiermark, möchte ich festhalten, daß Landesrätin Rieder von sich aus bereits eine Grobstruktur für einen Sozialbericht erarbeitet. Frau Abgeordnete Zitz, es steht Ihnen aber selbstverständlich frei, in den laufenden Parteienverhandlungen zum Sozialhilfegesetz einen Vorschlag über die gesetzliche Verankerung einer diesbezüglichen Berichtspflicht, die ich allerdings nicht als Berichtspflicht sehe, sondern ich sehe es auch als Möglichkeit, sich zu präsentieren und zu zeigen, was alles im Sozialbereich in der Steiermark auf- und angeführt wird, zu formulieren.

Meine Damen und Herren! Es steht im Protokoll, aber wir haben es noch nicht verhandelt!

Ich wünsche mir auch, daß das Sozialhilfegesetz 1997 im Landtag debattiert und abgeschlossen wird. Aber ich vertrete die Meinung von Kollegin Keshmiri mit, es sollte etwas Gutes werden, und das sollte nach so vielen Jahren – ein Monat mehr verhandelt – nicht das vorrangigste Problem sein. (Beifall bei der SPÖ. – 17.26 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, und wir kommen jetzt zur Abstimmung in folgender Reihenfolge. Ich bitte um erhöhte Aufmerksamkeit.

Erstens: Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 345/3. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Zweitens: Es wird abgestimmt über den Beschlußantrag der Grünen und des Liberalen Forums, betreffend Sozialbericht des Landes Steiermark. Wer zustimmt, den bitte ich um ein deutliches Handzeichen.

Das ist die Minderheit.

Drittens: Beschlußantrag des Liberalen Forums und der Grünen, betreffend Grundsicherung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Danke, das ist nicht die Mehrheit.

Und schließlich viertens: Beschlußantrag der Grünen und des Liberalen Forums, betreffend Grundpension. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Danke, das ist nicht die Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 535/1, Beilage Nr. 66, Gesetz über die Durchführung des Informationsverfahrens auf dem Gebiet der technischen Vorschriften (Steiermärkisches Notifikationsgesetz – StNotifG).

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (17.28 Uhr): Mit der Regierungsvorlage soll die Richtlinie 94/10/EG in bezug auf das Informationsaustauschverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften in das innerstaatliche Recht umgesetzt werden. Mit diesem Gesetz ist jeder Entwurf einer technischen Vorschrift dem Bund zwecks Übermittlung an die Europäische Kommission mitzuteilen. Grund dafür ist, daß die Beseitigung technischer Handelshemmnisse eine wesentliche Bedingung für die reibungslose Funktion des freien Warenverkehrs ist.

Die umzusetzende Richtlinie soll neuen Hemmnissen durch ein Verfahren vorbeugen, das Transparenz gewährleistet. Die zu erlassenden technischen Vorschriften sind der Kommission zuzumitteln, die diese an die Mitgliedsstaaten weiterleitet, um Stellungnahmen dazu abgeben zu können. Dafür gibt es sogenannte Stillhaltefristen. Während dieser Zeit dürfen Entwürfe mit technischen Vorschriften nicht beschlossen werden.

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 16. September 1997 über diese Regierungsvorlage beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen, die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 535/1, Beilage Nr. 66, Gesetz über die Durchführung des Informationsverfahrens auf dem Gebiet der technischen Vorschriften (Steiermärkisches Notifikationsgesetz) wird mit nachstehender Änderung beschlossen:

Im Paragraph 4 Absatz 3 ist der Klammerausdruck „Verfassungsbestimmung“ zu streichen.

Ich bitte um Annahme der Regierungsvorlage und der Änderung. (17.30 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Berichterstatter. Sie haben sich auch als erster und bisher einziger zu Wort gemeldet, darf ich Ihnen dieses erteilen?

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (17.30 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie die meisten von Ihnen bin ich kein Jurist, und beim Durchlesen dieser Gesetzesvorlage verstehe ich zwar im Prinzip, um was es geht, aber trotzdem ist der Text sehr trocken. Ich möchte daher die Bedeutung dieser Vorlage an einigen Beispielen, so wie ich sie

verstehe, aufzeigen, am einfachsten an Beispielen etwa aus dem technischen Bereich, der Standardisierung, der Normung, aber auch die Bedeutung aufzeigen, die Vereinheitlichungen im täglichen Leben haben.

Dieses Blatt Papier in der Größe DIN A 4, in einer sehr definierten Größe, wurde bereits im Jahre 1922 in seiner Größe festgelegt und ist die Basis, daß technische Geräte, wie Schreibmaschinen, ein Fax, Kopiergeräte weltweit unter gleichen Bedingungen betrieben werden können. Es ist keine Frage, das ist kein Zwang, das tun zu müssen, es gibt andere Formate auch, wie etwa Schulhefte oder Schreibblöcke, aber wenn technische Geräte betrieben werden sollen, sind solche Vereinheitlichungen notwendig.

Ein zweites Beispiel: Wenn Sie in eine Eisenhandlung gehen und Schrauben kaufen, und wären diese nicht genormt in der Größe und in der Steigung des Gewindes, Sie hätten die größten Schwierigkeiten. Und ich erinnere, daß bis vor 40, 50 Jahren eine amerikanische-englische Norm und eine europäische existierten und nur zu Schwierigkeiten führten. Wir sind es gewohnt, daß wir, wo immer wir auf der Welt hinkommen, die Staaten mit gleichen Abkürzungen vorfinden und auch die Währungen gleiche Bezeichnungen haben.

Ein anderes Beispiel etwa sind die genormten Frachtcontainer. Diese genormten Frachtcontainer sind nicht nur wirtschaftlich, weil sie ein Maximum an Frachtvolumen ausschöpfen, sondern auch umweltschonend, weil sie wirklich zu günstigsten Bedingungen die Fracht transportieren. Wenn Sie autofahren und Ihr Armaturenbrett ansehen, dann müssen die Kontrollanzeigen eindeutig sein, damit Sie richtig verstehen, was diese Kontrollanzeigen bedeuten, und wieder unabhängig, in welchem Land Sie sind und von welchem Land das Auto gefertigt wurde.

Und ein letzter Punkt: Vielleicht ist Ihnen schon aufgefallen, wenn Sie Kreditkarten verwenden, ob das eine Master-Card, Euro-Card oder eine Card von Diners-Club ist, alle Kreditkarten, auch Telefonkarten, haben die gleiche Größe und auch die gleiche Stärke von nur 0,76 Millimeter weltweit, sonst würden Sie Wunder erleben, wenn Sie im Ausland mit einer Kreditkarte bezahlen wollten.

Sie sehen also, was der Sinn, auch im alltäglichen Leben, der Vereinheitlichung bei technischen Geräten und Vorschriften ist. Es begann 1906 auf dem Gebiete der Elektrotechnik, als man elektrische Geräte mit unterschiedlichen Spannungen herstellte. Diese unterschiedlichen Spannungen führten zu tödlichen Unfällen und waren das auslösende Moment, um zu solchen Vereinheitlichungen zu kommen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg 1946 gab es in London eine große Konferenz, die von 26 Staaten beschickt worden ist, mit dem Ziel, weltweit solche Standardisierungsverfahren aufzubauen, und im Feber 1997 wurde die International Organisation for Standardisation gegründet. Kein staatliches Unternehmen, sondern eine private Vereinigung, in der heute etwa über 100 Länder mitwirken. Sie kennen die Abkürzung, die Abkürzung ist ISO, und wenn Sie irgendwo ISO 9000 lesen, dann ist das genau diese International Organisation for Standardisation, nur, die Abkürzung ist nicht das Akronym, sonst müßte es

IOS heißen, sondern ISO, es kommt aus dem Griechischen und meint gleich, vereinheitlichen, vergleichmäßigen.

Die Existenz nicht harmonisierter Standards bei ähnlichen technischen Abläufen in unterschiedlichen Ländern oder Regionen führt zu großen Schwierigkeiten und vor allem zu Handelshemmnissen bei exportorientierten Ländern. Ich möchte Ihnen ein Beispiel erzählen, wo Versuche zum Aufbau von Handelshemmnissen auch Platz gegriffen haben. Wenn Werkstoffe erzeugt werden, dann haben diese Werkstoffe bestimmte Legierungselemente, die die Eigenschaften dieser Werkstoffe tragen. Diese Werkstoffe werden aus mineralischen Rohstoffen hergestellt und haben daher auch Spurenelemente, die nichts mit den Eigenschaften zu tun haben, sondern bestimmt sind, aus welcher Grube, von welchen mineralischen Rohstoffen sie herkommen. Es hat genügend Versuche gegeben, diese Spurenelemente zu normen, um anderen Ländern, die andere Gruben gehabt haben, mit anderen Spurenelementen, das Leben zu erschweren.

Technische Handelshemmnisse finden sich auch vor, wenn etwa technische Vorschriften, die regional bezogen sind, im Hinblick auf bestimmte Förderungsmöglichkeiten verabschiedet werden. Wenn Sie die Standardisierung weiterführen, kommen Sie zur Norm, in Österreich die Ö-Norm, in Deutschland DIN. DIN, das ist das Deutsche Normungsinstitut, auch ein privater Verein, in dem alle gleichsam an einem runden Tisch zusammenarbeiten, das sind nicht nur der Handel, der Verbraucher, Dienstleistungsunternehmen, Wissenschaft, Wirtschaft, auch der Umweltschutz, um möglichst einheitliche, für alle tragbare Vereinbarungen zu treffen. Diese Vereinbarungen sind einheitlich und widerspruchsfrei zu gestalten. Sie sind kein Dogma, sondern das Spiegelbild des derzeitigen wissenschaftlichen Standes und der technischen Erfahrung.

Und hier kann man aus den Erläuterungen der Regierungsvorlage erkennen, daß tatsächlich in einer gewissen Weise in Europa eine Gefahr droht. Während in 35 Jahren die europäische Kommission etwas mehr als 400 Vorschriften herausgegeben hat – sicher nicht immer die besten –, haben in den Jahren 1992 bis 1994 die Länder selbst über 1000 separate Vorschriften erlassen. Und Sie können sich sofort vorstellen, wenn Sie das nicht harmonisieren, das nicht in den Griff kriegen, welche Handelshemmnisse drohen.

Das ist der Sinn dieser Regierungsvorlage, daß bei technischen Regelwerken Vorschriftenentwürfe über eine Stelle in Wien, das ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, diese der EU mitgeteilt werden müssen; die EU leitet das den Staaten weiter, und es gibt nun Fristen, innerhalb derer sich die Staaten zu diesen technischen Vorschriften, die im weitesten Sinn des Wortes Handelshemmnisse darstellen können, äußern müssen.

Ich persönlich halte nicht aus dem juristischen Verständnis, das mir fehlt, aber aus meiner technischnaturwissenschaftlichen Praxis und Erfahrung heraus diese Regierungsvorlage für eine wesentliche. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.39 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich bitte aber alle jene Damen und Herren, die derzeit im Saale sind, erstens hier zu verbleiben für die Abstimmung, und zweitens, daß möglicherweise auch noch einige Damen und Herren diese Mannschaft verstärken, denn es ist dieser Gesetzesvorschlag so gestaltet, daß er eine Verfassungsbestimmung beinhaltet. Daher muß ich auf den Paragraphen 48 der Geschäftsordnung, in Verbindung mit dem Paragraphen 20 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 hinweisen, wonach ein Landes-Verfassungsgesetz nur bei Anwesenheit mindestens der Hälfte der Mitglieder des Landtages und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden kann.

Ich stelle fest, daß das Anwesenheitserfordernis erfüllt ist, und komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand. Danke! Gegenprobe.

Ich stelle die erforderliche Einstimmigkeit fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 407/3, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Bacher, Dr. Lopatka, Tschernko und Wicher, betreffend die datenschutzrechtliche Behandlung der Medizinischen Chipcard.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Eva Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Karisch (17.41 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Seit geraumer Zeit wird auf Bundesebene die Einführung einer Chipcard der Sozialversicherungen angekündigt. Der Umfang der geplanten Informationen auf dieser Chipcard war lange nicht klar. Mit dem zugrundeliegenden Antrag wurde von der Bundesregierung für den Fall der Einführung einer solchen Chipcard die Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Bestimmungen gefordert:

Die heute vorliegende Regierungsvorlage berichtet, daß es nunmehr auf Bundesebene Verhandlungsergebnisse gäbe, wonach eine Chipcard im nächsten Jahr eingeführt werde. Auf dieser Karte sollen anfangs nur Name und Versicherungsnummer des Patienten enthalten sein, aber keine gesundheitlichen Daten. Die Diskussion werde aber weitergeführt, wobei über Inhalt und Umfang der gespeicherten Daten und deren Verwendung im Hinblick auf den Datenschutz noch gesprochen werde.

Die Regierung geht in ihrer Stellungnahme davon aus, daß den Forderungen der Antragsteller bereits jetzt Rechnung getragen werde.

Namens des Ausschusses stelle ich den Antrag auf Kenntnisnahme dieses Berichtes. (17.42 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich und erteile der Frau Abgeordneten Mag. Hartinger das Wort.

Abg. Mag. Hartinger (17.42 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Am 24. September vor einem Jahr haben wir einstimmig folgenden Beschlufantrag gefaßt:

„Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, bundesweit die Einführung der Gesundheitskarte (chip) unter Berücksichtigung der Datenschutzproblematik zu prüfen und gegebenenfalls zu veranlassen.“

Frau Kollegin Karisch, vielleicht ist Ihnen dies entgangen, es war damals schon 22 Uhr abends, vielleicht haben Sie da schon halb geschlafen, ich weiß es nicht. Ich verstehe nicht ganz, warum der Antrag jetzt von Ihnen noch einmal kommt, weil das ist ein einstimmiger Beschluß gewesen. Aber vielleicht hält doppelt besser. (Abg. Dr. Lopatka: „Warum so giftig?“)

Keiner von uns will den „gläsernen Menschen“, wo bereits Arbeitgeber feststellen können, welche Operationen oder Krankheiten ein Arbeitnehmer hat.

Derzeit ist laut Bundesministerium für Gesundheit geplant, die Sozialversicherungsnummer, den Namen, das Geschlecht, die Kassenzugehörigkeit und den letzten Arztbesuch zur Vermeidung des Doktorshoppings im Chip zu speichern.

Ein gravierendes Problem des Datenschutzes stellt meiner Meinung nach die sogenannte Sozialversicherungsnummer dar. Sie hat das Manko, daß ein Teil der Nummer aus dem Geburtsdatum, wie wir wissen, besteht. Sicherer wäre es, wenn man aus der Nummer keine Rückschlüsse ziehen könnte, beispielsweise aus irgendwelchen Geburtsdaten. International arbeitet man daher in einem sogenannten – und ich sage das englische Wort, weil es in der Fachsprache auch so benannt wird – „universal health identifier“, also einen für jeden Menschen der Erde eigenen und wesentlich sicheren Code. Dieser besteht insgesamt nämlich aus 16 Ziffern und ist sehr schwer zu entschlüsseln.

Auf der anderen Seite besteht gerade durch die Entwicklung bei neuen Datennetzen, wie zum Beispiel das Internet, unter Umständen auch eine große Gefahr für zukünftige Arbeitnehmer, ihre Daten zu schützen. Ein Bericht aus den USA hat am letzten Samstag, in „Zeit im Bild“, gezeigt, daß es dort bereits im Bereich des Internet Arbeitgebern möglich ist, Krankengeschichten, Medikamentenkonsum, ja bis zu den Eßgewohnheiten alles über die Dienstnehmer zu erfahren.

Ich frage Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie angenehm wäre das, wenn einer Ihrer Dienstgeber feststellen könnte, wieviel Glaserl Wein Sie vielleicht an einem Tag trinken oder in der Woche?

Der „gläserne Mitarbeiter“ – ein Traum für den Unternehmer oder ein Alptraum für den einzelnen?

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Alptraum ist teilweise auch ohne Chipcard schon vorhanden. Es gibt auch jetzt Datenschutzprobleme. Und mir tut es leid, daß der Kollege Gennaro jetzt momentan im Raum nicht anwesend ist, denn bitte, man höre, durch die Krankenscheingebühr, die die Arbeitgeber jetzt einzuheben haben, müssen die Dienstnehmer auch bekanntgeben, zu welchem Facharzt sie gehen. Und es ist für viele Dienstnehmer nicht sehr angenehm zu sagen, sie gehen jetzt zu einem Psychiater, sie brauchen einen Facharztschein für Psychiatrie, oder sie brauchen einen Facharztschein für einen Gynäkologen. Auch daraus könnte der Arbeitgeber Rückschlüsse ziehen. Das wäre auch ein Thema, wo sich der Kollege Gennaro einsetzen könnte. (Abg. Voll-

mann: „Frau Kollegin Hartinger, da sind Sie im Irrtum. Sie können zu Ihrem Hausarzt gehen, und der stellt Ihnen Überweisungsscheine aus!“ Ja, das ist eine Umgehung des Systems. (Abg. Vollmann: „Nein!“)

Sicher, weil da ersparen Sie sich die 50 Schilling, Herr Kollege, das ist es.

Natürlich habe ich die Möglichkeit, zum Hausarzt um eine Facharztüberweisung zu gehen, aber ich kann auch den Fachartzschein beim Dienstgeber übernehmen. (Abg. Vollmann: „Das stimmt nicht!“) Doch, das ist eine Regelung der Sozialversicherung. Erkundigen Sie sich, dann werden Sie sehen, daß ich recht habe. (Beifall bei der FPÖ. – 17.47 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Dr. Karisch das Wort.

Abg. Dr. Karisch (17.47 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Kollegin Hartinger, ich gebe gerne zu, daß mir das entgangen ist, es war mir nicht bewußt, wahrscheinlich war es mir damals auch ein Anliegen mitzustimmen.

Angeleitet zu diesem Antrag wurde ich durch das dauernde Auf und Ab in der Öffentlichkeit über die Einführung einer medizinischen Karte. Angekündigt, wieder verschoben, angekündigt, Umfang breit angekündigt, Ankündigung, wichtig sei auch, alle medizinischen Daten hinaufzunehmen – und ich gebe zu, das ist sehr verlockend, weil das eine große Hilfe in der Notsituation sein kann, wenn man weiß, dieser Mann ist zum Beispiel Diabetiker oder er hat einen Herzfehler, man kann ihn bei einem Unfall schneller und besser versorgen. Daher mein Antrag.

Mit der Stellungnahme der Regierung bin ich auch nicht zufrieden, denn ich sehe das Problem auch heute noch nicht gelöst. Nach letztem Stand – es wundert mich nur, daß die Regierungsvorlage sich in ihrem Wissen auf die „Kleine Zeitung“ beruft – ist für Sommer irgendwann im nächsten Jahr eine bescheidene Card nur mit Sozialversicherungsnummer und persönlichen Daten geplant, aber man denkt weiter, wie man andere Daten noch dazuführen könnte, ob auf die Med-Card hinaufzunehmen, ob man eine eigene Card macht, was natürlich auch gefährlich sein kann, weil dann kommt die Lebensversicherung oder die Krankenversicherung oder der Dienstgeber und sagt, bitte, du hast eine zweite Card, lege sie mir vor.

Daher gibt es bereits in Fachkreisen Überlegungen, eine dritte Card zu machen, eine zweite ehrliche für den Notfall, wo alles draufsteht, oder für meinen Vertrauensarzt, dem ich sie gebe, und eine dritte, die ich dann einer Versicherung gebe. Eine kleine Ausgabe der zweiten, wo eben meine Blutgruppe und einige wenige Dinge, die alle wissen dürfen, draufsteht.

Dieser Antrag hatte zur Absicht, und ich glaube, da sind wir uns alle einig, der Bundesregierung vor Augen zu führen, daß man sehr vorsichtig sein soll bei der Einführung. Die neue Computertechnik kann heute sehr viel. Es gibt sicher Lösungssysteme, es gibt sicher eigene Codewords, mit denen man nur einige Teile der Karte ablesen kann, die hat dann zum Beispiel jeder praktische Arzt oder jeder Notfallsarzt. Also, es lassen sich da sicher gewisse Sachen sichern.

Über das sollte man nachdenken, und ich hoffe, es kommt zu einer für alle befriedigenden Lösung, damit wir uns nicht um den gläsernen Bürger Sorge machen müssen. Der Datenschutz muß, wie gesagt, so geregelt werden, daß zwar das Notwendige möglich ist, gleichzeitig aber illegale Verknüpfungen von Daten und Beeinträchtigungen der Privatsphäre ausgeschlossen sind.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 17.50 Uhr.)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (17.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, wir sind uns über den Grund der Einführung dieser Chip-Card insgesamt einig. Und ich glaube, es geht in erster Linie um dieses erklärte Ziel, den noch unzeitgemäßen Bürokratieaufwand zu beseitigen, diesen Papierkrieg zu beseitigen. Es geht nicht um weniger als 24 Millionen Krankenscheine, die pro Jahr ausgegeben werden müssen und jetzt durch eine moderne Chip-Card ersetzt werden sollten. Man könnte sagen Zettelwirtschaft versus neue Technologie. Ich glaube, man sollte sich dieser neuen Technologie nicht verschließen, sondern muß sich hier ganz einfach diesen neuen Strömungen anschließen, und vor allem muß man sich damit beschäftigen. Wir stimmen sicherlich alle zusammen, wenn wir sagen, daß der Datenschutz natürlich gewährleistet sein muß. Aber der scheint offensichtlich gewährleistet zu sein, da scheint es keine Probleme zu geben. Wenn ich hier eine Stellungnahme des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger hernehme, wo also hier steht: „Da die geplante Prozessorchipkarte, die sich von der deutschen unterscheidet, nur in Verbindung mit der Chipkarte des Vertragspartners, also das Vieraugenprinzip, gilt, maschinell lesbar ist, wird eine Fälschung derselben nahezu unmöglich, und in Verlust geratene Karten werden elektronisch gesperrt. Und in Verbindung mit der zentralen Datenspeicherung können alle heute bekannten Mißbräuche der deutschen Chipkarte (man kennt ja die Mißbräuche, die in Deutschland passiert sind) in Österreich verhindert werden.“ Wahrscheinlich gibt es auch heute noch unbekannte Möglichkeiten, aber soweit man sie kennt, können Mißbräuche ausgeschlossen werden.

Was mir aber zu denken gibt, was den Datenschutz anlag, das ist eine Absichtserklärung des Militärs, eine sogenannte Milmed-Card einzuführen, das heißt, es müssen ja alle Stellungspflichtigen zur Stellungskommission und dort über eine Diagnosestraße gehen, wo halt ihr Gesundheitszustand aufgezeichnet wird. Und das Militär möchte jetzt diesen Gesundheitszustand einschließlich der persönlichen Daten, wie Geburtsdatum, Versicherungsnummer, in eine Militärkarte, in eine Milmed-Card, gießen. Und über diese Militärkarte, Milmed-Card, sollte dann heraus die zivile Med-Card entstehen. Nun, der Vorteil ist natürlich der, unter Anführungszeichen, daß natürlich beim Bundesheer alles auf Befehl geht, das heißt, dort kann sich der stellungspflichtige Soldat ja nicht dagegen wehren, eine sogenannte Identifikationskarte und Notfallkarte zu tragen, die muß er tragen als Militarist.

Er muß das zur Kenntnis nehmen und hat keine Möglichkeit, hier irgendwelche datenschutzrechtlichen Einsprüche zu machen. Und aus dieser Karte heraus sollte dann ergänzend und weiterbehandelt die zivile Medkarte entstehen. Also diese Entwicklung scheint mir nicht ganz unproblematisch zu sein, wollen wir weiter festhalten, daß jeder Mensch selbst entscheiden kann, welche Daten bezüglich seines Gesundheitszustandes auf der Karte gespeichert werden sollen und welche nicht. Ich gehe schon davon aus, daß jeder Mensch Interesse haben muß, daß die Karte möglichst alle seine Daten trägt, um im Ernstfall halt wirklich die Möglichkeit zu haben, daß man die richtige Behandlung vom Arzt erhält. Wenn er aber meint, er will nicht alles auf der Karte haben, dann soll er zuerst entscheiden dürfen, welche Mitteilung diese Karte transportiert. Das kann natürlich der Militarist nicht, der kann nicht sagen, das darf oben sein, und das darf nicht oben sein. Das heißt, diese Entwicklung scheint mir nicht unproblematisch zu sein. Und so, Frau Kollegin Karisch, ist natürlich wirklich alles noch im Fluß, weil Sie sagen, einmal Ankündigung, einmal verschoben. Ich glaube auch, das ganze ist ein sehr diffiziles, ein subtiles Thema, das man wirklich bis zum Schluß ausdiskutieren muß, um wirklich zu einer entsprechenden Lösung zu kommen.

Ich glaube, daß dann diese Lösung eine gute sein wird. Also ich meine auch, ja zur neuen Technologie, gleichzeitig ja zum Datenschutz und ja zu einer Selbstverwaltung der Karte. Jeder soll seine Karte und seine Informationen selbst verwalten dürfen. Die Karte sollte diese Informationen transportieren, die er eben transportiert haben will. Ich glaube, darauf müßten wir uns einigen, und darauf können wir uns vielleicht doch einigen. Insgesamt meine ich, daß hier noch viele gute Überlegungen notwendig sind, daß man alles abwägen muß, Für und Wider, um zu einer wirkungsvollen und vor allem auch nützlichen Einrichtung zu kommen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.55 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Purr. Ich erteile es ihm.

Abg. Purr (17.55 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es war meinerseits wirklich nicht beabsichtigt, von vornherein zu diesem Thema zu sprechen, aber es war beeindruckend, wie die Damen und Herren Abgeordneten des Hauses aus ihrer Sicht diese Chipkarte behandelt haben. Ich teile es vollinhaltlich, daß man die private Sphäre wahren soll, und es soll nicht der gläserne Mensch und all die ganzen Dinge bekommen, nur, meine Damen und Herren, bitte, eines muß uns wirklich ein Anliegen sein: Bürokratieabbau. Und da sind wir uns, glaube ich, alle einig, weil diese Zettelwirtschaft hört sich dann endlich einmal auf. Es wird höchste Zeit, das ist restlos überholt, wenn auch die Gebietskrankenkassen in den letzten Jahren ihre Formulare vereinfacht haben. Und ich erinnere mich daran, daß 40 Jahre lang eigentlich in einer Form Zettel ausgeschiedt wurden, daß man gedacht hat, man müßte dafür einen separaten Kurs besuchen.

Aber das, meine Damen und Herren, was mit der Chipkarte ganz wesentlich ist und was gelingen wird, und deshalb bin ich ein Befürworter der Chipkarte bei

Wahrung all dieser Dinge, daß es möglich sein wird, die explodierenden Kosten, die die Versicherungen und Krankenkassen zu bewältigen haben, endlich einmal in den Griff zu bekommen, denn es wird sich der Mißbrauch aufhören! Und jetzt sage ich nicht, bei den Versicherten, sondern bei allen, die daran beteiligt sind, die den Zettel bisher in die Hand genommen haben, nämlich der, der einen Zettel verlangt, ohne daß er ihn braucht, der, der auf den Zettel noch etwas hinaufschreibt, ohne daß eine Leistung in Anspruch genommen wurde, und auf der letzten und dritten Seite, daß man natürlich auch dort in der Krankenkasse rationell abrechnen kann. Und das wird es ermöglichen endlich, wenn wir immer von den Lohnnebenkosten reden, auch diesen Teil der Gebietskrankenkassen, der Beiträge, endlich einmal senkbar zu gestalten für die Zukunft. Deshalb befürworte ich mit ganzem Herzen in tiefer innerer Überzeugung den Schritt zu dieser Chipkarte. Je schneller, desto besser, und sind wir nicht so österreichisch, daß wir schon von vornherein den Teufel an die Wand malen, daß es ja nicht geht, und daß alles so schwierig ist, und wenn es dann die Nachbarländer alle haben, dann ist das Abschreiben und das Kopieren uns immer leicht.

Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 17.58 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Vollmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Vollmann (17.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Eigentlich ebenfalls unbeabsichtigt, nicht gewollt, zu Wort gemeldet, aber die Chip-Card lockt also doch viele aus der Reserve dessen, was sie sich denken und was sie wollen, und ich glaube, das ist ja auch sicherlich so gut, denn Gedankenaustausch, Ideen, sind wichtige Bereiche, und wenn man was lernen könnte, wäre ich immer dafür, liebe Frau Kollegin Hartinger. Ich muß nur in dem Fall sagen, die Chipkarte ist mir auch nicht immer angenehm, weil ich denke, es muß einen Bereich geben, der anderen verschlossen bleibt, so wie meine Scheckkarte, aber die lesen auch schon viele ab, und dann kriegen sie irgendwann einmal eine Forderung, die sie eigentlich nicht gemacht haben.

Nur, Sie sind beim Krankenschein in einem großen Irrtum. Ich bin selber einer, der Krankenscheine für Bedienstete ausstellt. Der Krankenschein wird entweder auf Ihren Hausarzt ausgestellt, der schreibt selber seinen Namen hinein, welcher Arzt er ist, oder auf Facharzt angehakt, und der Facharzt schreibt (Abg. Mag. Hartinger: „Da kann ich Ihnen die Anweisung der Sozialversicherung zeigen – schwarz auf weiß!“) oder der betroffene Patient schreibt den Namen hinein. So ist es bitte, und das ist auch keine andere Anweisung einer Gebietskrankenkasse.

Aber ich dachte mir, daß Sie die seinerzeitige Einladung der Gebietskrankenkasse zur Besichtigung des Hauses, der Einrichtungen und der Möglichkeiten mit Ihren Kolleginnen und Kollegen (Abg. Mag. Hartinger: „Das habe ich erst nachher erfahren!“) dazu genutzt haben, um sich wirklich zu informieren. Sie haben sich leider in dieser Frage nicht informiert. Das muß ich Ihnen sagen. Es stimmt nicht. Es ist nicht so, daß jeder

das hineinschreiben muß, Das kann jeder selber tun. Aber bitte, wenn Sie es anders wissen, dann handhaben Sie es so. Sie wissen es anders.

Die Chipkarte – da stimme ich mit dem Kollegen Purr überein – bietet auch die Möglichkeit, endlich mit althergebrachtem Klimbim aufzuräumen. Sie ist eine Vereinfachung, sie ist eine Möglichkeit, jedem den schnellen Zugang zu ermöglichen.

Und, Frau Kollegin Dr. Karisch, ich glaube auch, daß diese Frage der Chipkarte für bestimmte Teile von Erkrankungen, beispielsweise für einen Zuckerkranken, lebensrettend sein kann, obwohl mir die Möglichkeit in dieser Frage nicht ganz angenehm ist.

Ich sage nur bitte am Rande dazu, weil es heißt, es muß alles so geheim bleiben auf dieser Chipkarte, Arbeitgeber sind ansonst nicht zimperlich, wenn es sich um Erkrankungen von Arbeitnehmern handelt. Kollege Hochegger, du weißt es selber, wir erleben diese Probleme ja beide, daß halt angerufen wird, was fehlt dem wirklich, und dann die Frage, ja, muß ich das wirklich sagen, weil manche Dinge sind ja wirklich unangenehm. Nein, brauche ich nicht zu sagen! Auch einmal eine klare Feststellung, daß es so ist.

Und noch etwas, weil mir das in dem Zusammenhang einfällt. Beim Abhören privater Einrichtungen, von Telefonen und sonstigen Dingen, sind alle nicht sehr zimperlich gewesen beim letzten Beschluß im Nationalrat. Also, meine Damen und Herren, tun wir heute nicht so (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Es gibt auch die Telefonkarte!“), als ob man überall die Augen zumachen würde. Du hast recht, es gibt auch die Telefonkarte, aber die kann ich auch abhören, weil ich das Telefon abhöre. Du, paß auf, Kollege Vesko, bring mich nicht dazu, dir eure Forderungen dazu vorzuhalten.

Nein, also kein Problem, wir verstehen uns, was wir im Grunde genommen meinen.

Meine Damen und Herren, eine letzte Bemerkung sei mir auch noch erlaubt. Ich habe mir den Artikel der „Kleinen Zeitung“ vom 19. September 1997 herausgeholt. Übrigens bin ich durch die Bediensteten der Gebietskrankenkasse meiner Außenstelle darauf aufmerksam gemacht worden, die gesagt haben, wenn du die Gelegenheit hast und die Frau Kollegin Hartinger triffst, die eine Reduzierung um die Hälfte des Personals bei der Gebietskrankenkasse verlangt hat (Abg. Mag. Hartinger: „Um ein Drittel!“), dann sage ihr, es handelt sich erstens einmal um unsere Arbeitsplätze, und zweitens, wir sind rund um die Uhr, Tag für Tag für die, die unsere Hilfe brauchen, da, und drittens, wir sind auch so anständig und verlangen im Krankenhausbereich nicht die Kürzung um ein Drittel, auch nicht den Posten der Frau Hartinger.

Das wollte ich Ihnen sagen, das wollte ich Ihnen mitteilen. Ich bin aber einer großen, der stärksten, steirischen Tageszeitung dafür dankbar, daß sie das auch richtiggestellt hat, auch in der Frage der Chefärzte, wo die Frau Kollegin Hartinger anscheinend einen Dezimalpunkt falsch gesetzt hat, nämlich statt 150 bis 200 sind es tatsächlich nur 26 Chefärzte, die die Steirische Gebietskrankenkasse unter Vertrag hat. (Abg. Mag. Hartinger: „Ich habe alle gemeint!“) Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 18.03 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt mehr vor.

Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe!

Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

13. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 546/1, betreffend den Tätigkeitsbericht über den Bedienstetenschutz gemäß Landesbediensteten-Schutzgesetz – LSG, LGBl. Nr. 78/1991.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Walburga Beutl. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Beutl (18.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Laut Landesbediensteten-Schutzgesetz hat die Landesregierung die Einhaltung dieses Gesetzes zu überprüfen. Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 546/1, legt nun diesen Tätigkeitsbericht, der in zweijähriger Folge beschlossen wird, über diesen Bedienstetenschutz vor. Darin sollten die Zahlen der überprüften Dienststellen, die vorgefundenen Mängel sowie die zur Beseitigung der Mängel getroffenen Maßnahmen enthalten sein, und darüber hinaus wäre dem Bericht eine Dringlichkeitsreihung der auf Grund der Beanstandungen zu treffenden Maßnahmen anzuschließen.

Dies ist geschehen, und ich darf ganz kurz über diese Dringlichkeitsreihung berichten. Es sind hier acht Dienststellen angesprochen. Das Landesmuseum Joanneum mit dem Referat Botanik, wo es um Fluchtwege geht. Die Fachabteilung für das Forstwesen, wo eine veraltete Heizungsanlage angesprochen ist. Die Renovierung der Amträume in der Rechtsabteilung 14. Weiters der Ausbau des Archivdepots im Landesarchiv. Dann die Raumsituation in der Heilpädagogischen Station. Weiters Jalousienelemente als Sonnenschutzmaßnahmen in der Landessportabteilung. Als siebentes wird hier angeführt das Referat Zoologie und Botanik im Landesmuseum Joanneum, wo es um WC-Anlagen und Waschräume geht. Dasselbe gilt für das Landhaus, wo es ebenfalls um WC-Anlagen und Waschräumen geht, wo die Büros der Landesräte Dipl.-Ing. Paierl, Pörtl und Dipl.-Ing. Schmid betroffen sind.

Insgesamt ist festzuhalten, daß der überwiegende Teil der von den Dienststellen beziehungsweise Personalvertretungen beantragten und von der Bedienstetenschutzkommission aufgezeigten Mängel beseitigt worden und somit als erledigt zu betrachten sind.

Ich stelle daher namens des Verfassungs-Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen, diesen Antrag zur Kenntnis zu nehmen. (18.06 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, es liegt keine Wortmeldung mehr vor, außer der der Frau Abgeordneten Beutl.

Abg. Beutl (18.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte am Beginn meiner Wortmeldung eine Feststellung machen, die eigentlich eine Binsenweisheit ist, daß nämlich Arbeit für die meisten Menschen nicht nur Broterwerb ist, sondern in sehr hohem Maße auch Sinnerfüllung bedeutet und Freude an der Leistung. Der Zusammenhang zwischen Leistungsbereitschaft, zwischen Freude an der Arbeit einerseits und der Arbeitsplatzsituation andererseits ist ein sehr hoher und großer und ist vielfach untersucht und bestätigt worden.

Deshalb ist im Jahre 1991 erfreulicherweise im Landtag ein Gesetz beschlossen worden, das den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Landesbediensteten seither regelt, insbesondere nach welchen Kriterien die Arbeitsplatzsituation für Landesbedienstete beschaffen sein soll und wie diese Kriterien gestaltet sein sollen, damit tatsächlich Bedienstete des Landes sich auf ihrer Arbeitsstelle wohlfühlen und optimale und effiziente Leistungen erbringen. Ich möchte sie nur ganz kurz in Erinnerung rufen. Es sind Fragen, die in Wahrheit jeden Arbeitsplatz betreffen. Beleuchtung, Raumklima betreffend, wo es um Geruch, Lärm, Staub, Nikotinbelastung geht. Es geht natürlich auch um die Sicherheit, daß etwa bei Gefahr Arbeitsplätze rasch und sofort verlassen werden können. Es geht um Ausgänge und Fluchtwege. Selbstverständlich sind in diesem Gesetz auch Arbeitsmittel und Arbeitsstoffe angeführt und die Regelung dieser. Ganz besonders wird der zunehmenden Tätigkeit am Bildschirm großes Augenmerk geschenkt, und es sind entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Augen einerseits, als auch der Erholungs- und der Ruhephasen andererseits in diesem Gesetz vorgeschrieben. Daß Übungen vorgeschrieben sind zum Brandschutz, genauso wie zur Ersten Hilfe, das können wir in diesem Tätigkeitsbericht nachlesen; diese sind auch durchgeführt worden. Selbstverständlich ist vom Dienstgeber auch Vorsorge zu treffen, daß Trinkwasser, Waschgelegenheiten, WC-Anlagen beziehungsweise Aufenthaltsräume bereitgestellt werden.

Die Einhaltung all dieser Schutzbestimmungen wird von einer eigenen Schutzkommission überprüft, und sie legt, wie beschlossen, alle zwei Jahre dem Landtag ihren Tätigkeitsbericht vor. Diese Kommission besteht aus einem rechtskundigen Vorsitzenden, einem Vertreter der Ärzteschaft, des Baudienstes, der Landespersonalvertretung und einer weiblichen Bediensteten. Sie kann jederzeit und unangemeldet Dienststellen besichtigen und Auskünfte verlangen.

Wie wir dem heute vorgelegten Tätigkeitsbericht entnehmen können, ist hier eine überaus positive Bilanz vorgelegt. Ich möchte mich sehr, sehr herzlich für die Mithilfe bei allen bedanken, die in diesen 22 Dienststellen, die da überprüft wurden, dazu geführt hat, daß Mißstände oder Mängel abgestellt werden konnten, und der überwiegende Teil ist also wirklich beseitigt worden. Diese äußerst erfreuliche Situation ist allen Verantwortlichen zu verdanken, denn es ist sicherlich nicht einfach, wenn diese Bedienstetenschutzkommission in die Dienststellen kommt, denn es braucht auch die Mitarbeit der Dienststellen und der Liegenschaftsverwaltung, der Fachabteilung IV b, der EDV-Koordinierungsstelle, insgesamt aller, die davon

betroffen sind. In diesem Zusammenhang ist es vor allem dem informellen Kontakt, den vielen Gesprächen, die zwischen den Dienststellen und der Schutzkommission stattgefunden haben, gelungen, dieses erfreuliche Ergebnis zu ermöglichen.

Ich möchte mich daher wirklich im Namen der Bediensteten des Landes bei allen Verantwortlichen und Beteiligten, allen voran dem Hofrat Gartner und dem jetzt zuständigen Hofrat Verhovsek, sehr, sehr herzlich für die Arbeit dieser Bedienstetenschutzkommission bedanken und möchte mit der Bitte schließen, auch weiterhin in diesem Sinne zum Wohle der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Landes Steiermark zu wirken. (Beifall bei der ÖVP. – 18.11 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr hat sich der Herr Abgeordnete Korp zu Wort gemeldet.

Abg. Korp (18.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Nur ganz kurz. Ich darf auch namens meiner Fraktion zu diesem durchaus positiven Bericht danke sagen. Diese Bedienstetenschutzkommission hat sich redlich bemüht, das ist aus diesem Tätigkeitsbericht klar ersichtlich. Daß manches seit Bestehen, dieses Gesetz gibt es nämlich seit 1991, wie wir schon gehört haben, am Finanziellen hängt, das ist bekannt, das war ja auch eine der Problematiken der Einführung des Gesetzes. Aber wir wissen ja alle, daß Landesbedienstete es gewohnt sind, sich in Geduld zu üben, und zu dieser Thematik werden wir beim Sonderlandtag Gelegenheit haben, uns eingehend noch darüber zu unterhalten.

In diesem Sinne auch unsererseits herzlichen Dank für die Bemühungen, im besonderen dieser Schutzkommission. Herzlichen Dank! (Beifall bei der SPÖ. – 18.12 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Dame und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

14. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 543/1, betreffend den Tourismusbericht für das Jahr 1996.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (18.13 Uhr): Nach den Bestimmungen des Steirischen Tourismusgesetzes ist dem Landtag jährlich ein Tourismusbericht vorzulegen, der die Entwicklung des Tourismus, Angebot und Nachfrage sowie die Förderung touristischer Vorhaben, die Verbesserung der Struktur der Tourismusverbände und die Durchführung regionaler Vorhaben umfaßt.

Die Entwicklung des Tourismus in Österreich beziehungsweise in Steiermark 1996:

Der in den vergangenen Jahren festgestellte Trend einer rückläufigen Nachfrage bei ausländischen sowie inländischen Gästen hält an. Bei den Übernachtungen

war im Vergleich zu 1995 ein Rückgang von insgesamt 3,6 Prozent zu verzeichnen, davon ein Minus von 4,7 Prozent bei den Inländern und ein Minus von 3,2 Prozent bei den Ausländern. Der Rückgang in der Steiermark betrug minus 2 Prozent, Wien verzeichnete als einziges Bundesland einen Zuwachs von 3,8 Prozent und Vorarlberg einen Rückgang von minus 1,4 Prozent. Alle anderen Bundesländer hatten stärkere Rückgänge zu verzeichnen, zum Beispiel Kärnten ein Minus von 7,5 Prozent. Bei absoluten Zahlen folgt die Steiermark im Bundesländervergleich an vierter Stelle mit 8.991.289 Übernachtungen. Spitzenreiter ist Tirol mit 39.145.931 Übernachtungen.

Beschäftigung im Tourismus: Der Bereich Tourismus – Freizeitwirtschaft umfaßt in der Steiermark 4851 Betriebe. Gegenüber 1995 bedeutet das einen Zuwachs von 253 Betrieben. In diesen Betrieben sind 24.802 Beschäftigte tätig.

Ergebnisse in den Regionalverbänden: Die Steiermark gliederte sich 1996 in 13 Tourismusregionalverbände, wobei mit Abstand die meisten Nächtigungen in der Dachstein-Tauern-Region und im steirischen Thermenland zu verzeichnen waren. Letzteres erfreute sich über einen Zuwachs von insgesamt 22.550 Nächtigungen, das ist plus 1,8 Prozent. Das südsteirische Weinland konnte ein Plus von 6727 Übernachtungen, das bedeutet ein Plus von 2,7 Prozent, aufweisen. Die absolute Einbuße verzeichnete die Dachstein-Tauern-Region mit 119.000 Nächtigungen weniger, das sind minus 6,2 Prozent, den größten relativen Rückgang verzeichnete die Region Grimming-Gesäuse mit 6,4 Prozent.

Ergebnisse nach wirtschaftlichen Tourismusindikatoren: Vom WIFO werden zweimal jährlich Anhaltspunkte über die Größenordnung der touristischen Einnahmen und Umsätze ausgearbeitet.

Tourismusindikator: Die Auswertung 1996 läßt in der Steiermark folgende Schwerpunkte erkennen: Von der Fremdenverkehrswirtschaft 1996 ohne Tourismus von Inländern 9,6 Milliarden Schilling eingenommen. Trotz dieses leicht gesunkenen Nächtigungsvolumens waren es 2 Prozent beziehungsweise 190 Millionen mehr als 1995. Davon wurde mit abnehmender Tendenz mehr als die Hälfte, 54,9 Prozent, durch den Sommertourismus erwirtschaftet. Bei dem Umsatzindikator war Wien mit 7,5 Prozent und Vorarlberg mit 2,1 Prozent, in der Steiermark 2 Prozent, Tirol eine Steigerung von 0,4 Prozent, alle anderen Bundesländer hatten im Umsatzindikator Rückgänge zu verzeichnen, am stärksten Kärnten mit minus 4,4 Prozent. Im Kalenderjahr 1996 wurden durch den Tourismus in Österreich rund 180 Millionen Schilling umgesetzt, um 0,5 Prozent mehr als im Vorjahr. In der Steiermark waren es 9,6 Milliarden Schilling, plus 2,1 Prozent. Die Steiermark blieb 1996 das beliebteste Inlandreiseziel.

Landesvoranschlag 1996: Im ordentlichen Haushalt 1996 für allgemeine Förderungen 8.086.000 Schilling veranschlagt, weiters Nachbedeckungsmittel sowie Kreditmittelbedienungen von 14.767.958 Schilling. Für die EU-Tourismusförderung wurden für das Ziel-2-Gebiet insgesamt 1.656.899 sowie für das Ziel-5 b-Gebiet insgesamt 7.249.883 Schilling genehmigt.

Ich glaube, jetzt habe ich vom Tourismusbericht mehr als genug vorgelesen. Ich darf euch bitten, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen, weil ich der

Meinung bin, daß alle den Tourismusbericht vorgelegt bekommen haben und ihn studiert haben, und ich bitte um Annahme dieses Berichtes. (18.18 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Erster Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist Präsident Vesko. Er hat das Wort.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (18.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben im Tourismus ein gutes Ergebnis für das Jahr 1996, kann man sagen. Wir haben relativ am wenigsten von allen Bundesländern verloren. Das ist die Schattenseite dieses guten Ergebnisses. Aber doch können wir sagen, wir sind mit einem blauen Auge davongekommen. Der Schnitt und diese Prozentzahlen täuschen aber über die Unregelmäßigkeit dieser Aussage hinweg.

Auf der einen Seite gibt es ein Nordsüdgefälle, und es gibt ein sehr deutliches Altsüdgefälle. Während in der Dachstein-Tauern-Region, im Grimming-Gesäuse, im steirischen Salzkammergut die Einbrüche zum Teil bedeutend waren, verdanken wir es eigentlich dem Aufschwung und dem Zuwachs in der Thermenregion, daß wir dieses noch erfreuliche Ergebnis hier vorliegen haben.

Die Frage ist, was kann man tun? Man kann die Infrastruktur verbessern. Das ist geschehen. Man ist also in der Thermenregion den richtigen Weg gegangen. Nur müssen wir langsam aber bald vorsichtig werden, weil ein Zuviel des Guten würde bedeuten, daß wir uns die gute Position, die wir haben, dadurch zerschlagen, daß wir die Konkurrenz überfordern und damit einen Wettbewerb erzeugen, der durch die massive Verdrängung sicherlich auch zum Schaden der Region ist, vor allem wenn man bedenkt, daß ja nicht nur auf der steirischen Seite investiert wurde, sondern auch sehr massiv im Burgenland investiert wird, sehr massiv in unseren beiden Nachbarländern Slowenien und Ungarn. Wir müssen schon sehr vorsichtig sein, daß wir diese gute Milch und diese gute milchgebende Kuh nicht übermelken und damit hervorgerufen, daß wir a) schlechtere Qualität und b) schlußendlich auch eine geringere Menge dieses wertvollen Guts bekommen. Das heißt, wir müssen mit der Investitionspolitik auf dem Thermensektor in dieser Region sehr vorsichtig umgehen.

Wir müssen uns aber auch auf der anderen Seite fragen, ob die Investitionen, die wir in der Vergangenheit in den anderen Regionen getätigt haben, ihre Berechtigung, die darin gesetzten Hoffnungen und Forderungen erfüllt haben, und inwieweit wir in der Lage sind, dieses Angebot dort zu verbessern beziehungsweise Neues in die bereits etwas veraltete Infrastruktur in dieser Region zu bringen. Ich nehme die Dachstein-Tauern-Region – geschieht bereits mit einem Großprojekt, der Verbindung der ganzen südseitig gelegenen Schilfte mit einem großen Zusammenschluß. Das ist sicherlich eine attraktive Verbesserung für das Schiangebot per se. Wir müssen auch hoffen – und das ist etwas, was wir nicht beeinflussen können –, daß die Witterung mitspielt und wir jenen Schnee haben, den wir brauchen, um den Wintergast auch dorthin zu bringen.

Es ist bedauerlich aber wahr, daß bereits in den ersten Dezembertagen die Zeitungen voll damit sind, daß wir grüne Weihnachten zu erwarten haben. Das setzt sich so lange fort, bis man den an die Wand gemalten Teufel dann schlußendlich vor sich hat und wir wirklich keinen Schnee haben, wobei wir dafür nichts können. Nur es führt natürlich dazu, daß alle Gäste, die im Wintersport unterwegs sind, auf diese Indikatoren besonderen Wert legen, weil ich fahre nur dorthin schifahren, wo ich Schnee habe. Und das tut uns halt sehr weh. (Abg. Dr. Flecker: „Mir auch!“)

Wir haben ihn, und wir werden ihn uns auch wieder schaffen. Jene Regionen, die durch Schneekanonen und Beschneiungsanlagen in der Lage sind, doch ein Minimum an Angebot zu gewährleisten, kommen dann mit einem blauen Auge davon, und andere kommen ganz gewaltig unter die Räder.

Das ist die Realität, das muß uns klar sein. Das gilt auch für den Sommer, weil wenn man an den heurigen Juli denkt, dann habe ich Verständnis für jeden Gast, der, obwohl er bereits Schwimmhäute hat, nach vier Tagen abreist und sagt, da weiß ich mir etwas Besseres.

Das sind auch Bereiche, die wir zwar nicht beeinflussen können, die wir aber berücksichtigen müssen. Das heißt also Verbesserung des Angebotes.

Zweiter Bereich sicherlich die Werbung. Unsere Werbung läuft auf mehreren Schienen. Sie läuft von der Österreich-Werbung über die Steiermark-Werbung, über die Steiermark-Werbung im Sinne einer neuen Gesellschaft. Ich meine jetzt nicht die bereits aufgelassene Steiermark-Werbung als Gesellschaft, die wir dann später sicherlich noch einige Male befassen, aber die Werbung der Steiermark, der Regionen, der Orte und schlußendlich auch der einzelnen Unternehmen. Da muß ein Zug, da muß eine Linie hinein, da muß eine corporate identity hinein. Da müssen wir etwas bewegen, weil wir sonst auf dem Markt der Reisevermittler, jener, die den Gast schlußendlich zu uns bringen, nicht so gut vertreten sind. Wir müssen Messen besuchen, mehr als wir es heute tun. Und wir werden verschiedene Dinge tun müssen, die leider Gottes auch etwas kosten, um diesen Werbeeffect für die Steiermark zu vermehren. Man muß wissen, was die Steiermark ist. Man muß es erkennen. Nicht von ungefähr haben wir einen relativ hohen Inländeranteil, weil die Leute wissen, daß bei uns gut essen ist, weil sie wissen, daß es etwas Gutes zu trinken gibt, daß es eine gute Luft gibt, daß es schön ist zum Wandern und so weiter. Aber draußen ist die Steiermark als Markenartikel noch weit nicht so bekannt, daß sie international mithalten kann.

Schlechtwetter: Wir brauchen einfach Alternativen – ein Schlechtwetterprogramm. Ich darf dazu sagen, daß es da schon ganz vernünftige Möglichkeiten gibt. Man könnte zum Beispiel diesen gigantischen Fundus, den wir hier in unserem Joanneum und in der Neuen Galerie und sonst irgendwo haben, zum Teil als spezifische Leihgaben an die lokalen Institutionen, Heimatmuseen, die es in Hülle und Fülle gibt, verleihen, vergeben. Und ich weiß, daß in dem Fundus dieser beiden Institutionen noch viel, viel mehr liegt, was man einsetzen könnte. Landeshauptmannstellvertreter Schachner hat diese Idee Gott sei Dank für gut befunden und bereits aufgegriffen, und es ist damit zu

rechnen, daß es mit den touristischen Regionen in dieser Hinsicht einen Kulturausgleich gibt, wenn ich so sagen kann, daß man sich auch bemüht, für das Schlechtwetterprogramm dem Gast etwas zu bieten, was über die verkleinerte Holzhütte und die Butterfässer und die Holzschuppen und was es alles gibt und Holzschneidwerkzeug und sonstiges hinausgeht, womit wir auch verbinden müßten zum Beispiel größere Wanderausstellungen, die jedes Jahr in einer anderen Region ihre Ausbreitung finden, damit wir dem Gast für ein, zwei, drei Tage, wo es regnet, etwas anbieten können und es nicht gleich dazu führt, daß er sagt, es tut mir leid, ich reise ab.

Das Reiseverhalten des Mitteleuropäers hat sich verändert – kürzere Verweilzeiten, man fährt vielleicht öfter auf Urlaub, dafür kürzer. Die traditionellen Wochengäste aus der Bundesrepublik Deutschland, die bereits zum 20., 25. und zum Teil 50. Male ausgezeichnet wurden, daß sie ihren Urlaub in ein und derselben Gemeinde, womöglich in ein und demselben Haus, verbringen und dort mit der Familie bald verschwägert und verwandt werden, weil sie es so intensiv getan haben, sind längst vorbei.

Wir werden uns sicherlich nicht davor scheuen dürfen, in den Bereich der neuen Sportarten zu gehen, die natürlich attraktiv sind, die aber aus dem klassischen Klischee hinausgehen und eine höhere Risikobereitschaft des Sportlers voraussetzen. Auch das werden wir tun müssen. Einige Regionen tun es bereits. Ich denke da gerade an den Bereich des Gesäuses. Ich habe vor 14 Tagen eine sehr beeindruckende Veranstaltung des Bergrettungsdienstes Gesäuse anlässlich deren 100jährigen Jubiläums miterleben dürfen. Diese Sportarten, Klettern, Rafting, Wildwasserpaddeln, Wildwasserkanufahren und so weiter, sind an sich gefährlich, bringen eine Fülle von Problemen mit sich, sind aber für diese Region ein sehr wesentlicher Faktor, und zwar seit mehr als 100 Jahren. Die großen traditionellen Bergsteigerklubs haben sich vor mehr als 100 Jahren rekrutiert und zusammengefunden und haben eine große Tradition. Und gerade die Region Gesäuse ist dafür ein besonders interessanter Ort und eine besonders interessante Sportstätte in einem Ausmaß, die nicht nur von der Landschaft her schön ist, sondern auch von den technischen Schwierigkeiten für die Kletterer von besonderer Bedeutung ist.

Wir werden uns auch nicht davor scheuen dürfen, den Weg in die Großveranstaltungen, sowohl auf kultureller als auch auf sportlicher Seite, fortzusetzen. Wir haben gerade am vergangenen Wochenende in überschwenglicher Weise demonstriert bekommen, was so eine Veranstaltung mit sich bringt, welchen Impact sie auf eine Region hat. Ich glaube, daß wir nicht herumkommen werden, das in Zukunft vermehrt zu tun, wobei ich bei der Gelegenheit auch sagen möchte, ich bedauere es außerordentlich, daß die Steiermark aus dem innerösterreichischen Wettrennen um die Olympischen Spiele ausgestiegen ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bedaure es erstens einmal zutiefst, weil es eine Chance weniger ist, dieses Land, diese steirische Heimat in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit zu stellen und damit auch zu dokumentieren, daß wir die Einrichtungen haben für den Wintersport in allen seinen Facetten, und zweitens auch deshalb, weil wir

schon sehr viel Geld in die Erstbewerbung investiert haben und in der Zweitbewerbung eigentlich mit einer geringfügigen Adaptierung durchaus in der Lage gewesen wären, in dem Konzert weiterhin mitzuhalten. Leider Gottes ist der Konsens nicht zustande gekommen. Es tun nun drei andere österreichische Bundesländer mit denselben im Landtag vertretenen Fraktionen wie hier. Dort ist es politisch kein Problem. Ich habe dafür kein Verständnis und werde es auch nie aufbringen. Es ist mir unverständlich, wie man auf der einen Seite ja und auf der anderen Seite nein sagen kann. Aber das ist Politik, und wir müssen damit leben. (Abg. Ing. Mag. Hochegger: „Es ist nicht leicht, Herr Präsident!“)

Das glaube ich Ihnen, Sie haben ja genug Erfahrung damit. Sie erleben ja auch, was Ihre Leute im Bund tun und was Sie da tun, und da ist ja auch ein meilenweiter Unterschied. Dafür habe ich auch kein Verständnis, wenn ich an die Getränkesteuer denke und an andere Bereiche. (Abg. Dr. Flecker: „Das hat er nicht böse gemeint, sind Sie nicht so schiach zu ihm!“) Ich weiß. (Abg. Ing. Löcker: „Wir könnten uns besser verstehen, es geht uns eh allen gleich!“) Ich weiß, klar, nur uns geht es gleicher.

Ich möchte aber noch etwas sagen, was mir enorm wichtig erscheint, für den Bereich, wie wir unsere touristische Situation, unsere Fremdenverkehrssituation verbessern können. Und wir haben gerade vor einigen Tagen von der Gästeabgabe gesprochen. Das wird sicherlich geändert werden. Weil wir müssen uns nicht bemühen, Gäste abzugeben, weil wir sollten uns eigentlich bemühen, Gäste ins Land zu bringen. Und ich glaube, das einzige, was wir auf dem internationalen Tourismussektor tun können, ist, den Methoden und den Systemen der Werbung beizutreten, dasselbe zu tun. Wir werden nicht darum herumkommen, dem Gast in Stockholm anzubieten, daß wir seine Koffer zu Hause abholen, daß der mit dem Flugzeug daherfliegt, und wenn er hier ankommt, seine Koffer in dem in diesem Paket befindlichen Zimmer bereits wieder vorfindet. Es wird also notwendig sein, daß wir, wenn Sie wollen, das Salzkammergut mit den Salzburger Festspielen, die Thermenregion mit der Grazer Oper verbinden. Wir müssen also vernetzen, und wir müssen vor allem dafür sorgen, daß der Gast weiß, was er dafür zu zahlen hat, und daß alles von seiner Wohnung bis zum Urlaubsort und wieder zurück wirklich durchorganisiert ist, so daß er es so buchen kann.

Und dann müssen wir noch dafür sorgen, daß der Gast, der dann bei uns ist, auch dementsprechend betreut wird, daß er auch Lust und den Willen hat, wieder hierher zurückzukommen. Wenn er das nicht tun will, zumindest andere dahin gehend informiert, daß er hier einen sehr schönen und einen sehr erfolgreichen Urlaub auch für sein persönliches Wohlbefinden verbracht hat, weil das ist auch ein Stück Werbung, das wir dringend notwendig haben. Dazu gehört eine gut florierende Gastronomie, dazu gehören freundliche Leute und die Qualität dessen, was angeboten wird, sowohl im Trinken als auch im Essen, als auch in der Qualität der Beherbergung. Und da gibt es bereits einige gravierende Mängel. Diese Mängel werden immer größer werden, meine Damen und Herren, je enger der Gürtel jener Betriebe ist, die diese Beherbergung und diese gastronomischen Bereiche anbieten.

Und wenn wir uns anschauen, wie hoch die Verschuldung in der Hotellerie ist, dann muß ich sagen, mir graut. Es gibt kaum noch gesunde Betriebe. Die meisten gehören Banken. Was das bedeutet, brauche ich Ihnen wahrscheinlich, meine Damen und Herren, nicht zu sagen, weil Sie also selber wissen, wie schwierig es ist, mit Banken in solchen Bereichen dann zu verhandeln, weil sie ja schlußendlich ihre verborgten Gelder wieder zurückhaben wollen. Es schaut also hier nicht sehr rosig aus. Ich glaube auch nicht, daß wir in naher Zukunft jetzt vom Land her etwas tun können. Wir können aber sicherlich vom Bund her etwas tun. Und ich darf Sie alle bitten, meine Damen und Herren aus allen Fraktionen, daß wir einfach hergehen und unseren Leuten im Bund sagen, bitte tut endlich etwas, schaut, daß wir diese ganzen Steuern herunterbringen, daß wir da etwas tun, weil unsere Betriebe es nicht aushalten. Weg mit der Getränkesteuer, Befreiung und mögliche Reduzierung der Kommunalabgabe. Es muß einfach Möglichkeiten geben, sonst werden wir nicht in der Lage sein, den Betrieb in der Form weiterzuführen beziehungsweise schon gar nicht allfällige Verbesserungen mitaufzunehmen. Das heißt also, es werden auf der anderen Seite einige bereits tote Betriebe, die zwar noch künstlich am Leben erhalten werden, verschwinden müssen, sie werden nicht zu halten sein, es wird eine Flurbereinigung geben. Aber wir sehen ganz deutlich, daß diejenigen Betriebe, die eine höhere Qualifikation haben, die eine bessere interne Struktur haben, mit Ausrüstung, mit Qualität, mit Essen und Trinken in allen Formen, sprich Klassifizierung Drei-, Vier-, Fünfsterhotels, wesentlich besser abschneiden als das, was darunter liegt. Das heißt, dort muß eine Flurbereinigung stattfinden, damit wir dorthin kommen.

Wie schaut es heuer aus? Es schaut schlecht aus, das darf ich dazusagen. Wir werden wahrscheinlich wiederum im Rennen um die goldene Palme die am wenigsten Unglücklichen sein, wir werden also die schnellsten Langsamen sein, wir werden wiederum am wenigsten verlieren, aber es setzt sich der Trend massiv fort. Dazu zähle ich einen schlechten Winter auf Grund der Schneesituation. Ich brauche nicht sagen, daß der Juli vollkommen ausgelassen hat. Der August war gut. Da behaupten einige schon wieder, der war zu schön. Es ist so wie in der Landwirtschaft, das Wetter ist immer schlecht, ob es jetzt so ist oder so ist, weil irgendjemanden trifft es. Das Ausflugslokal am See ist froh, wenn es im Monat 48 Tage schön ist, und der, der im Ort seinen Gastgarten hat, sagt, mir wäre es lieber, wenn um halb zwei nachmittags ein Gewitter aufzieht, weil dann habe ich die ganzen Leute am Abend beim Essen, und sie sitzen nicht am See und verzehren dort ihre Mahlzeiten und geben dort ihr Geld aus.

Das heißt also, wir werden ein schlechtes Ergebnis haben, ein schlechteres als heuer. Wir können es uns noch leisten. Nur, wir müssen darangehen, alle jene Maßnahmen zu setzen. Und wir müssen etwas tun. Wir müssen irgendwann einmal die Parameter, die zur Bewertung des Tourismus führen, von der Nächtigungszahl alleine wegbringen, weil die Nächtigungszahlen nicht mehr der Indikator dafür sind, was der Gast hier ausgibt. Es gibt eine ganz andere Wertschöpfung. Fragen Sie Handel und Gewerbe, die sind wesentlich

zufriedener. Wir werden also da etwas tun müssen. Und je mehr wir in großen Lettern lesen, daß also die große Tourismusflaute sich im heurigen Jahr fortsetzt, desto mehr werden wir Gäste verschrecken, weil ja bekannt ist, daß dort, wo Friedhofstimmung bereits propagiert wird, sie dann schlußendlich auch stattfindet, und das ist das, was der Gast ganz sicher nicht will.

Dann möchte ich zum Abschluß noch eines sagen, das System der Förderungen. Sehr schön, es ist wunderschön, wenn wir alles fördern. Wenn Sie sich aber auf der letzten Seite des Berichtes den Förderungskatalog anschauen, dann muß ich sagen, es ist zum Lachen, es ist wirklich zum Lachen, 118 Projektkostenzuschüsse mit einem Gesamtzuschußbetrag von 5,6 Millionen. Dann rechnen Sie sich aus, was das für ein Projekt bedeutet. Zweite Position 164 Regionalprämien 11,100.000. Wenn Sie da dividieren, was für einen einzelnen übrigbleibt, das ist überall zum Leben zu wenig und zum Sterben zuviel, sagt man bei uns. Und es sind bitte Augenwischereiaktionen. Wenn wir versuchen, die Mittel, die wir haben, und da haben sich die Bevölkerung und die Tourismusbetreibenden schon längst über das Tourismusgesetz zusammengeschlossen und tragen selbst dazu bei. Wenn wir das ein bißchen konzentrieren, was wir an Mitteln für den Tourismus ausgeben – und jetzt rede ich nicht nur vom Land, sondern auch vom Bund –, die Kommunensteuer und vieles, und wenn wir das konzentrieren in eine massive Werbekampagne für unser Land, für unsere Tourismusregionen, dann werden wir schlußendlich wesentlich mehr Erfolg haben. Wir werden den Tag alle miteinander noch in dieser Periode erleben, wo wir sagen können, wir haben wieder positive Zahlen. Glück auf! (Beifall bei der FPÖ. – 18.39 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vollmann. Er hat das Wort.

Abg. Vollmann (18.39 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es hat eigentlich der Kollege Vesko alles in einem großen Rahmen, in einer für ihn ungewöhnlich langen Rede, muß ich sagen, vorweggenommen. Ich glaube auch, daß viele Dinge, die er sagt, natürlich stimmen und die Probleme, die auf uns zugekommen sind, gerade in der Frage des Tourismus, ihre besondere Art haben.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich die Tourismusberichte bis zum Jahre 1992 anschauen, so ist es nur immer aufwärts gegangen. Sie waren voll Jubel, voll Freude über den Erfolg und vor allem in der Frage der Bedeckung des verlierenden Außenhandels durch die Tourismuseinnahmen ein ganz großer Faktor des Bereiches der finanziellen Bedeckung, die der Herr Finanzminister, aber auch der Finanzreferent des Landes immer in den Mittelpunkt gestellt haben.

Lassen Sie mich aber zuerst Dank sagen der Landesfremdenverkehrsabteilung, dem Herrn Hofrat Hermann und seinen Mitarbeitern, für die Erstellung des Berichtes, der wie immer tadellos, inhaltlich ausgezeichnet und gut aufbereitet ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Daß er ein bißchen Jubelstimmung vermittelt, ist eine Frage, die natürlich in der Sache der Fremdenverkehrsabteilung beheimatet ist.

Meine Damen und Herren, natürlich mit dem Rückgang des Tourismus und der getätigten Ausgaben jener, die zu uns kommen, sind viele andere Bereiche mit verbunden. Nicht nur das Wirtshaus und das Hotel, sondern auch der Handel und andere Bereiche. Und berechtigt ist heute schon gesagt worden, mit dem Wintertourismus oder Winterfremdenverkehr, mit dem kommenden Schnee oder nicht vorausgesagten Schnee fallen die Buchungen weg, man bucht viel kürzer. Die langfristige Buchung ist weggefallen. Damit stellt sich natürlich auch die Frage der Auslastung und die Probleme der Betriebe, ihre Zimmer zeitgerecht voll zu bekommen. Daneben leiden aber die Sportartikelhändler, die Bekleidungsindustrie und viele andere Bereiche mit, weil natürlich das Umsatzvolumen viel zu spät einsetzt und damit auch die Planung für das nächste Jahr immer schwieriger wird. Ich habe einige Freunde, die als Handelsvertreter in diesen Bereichen tätig sind, die mir heute schon sagen, sie haben derzeit einen Rückgang bis zu 20 Prozent.

Einer der Gründe, und ich sage das mit den gleichen Worten wie der Kollege Vesko, ist die Jammerei. Wir sind Weltmeister im Jammern geworden. Wir bejammern uns tagtäglich selber, wie schlecht es ist, wie schlecht es uns geht und welche Probleme wir haben, und wir werden nicht müde, es dauernd zu tun, meine Damen und Herren. Die beliebtesten Ausreden dabei für alle sind das schlechte Wetter und die Billigflüge.

Das schlechte Wetter ist sicherlich ein Problem, aber, meine Damen und Herren, denken wir auch daran, daß gegenüber anderen Jahren seit Anfang August oder Ende Juli, wie Sie es nennen wollen, wunderschönstes Wetter in unseren Breiten, bis auf einige Gewitter mit Überschwemmungen, ist und daß wir deswegen trotzdem keine weiß Gott wie hochsteigenden Umsatzzahlen haben.

Aber, meine Damen und Herren, auch die Frage des Winters ist in diese Gegebenheiten mit einzubinden. Die Liftpreise sind für eine Familie einfach zu teuer. Denken Sie daran, wenn heute eine vierköpfige Familie in das Gebiet des Kollegen Tasch nach Schladming hinauffährt, dort die Fahrtkosten trägt, den Lift bezahlt und unter Umständen noch zwei Kinder hat, für die sie das Essen mitbezahlen muß, ja, meine Damen und Herren, das ist ein Problem. Ich habe mit dem Kollegen Flecker öfters darüber geredet, weil er natürlich immer diese Preise verteidigt und die Probleme dabei aber trotzdem entstehen. Schladming ist eines der beliebtesten Ziele, und man bekommt im Winter kaum ein Bett. Das ist schon richtig. Aber es sind kaum längerbleibende inländische Touristen, sondern der Tagestourismus steigt. Ich weiß, daß das sicherlich von der Auslastung für einige Betriebe Schwierigkeiten bereitet.

Meine Damen und Herren, ich habe mir auch die Arbeit gemacht, den Österreichischen Tourismusbericht 1996 anzuschauen, der darauf verweist, daß zwar ein leichtes Plus gegenüber 1995 zu verzeichnen ist, nämlich mit 179,6 Milliarden Schilling gegenüber 178,895 Milliarden im Jahr 1995, aber trotz alledem die Rückgänge gegeben sind.

Meine Damen und Herren, wir dürfen uns auch über eines nicht hinwegtäuschen, die Ostöffnung, die im Jahre 1989 begonnen hat und ihren Boom bis in die neunziger Jahre mitgezogen hat, hat natürlich bestimmte Bereiche geöffnet und damit auch Möglichkeiten geboten. Erinnern wir uns aber auch an die Diskussion zu diesem Zeitpunkt in diesem Haus. Da haben wir davon geredet, daß wir mehr Drei-, Vier- und Fünfsternehotels brauchen und höhere Kategorien. Heute kommen Leute aus den Ostländern, und sie kommen oft, und es kommen viele. Wir kennen also diesen Zug der Autos, die hereinkommen, entweder in Naherholungsgebiete, verzeihen Sie mir, wenn ich meinen Bereich nehme, den Semmering, der nicht weit von der ungarischen, slowakischen und tschechischen Grenze entfernt ist, oder natürlich auch in andere Bereiche mit modernsten Autos heute wieder. Und sie haben Geld auszugeben. Sie geben nicht so viel aus wie ein amerikanischer oder deutscher Gast. Aber sie geben Geld aus, und es werden immer mehr. Daher werden wir auch diesen Anforderungen gerecht werden müssen. Wir müssen also versuchen, billigere Angebote zu machen für jenen Bereich, der also durch die Ostöffnung und die Wiedervereinigung zu uns kommt.

Auch die Überbewertung der Lira hat zu diesem Zeitpunkt sicherlich eine große Rolle gespielt.

Meine Damen und Herren, es spielt natürlich auch eine große Rolle, daß die öffentliche Hand Investitionen tätigt. Ich glaube, heute hat der Kollege Ressel schon einmal gesagt, auf die Frage des Kollegen Wiedner – (Abg. Schreiner: „Schreiner!“) natürlich, Entschuldigung bitte –, daß man nicht alles aufrechnen darf, was nur Ertrag ist in einer Gesellschaft, sondern ich muß auch auf Zeit und nach Gegebenheiten investieren. Und wir wissen das ganz genau, denn wir verlangen das ja seit Jahren in diesem Haus, jeder für seine Region. Und jeder will ein Stück für seine Region haben. Ich darf dabei die Frage des obersteirischen Präbichls nennen, ich darf die Initiative von uns zur Aflenzer Bürgeralm nennen, ich darf die privaten Initiativen zum steirischen Semmering nennen, die hier große Bereiche wieder öffnen, aber unter Umständen nicht alle jenen Ertrag haben, den wir uns unbedingt wünschen.

Meine Damen und Herren, weil vom Kollegen Vesko auch die Verschuldung der Betriebe genannt worden ist. Dazu stellt beispielsweise Minister Farnleitner in seinem Bericht fest, „die Folge des verschärften internationalen Wettbewerbs sind Rückgänge bei den Umsätzen und die anhaltende Eigenkapitalschwäche der Betriebe. Sinkende Investitionen und die Ausschöpfung aller Einsparungspotentiale haben die Verschuldungskurve im Jahre 1995 zwar verflachen lassen, aber sie ist trotzdem noch groß.“ Und ich stelle mit Schrecken immer fest, daß in den Orten draußen immer weniger Wirtshäuser werden, diese wenigen Wirtshäuser darüber klagen, daß sie auch kaum noch überleben können, und daß im Endeffekt die Problematik der Bedeckung des hohen Zinsniveaus eine große ist. Das Zinsniveau, wissen wir, ist inzwischen sehr tief geworden. Es kann also nicht mehr diese grundsätzliche Belastung sein. Aber irgendwo in diesem Bereich liegt der Wurm drinnen.

Nur, eines, meine Damen und Herren, möchte ich auch richtigstellen, nicht die Getränkesteuer und die Kommunalabgabe allein sind schuld daran, denn denken wir auch daran, daß die Gemeinden überall, ganz gleich wo es ist, gefordert sind, für die nötige Infrastruktur zu sorgen. Wir wollen moderne Straßen, wir wollen ansehnliche Innenräume der Städte, der Orte, der Märkte. Wir haben überall die Möglichkeiten von Fußgängerzonen heute eingebaut. Es muß Strom hin, es braucht die Beleuchtung, es braucht vieler anderer Investitionen der öffentlichen Hand, die geschaffen werden müssen und die mit Steuergeldern gemacht werden müssen. Ja, woher sollen die Gemeinden sonst noch Gelder kriegen, außer den ihnen zustehenden Ertragsanteilen, dann die Bedarfszuweisungen und natürlich Steuereinnahmen, die ihnen kraft Gesetzes zugesprochen worden sind?

Meine Damen und Herren, ich weiß, daß das Wort „Lohnkosten“ ein oft strapaziertes Wort ist. Ich sage aber noch einmal allen Ernstes dazu, ohne irgend jemandem anzugreifen oder zu beschuldigen. Die Lohnnebenkosten sind ein Bereich, der gewachsen ist. Und ich habe Ihnen in diesem Haus vor wenigen Monaten, ich glaube sogar in der letzten Sitzung im Juli, den Vergleich gebracht, warum die Lohnkosten in einigen Bereichen gestiegen sind.

Und sagen Sie mir jetzt, mit welchem Bestandteil der Lohnkosten man abfahren soll. (Abg. Schreiner: „Mit den Steuern!“) Denn alles trifft im Endeffekt, lieber Kollege, nur den Arbeitnehmer. Lohnnebenkosten sind keine Steuern, wie du eben sagst, sondern Lohnnebenkosten sind andere Bereiche, und ich habe von diesen gesprochen. Also die Steuern in dem Sinne sind keine Lohnnebenkosten, aber Abgaben an Sozialversicherungsträger, sonstiges, das schon, aber nicht die Steuern bitte.

Meine Damen und Herren, der Förderungstropf Österreich wie Steiermark, sage ich einmal, und ich sage es nicht zum ersten Mal, ist ein bißchen beschämend. Wenn man in Österreich in den letzten Jahren 350 Millionen ausgegeben hat, also 382, bitte um Verzeihung, 351 Millionen auf Förderungen und 31 Millionen für Aufwendungen, etwa zur Finanzierung von Studien, dann muß man schon mit aller Deutlichkeit feststellen, daß das für den größten Devisenbringer Österreichs eine sehr bescheidene Summe ist. Das heißt also auch, die Republik und das Land Steiermark, das sozusagen, wenn ich richtig mitgerechnet habe beim Kollegen Vesko, 16 Millionen ausgegeben hat, ist aufgerufen, ein wenig mehr in diesen Bereichen zu tun und zu versuchen, hier Förderungen zu schaffen, die auch noch ein bißchen attraktiver sind.

Meine Damen und Herren, wir werden aber mit dem Bejammern allein keine Erfolge haben. Es hat uns die Steirische Tourismusgesellschaft mit ihrem Jahresbericht 1995/96 einige Wege aufgezeigt, und ich muß sagen, die Leute, die dort arbeiten, nehmen ihre Arbeit auch ernst. Wir haben viele Kontakte, und gerade aus den Regionen, die Tourismusverantwortlichen freuen sich über die ausgezeichnete Zusammenarbeit, die es in diesem Bereich gibt. Aber das schlechte Wetter, das so bejammert wird, und die Billigflüge können trotz alledem von dieser Tourismus GesmbH. auch nicht beseitigt werden.

Eine Umfrage in einer kleinen steirischen Tageszeitung sagt die Gründe für den Rückgang der Österreicherurlauber. Die Umfrage war im September 1997. Billige Flugreisen in andere Länder 63 Prozent, schlechtes Wetter 56 Prozent, das ist also der größte Bereich. Österreich ist für Ausländer zu teuer, das sind bereits 51 Prozent, nämlich das sagen jene, die zu uns hereinkommen, und es ist modern, den Urlaub in fernen Ländern zu verbringen, sind 47 Prozent, und 45 Prozent der Österreicher fahren lieber ins Ausland. Ja, meine Damen und Herren, natürlich ist es verlockend geworden, ins Ausland zu gehen und sein Geld im Endeffekt dort auszugeben, was sich auch im Endeffekt in den Ziffern niederschlägt. Die Ziffern bitte zeigen uns, daß also hier rund um die 20 Milliarden ausgegeben werden. Aber, meine Damen und Herren, wir bejammern immer wieder, daß es weniger Langzeiturlauber gibt und sie immer kürzer bleiben, ich glaube fünf Tage, hast du gesagt, Kurt Tasch, ist jetzt der Durchschnitt, die der Urlauber bei uns verbleibt. Die Tagesausflügler geben in Österreich jährlich 31,5 Milliarden Schilling aus, 31,5 Milliarden, meine Damen und Herren! Das ist eine riesige Summe, und man muß dabei auch wirklich sagen, daß nicht die Steirer berühmte Tagesausflügler sind, sondern von den Wienern, den Niederösterreichern, den Oberösterreichern, Burgenländern, die uns sogar noch dabei überflügeln, sind wir also im Konzert der Bundesländer erst an siebenter Stelle hinten.

Meine Damen und Herren, es wäre verlockend, noch auf viele Bereiche des Tourismus einzugehen, aber um auch hier den Bereich abzurunden, darf ich doch auf ein paar Dinge, die auch gesagt worden sind, eingehen. Erstens einmal die Frage von Großveranstaltungen. Ich glaube nicht, meine Damen und Herren, daß Großveranstaltungen allein der Weisheit letzter Schluß sind. Sie sind aber eine Notwendigkeit zur Abrundung eines Gesamtangebotsbildes, das wir machen müssen, und daß neue Ideen gefragt sind, wissen wir alle miteinander längst. Nur, alle suchen nach der zündenden Idee und den zündenden Ideen, und ich glaube, wir suchen noch lange weiter. Denn wenn der Erfolg nicht da ist, wenn der Erfolg da ist – darf ich das umgekehrt sagen –, ist die einfachste Idee die zündende gewesen. Wenn der Erfolg nicht da ist, helfen die besten Ideen im Endeffekt nichts.

Und, meine Damen und Herren, auch ein wahres Wort zur Frage dazugesagt, weil man meint, die Thermen allein würden unsere Probleme lösen. Mit Blumau, wie sich zeigt, kriegt der Thermenbereich bereits Probleme, und ich glaube nicht, daß wir damit die große Rettung erreichen. (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Tu nicht jammern, Heinz!) Ich jammere nicht, ich stelle fest, lieber Herr Kollege Hohegger, eine Privatinitiative, die wir großzügigst unterstützt haben. Wir haben bitte für den gesamten steirischen Tourismus nicht soviel ausgegeben wie für diese Privatinitiative, denn das waren fast, wenn ich mich erinnern kann, 100 Millionen Schilling. Ich würde mir wünschen, es würde in allen Bereichen grundsätzlich soviel ausgegeben, wieviel wir dort in die Hand genommen haben.

Meine Damen und Herren, aber um das Bild abzurunden. Die lange Geschichte, weil mir das ja auch immer ein bißchen im Magen liegt, die lange Ge-

schichte der Tourismusmanager in der Steiermark, alle Vorgänger des Klaus Schrötter, meine Damen und Herren, ich zähle mit, ich weiß es selbst nicht genau, Hofrat Geisbacher, Hofrat Herrmann, die Regine Schmidt, der Fritz Trafler, der zwar mit Pomp ernannt worden ist, nur seinen Job nie angetreten hat, der Rainer Friedl, der Doppelaufgaben und Doppelbezüge gehabt hat, knapp 100.000 Schilling gekriegt hat, wie der damalige Rechnungshofbericht festgestellt hat, Frau Mag. Ilse Schmalz, der Erich Hotter, der Josef Schnedlitz, der Herbert Pohl und wie erwähnt bitte der Klaus Schrötter, der zum damaligen Zeitpunkt der große Zambano der WM Saalbach-Hinterglemm gewesen ist. Er war sicherlich – das möchte ich bitte auch sagen – ein ausgezeichnete Fachmann, aber halt nicht immer hörig und nicht immer einfach, das sage ich auch. Ich habe auch wenig Kontakt zu ihm gehabt, die Kontakte, die ich gehabt habe, waren sehr gute, und sie waren aufschlußreiche. Ob er sich diese Art, meine Damen und Herren, verdient hat, mit der man sein Dienstverhältnis gelöst hat, weiß ich nicht, immerhin hat er sich sehr um das, ich erlaube mir auch das zu sagen, millionenschwere Olympiaringspiel verdient gemacht und einen passablen Bericht – ich habe ihn schon erwähnt – 95/96 als Abschluß seiner Arbeit gelegt. Ihm, meine Damen und Herren, und seinen einsatzfreudigen Mitarbeitern möchte ich auch in diesem Zusammenhang danken, aber auch allen Dienstnehmern und Dienstgebern, die für den steirischen Tourismus soviel getan haben, sage ich ein Dankeschön, vor allem aber auch allen jenen Gästen, die zu uns gekommen sind und ihren Urlaub in der Steiermark verbracht haben, in erster Linie Inländer, die die Steiermark und ihr Angebot schätzen. Und ich glaube, das sollten wir erhalten, denn das hat uns davor bewahrt, mitabzustürzen und damit in den Bereich der Jammerer im Grunde genommen einzutreten. Denn sie, meine Damen und Herren, sind die echten Bewahrer des funktionierenden Tourismus in der Steiermark. Ich wünsche mir und uns allen gemeinsam, vor allem jenen, die davon leben müssen, einen schneereichen Winter, viele Gäste und einen schönen Sommer 1998, damit wir wieder einen erfolgreichen Bericht hier besprechen und beloben können. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 18.57 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Tasch. Er hat das Wort.

Abg. Tasch (18.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Lage unseres Tourismus ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Aufschwung wird für 1999 erwartet, und ich glaube, gerade die Steiermark zeichnet sich wieder aus, und ihr habt in meiner Berichterstattung gehört, daß also 1996 die Steiermark als Bundesland Nummer zwei bei den Rückgängen eines der besten in Österreich war und daß die Steiermark von den Rückgängen am wenigsten betroffen war. Das heißt, daß dort hervorragende Arbeit gemacht wird, und das heißt auch, daß man in der Steiermark – und das hebt dieser Bericht besonders hervor – bei dem Inländer-tourismus an eindeutig erster Stelle ist. Ich glaube, das waren die besonderen Verdienste jener Menschen, die erkannt haben auch in der Zeit der Hochkonjunktur

und der großen Blüte des Tourismus, daß man auf den Inländergast nicht vergessen hat, daß man den Inländergast immer gut behandelt hat und daß man den Inländergast auch immer beworben hat. Ein besonderer Lichtblick ist, daß man in den letzten Schätzungen bis Mitte August für 1997 einen leichten Aufwärtstrend in der Steiermark festgestellt hat und Steiermark als einziges Bundesland eindeutig an der Spitze ist und kleine Zuwächse zu verzeichnen hat. Ich möchte hier ganz besonders unserer Tourismusstelle danken mit Hofrat Hermann und seinen Mitarbeitern, aber auch, wie es Heinz Vollmann bereits erwähnt hat, Klaus Schrötter, der sicherlich für die Steiermark-Werbung als Geschäftsführer eine gute Arbeit geleistet hat.

Eines ist für die Steiermark besonders hervorzuheben, und das ist, daß von den tourismusverantwortlichen Landesräten – war es seinerzeit Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart oder war es dann kurze Zeit Landesrat Fuchs oder Landesrat Heidinger und dann unsere jetzige Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic – großartige Verdienste für den Tourismus in der Steiermark erbracht wurden.

Wir haben erkannt, daß die Steiermark eines der größten Bundesländer in Österreich ist, das vielfältigste in Europa und sicher das schönste auf der Welt. Wir haben in der Steiermark nicht nur durch die Thermenregion, sondern auch mit dem Dachsteingebiet, also mit den Schiregionen, die richtigen Investitionen in die richtige Richtung gemacht.

Ganz besonders freut es mich, und ich möchte ihm ganz besonders herzlich danken, dem jetzigen für den Tourismus zuständigen Landesrat Gerhard Hirschmann. Er ist voll Tatendrang, und ich glaube, man kann ihm nicht genug danken, und er ist voller Ideen, und diese Ideen haben bereits voll durchgeschlagen.

Auch ich möchte, wie German Vesko, der Olympiade nachtrauern, und ich glaube, es wäre eine großartige Sache für die Steiermark gewesen. Aber wir haben eine zweite Olympiade auf dem Ö-Ring veranstaltet. Ich glaube, wir alle können uns besonders freuen, daß es so eine Veranstaltung wurde, wie wir sie nicht erträumen konnten. Und, lieber Gerhard, du warst mit dieser Idee schon fast zum Scheitern verurteilt, wenn nicht im letzten Moment nochmals alle zu dir gestanden wären und diese Idee mit dir durchgetragen hätten, diese Idee, Formel-I-Rennen wieder in die Steiermark zu bringen, den A-1-Ring wieder zu aktivieren, die voll eingeschlagen hat.

Ich möchte hier besonders unseren Journalisten und Reporterin danken. Hier hat man nirgends gemerkt, ob das ein Roter, ein Blauer oder ein Schwarzer war. Sie haben mit Begeisterung berichtet, und sie haben mit Begeisterung hervorgestrichen, was dieser Ö-Ring für ein Erfolg war – über 220.000 Besucher, 800 Millionen Umsatz bei dieser Veranstaltung, und die Hälfte davon wird in dieser Region bleiben.

Lieber Gerhard, für diesen großartigen Erfolg und für deinen großartigen Einsatz dürfen wir dir danken, der Landtag, und ich glaube, ich vertrete die Meinung aller hier, auch unserer Freunde auf der linken Reihenhälfte, daß du durch deine Initiative, deinen Einsatz für die Steiermark und für Österreich, aber auch besonders für diese Region, Großartiges vollbracht hast. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist bereits im Tourismusbericht erwähnt worden, daß die traditionsreichen Tourismusgebiete, wie die Dachstein-Tauern-Region, das Steirische Salzkammergut, aber auch Grimming, Gesäuse, die meisten Einbußen und Rückgänge bei den Nächtigungsziffern hatten. Ich glaube, das ist also auch ganz klar zu erklären.

Das ist auch mit der Thermenregion ganz augenscheinlich geworden. Gleichenberg als das älteste Thermenland, als die älteste Thermenregion hat schwerstens zu kämpfen und hat immer einen großen Nachholbedarf an Sanierungen. Die neuen Thermenregionen sind auf höchstem Level und sind also bestens ausgestattet, und dadurch auch der große Andrang in dieser Region am touristischen Sektor. Und mit Gesundheitstourismus kann man immer noch sehr viel machen und sehr viel erreichen. Und das haben wir in der Steiermark besonders gut und richtig erkannt.

Ich darf hier besonders aber auch Murau hervorstreichen, das mit Holz, Werbung der wunderschönen Region, mit der Turrach bis zum Kreischberg in den Schiregionen und am nordischen Sektor sehr viel erreicht und auch am touristischen Sektor ein leichtes Plus zu verzeichnen hat.

Es freut mich auch besonders, daß die Thermenregion ein touristisches Plus zu verzeichnen hat, aber auch das Rebenland, die Weststeiermark mit ihrer Herzlichkeit, mit ihrer Offenheit, wie sie dem Gast gegenüber treten, also sehr, sehr viel erreicht haben.

Es freut mich auch ganz besonders, daß das Mürztal mit der Quelle des Lebens, mit der Wasserstraße, ganz stark ins Gespräch gekommen ist, und ich möchte allen Initiatoren da herzlich danken, die es verhindert haben, daß das wertvolle Gut Wasser nach Frankreich verkauft wurde und daher im Inland bleibt. 71 Prozent der Welt sind Wasser, aber nur 2 Prozent sind zum Trinken geeignet. Und dieses Trinkwasser müssen wir schützen, um den Tourismus und den Gast also weiterhin gerne in unser Land kommen zu lassen, dem auch voll bewußt ist, daß wir gutes Trinkwasser haben. Ich bin überzeugt, es hat in der Vergangenheit einige Ölscheichs gegeben und es wird sie auch immer geben, aber es wird in Zukunft durch das kostbare Gut Wasser den einen oder anderen Wasserscheich geben. Und wenn ich den Seppi Straßberger anschau, dann glaube ich, ist er auf dem Wege, ein Wasserscheich zu werden.

Persönlich kann ich nur sagen, wir müssen alles unternehmen und uns gemeinsam anstrengen, um den größten Devisenbringer in Österreich und in der Steiermark, den Tourismus, weiterhin aufrechtzuerhalten und zu fördern.

Wenn Heinz Vollmann gesagt hat, wir jammern so gerne über das Wetter, über die Billigflüge, so kann man das Wetter nicht beeinflussen, und das ist auch gut so. Aber die Billigflüge sind sehr wohl ein Problem für unser Bundesland, weil sie führen nur von Österreich hinaus, und es führen keine Billigflüge vom Ausland zu uns herein, Ich glaube, auf dem Sektor müssen wir uns etwas einfallen lassen, um auch Billigflüge nach Österreich zu bringen und vor allem in die Steiermark, um dieses wunderschöne Land Steiermark zu besuchen, um dem Tourismus in unserem Bundesland weiterhin eine Aufwärtsentwicklung angeheißen zu lassen.

Nochmals und abschließend möchte ich sagen, wir sind auf dem richtigen Weg. Wir müssen nur gemeinsam darum kämpfen, und wir müssen, vom Liftboy bis zum Manager, versuchen, mit Schulungen einzugreifen, um dem Gast so entgegenzutreten, daß er sich einfach bei uns wohlfühlt. Freundlichkeit kostet nichts und bringt am meisten! Der zufriedene Gast ist die beste Werbung für unser Bundesland, und wir müssen alles tun, um so viele zufriedene Gäste wie möglich von unserem Bundesland wieder hinaus in die Heimat fahren zu lassen, die draußen für uns Werbung machen und sagen: „In der Steiermark ist es klaß, da sind die Menschen klaß, da fühle ich mich wohl, da komme ich das nächste Mal wieder hin.“

Ganz besonders möchte ich eines noch hervorheben, und da möchte ich Prof. Suppan, den Weltpräsidenten der WASBE, besonders herzlich danken, für die WASBE-Konferenz in Schladming, die uns 15.000 Nächtigungen im Juli gebracht hat und wo die Leute begeistert waren. Ich muß euch eines sagen, selbst als großer Optimist hätte ich es nie geglaubt, daß in diesen acht Tagen bei diesen Konzerten 50.000 Besucher waren. Es waren vier Konzerte am Tag, und da war jedes Konzert ausverkauft. Der Direktor des Sporthotels Royer hat mir gesagt, es ist in der Woche der WASBE-Konferenz im Sporthotel Royer mehr umgesetzt worden als 1982 bei der Weltmeisterschaft des alpinen Schilaulafs.

Ich glaube, solche Großveranstaltungen müssen wir versuchen ins Land zu kriegen, müssen wir versuchen zu fördern, um also Werbewirksamkeit nach außen zu erlangen, um werbemäßig unser Land in der ganzen Welt präsentieren zu können, dann werden wir auch in der Zukunft am Tourismussektor wieder eine Aufwärtsentwicklung erfahren.

Besonders ist mir in der letzten Zeit jemand aufgefallen, und ich möchte es nicht versäumen, ihm zu danken. Gerhard Hirschmann hat einen ausgezeichneten Mitarbeiter zu sich berufen, und das ist unser Hellmuth Schnabl. Lieber Hellmuth, für deinen Einsatz, für dein Engagement – und man merkt es, daß du es mit Freude machst – möchte ich dir als Tourismussprecher der Steirischen Volkspartei ein herzliches Dankeschön sagen, und, Gerhard, dir für deinen Goldgriff. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Schluß möchte ich bei meinem Motto bleiben – man hat mir beim Herausgehen gesagt, ich soll mich ein bißchen kürzer halten als meine Vorredner – „Tritt frisch auf, machs Maul auf und hör bald auf! In dem Sinne Glück auf für die Steiermark und Glück auf für unseren Tourismus! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.09 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser zu Wort gemeldet. Nach ihm bislang zu diesem Tagesordnungspunkt sieben weitere Damen und Herren.

Abg. Schrittwieser (19.10 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich werde noch kürzer sein. Die Eckdaten zum Tourismusbericht sind ja alle hier bereits kundgetan, und wir müssen aber auch, meine ich, im Tourismus trachten, daß die Förderungsmittel, die Initiativen, auch im Land aufgeteilt werden. Und ich komme aus einer Region, das ist die Region Aflenz-

Thörl oder Thörl-Aflenz, wo sicherlich ein gewisses Eigenverschulden nicht zu verleugnen ist, daß diese Region im Tourismus etwas heruntergefahren wurde und daher die Ergebnisse im Tourismus äußerst schlecht sind und es Investitionen in die Schiregion bedarf von rund 200 Millionen Schilling, ansonsten diese Region keine Zukunft hat.

Wenn man weiß, daß bei der Firma Pengg in Thörl 1990 noch 500 Beschäftigte waren, jetzt noch 200 Beschäftigte sind, und wenn man weiß, daß in dieser Woche dieser Betrieb in den Ausgleich gehen wird und weitere 34 Kündigungen geplant sind, dann werden noch 170 übrig sein, dann wird es notwendig sein, daß wir das zweite Standbein, das wir in dieser Region haben, den Tourismus, wiederum beleben und diese notwendigen Investitionen aufbringen. Wir wissen, daß die Gemeinden nicht in der Lage sind, diesen Betrag aufzubringen, und ich appelliere daher an die gesamte Landesregierung, aber auch an den Steiermärkischen Landtag, in dieser Frage Solidarität zu bekunden und auch die erforderlichen Mittel für diese Investitionen bereitzustellen.

Es ist unabdingbar, und wir können uns an dieser Frage nicht vorbeiswindeln, weil ich glaube, diese Frage ist nicht nur eine betriebswirtschaftliche Frage, und die Studien sind betriebswirtschaftlich nicht sehr gut, sondern das ist eine regionalpolitische Frage und eine volkswirtschaftliche Frage. Und wir haben in diesem Haus, wenn wir über Arbeitsplätze geredet haben, über Investitionen in die Wirtschaft, über Beschäftigung schon sehr oft das ausgedrückt, daß wir gesagt haben, wir müssen die Dinge auch regionalpolitisch betrachten. Um diese Betrachtungsweise, meine Damen und Herren, ersuche ich Sie, wenn in den nächsten Wochen und Monaten öfter noch in diesem Haus, in der Landesregierung diese Aflenz-Bürgeralm, diese Schiregion zum Thema gemacht wird, daß Sie Verständnis haben und das unterstützen, und da ersuche ich auch, daß der Einsatz auch für diese Region so groß ist, wie er in anderen Regionen ist. Und ich sage euch als einer, der dort seit 45 Jahren lebt, dort geboren ist, es ist für mich unvorstellbar, daß wir da gemeinsam nichts zusammenbringen, und darum war es für mich ein großes Bedürfnis heute, erstmal im Landtag offiziell hier für diese Sache einzutreten. Wenn man den Worten der Damen und Herren Abgeordneten zuhört, daß man für den Tourismus viel tun muß, daß man den Tourismus beleben muß, daß man ihn als Standbein erhalten muß, dann hoffe ich, daß das auch für diese Region gilt. Es hat politisch in den letzten eineinhalb Jahren eine gemeinsame Vorgangsweise gegeben, vorher war das nicht so möglich, jetzt steht die Region geschlossen hinter diesem Vorhaben, und indem es jetzt diese Geschlossenheit gibt über Parteigrenzen hinweg, bin ich zuversichtlich, daß wir hier zu einem Erfolg kommen. Ich habe auch schon zu den Regierungsmitgliedern gesagt, meine Damen und Herren, wenn wir da nichts zusammenbringen, brauche ich gar nicht mehr heimfahren! In diesem Sinne ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 19.14 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr ist die Frau Abgeordnete Pußwald am Wort.

Abg. Pußwald (19.14 Uhr): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Fremdenverkehrsabteilung hat wirklich einen interessanten Bericht vorgelegt, eingebettet in österreichische Zahlen, mit Vorstellungen für die Zukunft formuliert. Ich möchte von dieser Stelle hier ein Dankeschön sagen für diese gute Aufbereitung und auch für die Vorwärtsschau. Eben das grüne Herz der Steiermark pulsiert, und es gibt nach wie vor, trotz aller Einschränkungen, gute Leistungen auf vielen Gebieten. Ich möchte einmal damit beginnen, daß wir hervorragende Sportler haben, wir können uns damit sehen lassen. Wir haben im Tourismus einiges zu bieten, und unsere Wirtschaftsdaten sind schließlich auch sehenswert, trotz der allgemeinen Rezession, die es europaweit gibt. Wir dürfen uns grundsätzlich darüber freuen und können auf unsere Landsleute stolz sein. Sie sind es, die diese Aktivitäten erbringen, die dann über die Politik, über uns im Landtag oder von der Landesregierung unterstützt werden können. Wir wollen diesen innovativen Menschen sagen, sie sollen weiter ihren Zielvorgaben nachgehen, konsequent und zielgerichtet handeln.

Nun, die Steiermark bietet vom touristischen her, allein durch die geographische Ausgangsposition, eine Vielzahl von Lebensformen und eine Vielzahl von Möglichkeiten. Ob es der klassische Wintersport, der Sommersport oder die vielen Möglichkeiten im Zusammenhang mit dem Wasser im sportlichen, aber auch im gesundheitlichen Bereich sind oder die vielen regionalen Besonderheiten, wie mit Pferden, Rad- oder Motorsport. Es gilt, die Lebenskultur der Menschen in den einzelnen Regionen wirtschaftlich zu nutzen. Es ist schon erwähnt worden diese natürliche Herzlichkeit der Steirer, die einladend wirkt für Fremde und ein weiterer Pluspunkt ist, der in der härtesten Konkurrenz positive Effekte erzielen kann. Soweit die Eingangssituation.

Vom Land her wurden, wie schon die Vorredner erwähnt haben, große Investitionen getätigt. In den alpinen Regionen brachten diese Investitionen langfristig gute Erfolge, die Investitionen im Thermengebiet sind für diese grenznahe Region unbezahlbar. Es müßte uns ein Anliegen sein, das Ambiente, den Komfort und die Infrastruktur weiterhin so gut zu erhalten und zu entwickeln.

Nun bin ich bei den sogenannten Großveranstaltungen. Interessante publikumswirksame Events lassen das Interesse für diese Regionen ganz einfach steigen. Dazu zitiere ich einen kurzen Ausschnitt aus den „Salzburger Nachrichten“: „Vielleicht haben gestern ein arabischer Ölschleich, ein neuseeländischer Schafzüchter, ein texanischer Großgrundbesitzer und ein japanischer Jungunternehmer erstmals im gemütlichen Lehnstuhl vor dem Fernsehgerät erfahren, daß es irgendwo in Europa, in der alten Welt, ein Land namens Austria gibt, mit faszinierender Landschaft und freundlichen Menschen. Ein Land, in dem man gerne Gäste aus aller Welt empfängt, in dem auch etwas los ist. Vielleicht hätten die vier nie davon gehört, hätten sie allesamt nicht den Steiermarkwerbefilm im Rahmen der Übertragung des Formel-1-Grand Prix verfolgt.“ Damit ist eigentlich sehr viel ausgedrückt und gesagt. Selbst wenn diese Events nur

kurzfristige Aktionen sind, so bergen sie die Chance in sich, daß langfristige, nachhaltig wirksame Begegnungen und auch Kontakte stattfinden.

Bei Kollegen Kurtl Tasch anknüpfend, der sehr klar formuliert hat, daß die Großraumflugzeuge zu Fernreisen nur von und abgehen, leider keine zu uns kommen. Warum können und sollten wir es nicht zusammenbringen, daß aus der großen Welt Fernreisen hierher starten?

Denken Sie doch daran, was gerade in den letzten Jahren hier passiert ist. Ein Netz von regionalen Schwerpunkten ist über unser Land gezogen worden. Ich erwähne die Apfelstraße, die Weinstraße, die Schilcherlandstraße, die Wasserstraße, die Schlösserstraße, die Holzstraße, die Eisenstraße, die Blumenstraße. Wenn man nachdenkt, fallen einem sicher noch viele ein. Immer sind es ganz spezielle Vor-Ort-Initiativen, die einfach langfristige Wirkung tätigen. Das große Bemühen, Radwege und Mountainbikestrecken im gesamten Land zu errichten, ist eine von der Steiermark ausgehende, sehr interessante zukunftsorientierte Schwerpunktbearbeitung.

Kultur wurde schon angesprochen. Die Kultur bindet sich unmittelbar in den Tourismus ein. Wir haben Großveranstaltungen natürlich in Wien, in Salzburg, in Bregenz, meinetwegen auch im Burgenland. Auch wir haben tolle Veranstaltungen hier in der Steiermark! Egal ob großartige regionale Initiativen mit Musik, Malerei, darstellender Kunst geschehen, überall erfreuen sich diese Sommerveranstaltungen großer Beliebtheit und stärken die Identität des Landes und der Menschen. Der steirische Herbst schafft jungen, älteren alternativen Künstlern eine Plattform über die Steiermark hinaus.

Interessante sportliche Großereignisse – Weltmeisterschaften, Weltcupveranstaltungen im Schisport, Eissport, Behindertensport, Tennis, Fußball, Pferdesport, natürlich jetzt wieder im Motorsport bringen viele, viele Menschen aus aller Welt zu uns. Ich komme aus der neuen Motorsportregion und werde dazu einiges sagen. Bei uns gibt es einzelne, ganz individuelle und sehr nuancierte sportliche Veranstaltungen, wie das Bogenschießen, den Grasschilauflauf, die Schlittenhunderennen oder auch das Hillclimbing, um nur einige Dinge gerade aus meiner Region zu nennen. Wir bewegen damit Tausende von Menschen, nicht nur aus der Region, nicht nur aus Österreich, sondern weit darüber hinaus.

Die 220.000 Besucher am vergangenen Wochenende am A-1-Ring sind sicherlich ein sehr schlagkräftiger Beweis dafür. Die hervorragende Stimmung unter den Gästen, aber auch der Wettergott hat eine bezaubernde Landschaft in tollem goldenem Licht erstrahlen lassen, und auch das große Bemühen eines guten Organisationsmanagements haben hier einen optimalen Erfolg, einen optimalen Einstieg ermöglicht.

Natürlich gibt es Verbesserungsmöglichkeiten. Wir werden uns in der Region auch darum bemühen, daß wir für so große Veranstaltungen, sei es im Verkehrsbereich, sei es im Sicherheitsbereich ganz allgemein, noch Verbesserungen durchführen können.

Ich möchte aber auch allen Mitwirkenden, von den Streckenposten, über die freiwilligen Feuerwehren, über das Rote Kreuz, über die Bezirkshauptmann-

schaft als Behörde, der Exekutive, bis hin zu den Blaskapellen und selbstverständlich – Kurt Tasch hat es auch angesprochen – den Journalisten des In- und Auslandes, die da waren, ein herzliches Danke sagen. Ein Danke sagen dafür, daß sie die Menschen dieser Region gesehen und erlebt haben und sie die Steiermark und diese Region in alle Welt hinausgetragen haben.

Es mag schon sein, daß es in den nachfolgenden Jahren nicht einen so großen Besucheransturm wie in diesem Jahr gibt, wenn Formel I am Programm steht. Jedenfalls steht fest, und darüber dürfen wir auch stolz sein und uns freuen, der Einstieg war großartig. Ein Umsatz von 800 Millionen Schilling wird in den Medien genannt, der etwa zu 50 Prozent in der Region bleiben wird. Und das bitte nur an einem Wochenende!

Das Management am A-1-Ring hat im heurigen Jahr fünf verschiedene Weltmeisterschaftsveranstaltungen hierher gebracht. Natürlich nicht mit so großer Werbewirksamkeit, natürlich auch nicht mit so großen Besucherströmen. Aber allein die Tatsache, daß es geglückt ist, diesen A-1-Ring an 220 Tagen des Jahres voll auszulasten, ist schon auch der Beweis dafür, daß hier hervorragende Kräfte zusammenspielen und miteinander tätig sind.

Wenn ich an die OGM-Studie erinnere, die von der Landesregierung vorgelegt wurde, so ist die Einnahmезiffer schon im ersten Jahr um vieles höher, als sie prognostiziert wurde.

Ich möchte mich bei Ihnen als Kolleginnen und Kollegen im Landtag, aber speziell auch bei der Landesregierung dafür bedanken, daß nach dem Österreich-Ring dieser A-1-Ring entstehen konnte. (Abg. Dr. Wabl: „Bei mir nicht!“) Macht nichts, ich bedanke mich auch bei Ihnen.

Ich danke deswegen, weil hervorragende Veranstaltungen mit großer Bevölkerungsbeteiligung stattgefunden haben – wie Bon Jovi, die Rolling Stones, es gab die gewaltige Flugschau im heurigen Juni in dieser Region, und es gab die anderen vier Weltmeisterschaftsveranstaltungen – in einer Region, die bis dato mehrere 1000, ich will nicht sagen Zehntausende Arbeitsplätze sukzessive verloren hat, wo es mit dem Tourismus gar nicht weit her war, weil einfach der wirtschaftliche Bedarf nach touristischen Aktivitäten nicht gegeben war.

Der Tourismus ist eine neue Lebensader für unsere Region geworden. Ich wünsche es mir sehr, und ich hoffe es wirklich, ich sage es hier nicht zum ersten Mal, daß aus diesem Kapital, das da gekommen ist, weitere Entwicklungen entstehen. Wir hoffen auf Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entfaltung, zum Beispiel auf Servicestationen in verschiedensten technischen Bereichen, auf Kontrolleinrichtungen und weitere Forschungs- und Entwicklungschancen. Aktivitäten in diese Richtung sind da. Ich hoffe, sie führen wirklich zu einem Erfolg, und ich würde mich freuen, das auch hier im Hause sagen zu dürfen.

Natürlich gibt es dort, wo es Sonne gibt, auch Schatten. 150 Tonnen Müll sind zu entsorgen. Eine riesige Menge, das ist keine Frage! Es ist der Lärm, der da ist und der natürlich für Menschen, die dort ihren ständigen Wohnsitz und ihren unmittelbaren

Lebensbereich haben, eine Belastung ist, mitten im Zentralraum des Aichfeldes. Die schwierige Aufgabe des Ringmanagements ist es, einen Ausgleich zwischen Wohnbevölkerung und Wirtschaft zu schaffen. Wie überall hat sich auch der Motorsport weiterentwickelt. Die Großevents sind neu in der Region, und es muß uns gelingen, wieder neue Wege zu beschreiten.

Ein paar Anregungen vielleicht noch: Ich kenne einige Rollstuhlfahrer, die ich immer wieder bei den Großveranstaltungen am A-1-Ring getroffen habe. Diese haben die Bitte, daß es für sie Möglichkeiten des leichteren Zugangs gibt. Vielleicht ist es auch notwendig, daß man den Rollstuhlfahrern wie allen Leuten die Chance gibt, sich ihre Sitzplätze und ihre Besichtigungsziele auszusuchen, nicht nur den teuersten Bereich im Goldbereich, sondern Silber und Bronze genauso anzubieten.

Wir wissen auch, daß der Trend zum Erlebnisurlaub nach wie vor anhält, und wir glauben auch, daß unser regionaler Tourismusverband „Freizeitarena Oberes Murtal“ hier wirklich aktiv mit dabei ist. Wir haben 16,7 Prozent Nächtigungszuwachs. Natürlich ist das bei uns keine große absolute Zahl, weil wir ja sehr niedere Zahlen hatten, aber es ist in Prozentpunkten ausgedrückt für diese Region sicherlich ein sehr hervorragender Wert.

Wichtig erscheint mir nach wie vor, daß der gewerbliche, der bäuerliche und der private Beherberger gemeinsam an der Qualität arbeiten und gemeinsam mit den Aktionen und mit den Aktivitäten mitziehen.

Auch die Ausbildung im Tourismus erscheint mir noch zusätzlich erwähnenswert. Neben der klassischen Ausbildung in Gastronomie und Service denke ich, ist es wichtig, daß wir im Bereich der Gesundheitsberufe, Animateure und Mentaltrainer, einfach auf die Bedürfnisse der Zeit abgestimmt, zunehmend arbeiten.

Natürlich wird es auch ein Management im Bereich des Tourismus geben müssen. Diese Bestrebungen sind im Gange, und hier hoffe ich, daß wir in Zukunft Erfolgsmeldungen kundtun dürfen.

Die Belebung des A-1-Ringes ist also nicht nur das alleinige Ziel. Schön wäre es auch, wenn wir diese zusätzlichen Arbeitsplätze dazubekämen, um damit einer weiteren Entwicklung in der Steiermark im Tourismus, im Gewerbe, in der Industrie, in der Forschung nachhaltige Wirkung zu verschaffen. In dem Fall dürfen wir stolz sein auf alle Steirer, die sich damit auseinandersetzen. Es sind Werte, die damit geschaffen wurden, und wir wollen die Schwierigkeiten mutig und innovativ als Chancen der Zukunft sehen.

Lieber Herr Landesrat, dir möchte ich noch im speziellen danken für deinen auch ganz persönlichen Einsatz, damit es möglich geworden ist, diese Veranstaltung am vergangenen Wochenende in dieser Art und Weise abzuwickeln. (Beifall bei der ÖVP. – 19.30 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker. Er hat das Wort.

Abg. Dr. Flecker (19.30 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, Frau Abgeordnete Pußwald, Sie unterschätzen den Bildungsgrad der Ölscheichs, die kennen Österreich wahrscheinlich besser als Sie die Rolling Stones. (Abg. Pußwald: „Ich habe zitiert, das war in den ‚Salzburger Nachrichten‘!“)

Aber Sie haben sich offenbar damit identifiziert. Aber ich will auf etwas anderes kommen. Ich glaube, wenn wir hier über Tourismus reden, dann müssen wir uns wohl auch dessen bewußt sein, daß wir über einen Wirtschaftszweig reden, der so konjunkturanfällig ist wie kaum ein anderer und so unberechenbar ist, wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig. Das soll ihn nicht abwerten, aber es ist so. Es soll uns höchstens diese Feststellung, die sicher unbestritten ist, dazu bringen, daß wir einfach sagen, wir müssen die Kreativität in diesem Bereich fördern, und wir müssen das, was wir als Land an Kreativität aufbringen können, als Hilfestellung einsetzen.

Mir fehlt oder ich spüre es zu selten, daß man zum Beispiel in der Steiermark in Form eines wirklich gut organisierten Incomings flächendeckend den Gast betreut. Ich kann mir durchaus vorstellen, wenn der Gast in die Dachstein-Tauern-Region kommt, daß ich versuche, diesen Gast auch für ein paar Tage nach Graz und für ein paar Tage in die Thermenregion zu bringen, um ihn dann dort wieder als Gast zu finden. Genauso umgekehrt, der, der in die Thermenregion kommt, dem muß ich auch etwas anbieten, damit er die Dachstein-Tauern-Region, das Ausseer Land sieht, damit er auch den Städtetourismus mitmacht. Ich glaube, daß wir hier im Incomingbereich sicher noch Mängel haben, und ich hoffe sehr, daß diese Mängel behoben werden. Ich glaube, daß man sich da dahinterstellen muß. Wir haben heute auch einen Gast, der eher in weniger Zeit viel erleben will, und wir können uns, glaube ich, davon verabschieden, daß wir vor allem im Sommer von jenem Gast leben können, der sich nach Schladming, nach Aussee oder sonstwohin begibt und sagt, jetzt gehe ich 14 Tage wandern. Der Gast ist nicht mehr existent, den gibt es nur mehr in ganz kleinem Ausmaß. Wir müssen jene Zielgruppe ansprechen können, die etwas erleben will.

Ich möchte auf ein paar Aussagen des Kollegen Vesko eingehen. Er hat die Liftverbindung Schischaukel Dachstein-Tauern angesprochen, die dank eines Grundsatzbeschlusses, den der Landesrat Ressel eingebracht hat, ja jetzt gesichert ist. Und ich möchte in dem Zusammenhang etwas sagen, ich freue mich, daß dieser Beschluß da ist, das ist meine alte Forderung. Wir tragen sie alle mit, nur müssen wir uns in diesem Zusammenhang auch etwas vor Augen führen. Meine Damen und Herren, dieser Grundsatzbeschluß ist, glaube ich, mindestens ein halbes Jahr alt. Wir hätten heuer zu bauen beginnen können, und wir könnten heuer im Winter bereits diese Schischaukel benutzen. Ich will nur darauf aufmerksam machen, daß durch die Bestimmungen des neuen Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes wir um mindestens eine Saison, wenn nicht gar um zwei Saisonen, zurückgeworfen werden, weil einfach die Verfahrensabläufe so lange sind, daß wir nicht zu bauen beginnen können. Noch dazu bei einem Projekt, bei dem es eigentlich keine wirklichen Gegner gibt, wo keine Gegnerschaft

da ist, wo man einfach ein Verfahren abwickelt, weil es der Gesetzgeber so vorschreibt, und wir diese so notwendige Qualitätsverbesserung für den Wintertourismus im Raum der Dachstein-Tauern-Region noch nicht zur Verfügung stellen können. (Abg. Tasch: „Da kann man sagen, die Gesetzgeber sind Politiker!“)

Naja, es ist ein Bundesgesetz, aber ich will mich nicht darauf ausreden. Ich meine nur, wir denken oft zu sehr im vielleicht populistischen momentanen grünen Erfolg und denken wahrscheinlich zu wenig, auch in so einem Fall, wo etwas völlig unumstritten ist, an das, was uns in Wirklichkeit durch diese ein- bis zweijährige Verzögerung entgeht.

Der Herr Kollege Vesko hat auch die Sommerschiene in der Dachstein-Tauern-Region angesprochen, und da komme ich schon auf das Vorige zurück. Meine Damen und Herren, mit dem Wanderparadies Dachstein-Tauern werden wir es nicht schaffen, wir müssen Zielgruppen ansprechen. Und da gibt es diverse Zielgruppen, man kann vom Pferd über Golf alles mögliche tun, man muß es nur gemeinsam tun. Wir müssen heute über Zielgruppenansprache zu solchen Ideen kommen und zur Werbung kommen, anders wird das nicht mehr gehen. Allein eine Schlafstelle zur Verfügung zu stellen, und die kann noch so schön sein, wird nicht genügen, und damit werden wir den Fremdenverkehr nicht retten. Das bedarf natürlich auch der Zusammenarbeit. Der Zusammenarbeit der einzelnen Gemeinden und der Zusammenarbeit der einzelnen Betriebe und der einzelnen Unternehmer. Und diese Zusammenarbeit zu fördern und zu koordinieren, das ist auch eine Aufgabe der Tourismus GmbH.

Natürlich ein paar kurze Worte zu den Großveranstaltungen. Manche neigen dazu, Großveranstaltungen zu lieben, weil es auch ihrer eigenen Präsentation sehr dient. Großveranstaltungen haben da und dort auch Sinn. Und jetzt völlig ohne Polemik in der Frage des Österreichringes, den werden wir ja auch beim Rechnungshof noch zu diskutieren haben, wir haben ihn schon auch beim Fremdenverkehr zu diskutieren. Ich frage mich, inwieweit ist die touristische Nachhaltigkeit des Formel-I-Grand Prix in der Region Murfeld tatsächlich gegeben? Ich glaube ganz einfach, und das müssen wir ehrlich sagen, daß die regionale touristische Nachhaltigkeit nie von dem Effekt sein kann, wie sich die Investitionen dagegen rechnen. Wenn wir da Gutes rausholen wollen, dann dürfen wir nicht nur hoffen, daß irgendein Ölscheich oder Schafzüchter das im Fernsehen sieht, sondern da müssen wir ganz deutlich sagen, daß das nicht nur mit einem Werbefilm geht, sondern daß wir dort aktiv für die zentralen Fremdenverkehrsregionen der Steiermark werben müssen, um dort touristische Nachhaltigkeit, dort wo das Qualitätsbett ist, zu erzielen.

Der Kollege Vesko hat die Olympischen Spiele angesprochen, und wir wissen alle ganz genau, daß das ursprüngliche Konzept, wir haben das da oft diskutiert, des Herrn Landesrates Hirschmann, wo er 22 Orte in der Steiermark mit irgendeinem Bewerb betreiben wollte, nicht aufgegangen wäre und nie eine Chance gehabt hätte. Und wir stellen diese Idee der Olympischen Spielen in den Mittelpunkt und haben nie darüber diskutiert, daß in der gleichen Zeit, in der da immer nur von den Olympischen Spielen gesprochen

wurde, neun Jahre bitte es verabsäumt wurde oder versagt wurde von einigen Herren, daß die Weltcuprennen auf der Planai stattfinden. Man hat diese Chance neun Jahre nicht genutzt, man hat sich zerstritten mit der FIS, und dann haben neun Jahre keine Weltcuprennen stattgefunden. Erst heuer wieder im letzten Winter ist diese so großartige Veranstaltung zustande gekommen. Ich hoffe, wir halten sie. Aber bitte, durch die jährlichen Weltcuprennen erreiche ich wesentlich mehr Nachhaltigkeit als durch einmal irgendeine Großveranstaltung.

Wer bitte denkt heute noch an Lillehammer? Wer fährt nach Lillehammer auf Schiurlaub, also ich kann mir das nicht gut vorstellen. (Abg. Purr: „Warst du dort?“)

Nein, ich war nicht in Lillehammer, weil das nicht attraktiv ist, weil man es nicht kennt, und die Olympischen Spiele allein bringen es auch nicht. Es bringt die Nachhaltigkeit, die regelmäßige Veranstaltung. (Abg. Purr: „An Überheblichkeit bist du nicht zu übertreffen. Wenn du sagst, ich war nicht in Lillehammer, weil es nicht attraktiv ist, ist das deine Überheblichkeit!“)

Ich tu mir immer schwer, dir gegenüber nicht überheblich zu sein. Ich glaube, ich habe dir das schon einmal gesagt.

Meine Damen und Herren, der Kollege Purr mag das nicht ganz verstanden haben, reden wir über das weiter, was wir sagen wollen.

Wir reden zum Beispiel überhaupt nicht oder es wird viel zu wenig gesprochen über die nordische WM in der Ramsau. Eine ganz, ganz große Chance, ein Projekt, das wir alle unterstützen. Aber auch bitte ein Projekt der Nachhaltigkeit. Wir haben dort jährlich die Weltcuprennen, wir haben dort jährlich Weltcupspringen – werden sie jährlich haben. Und all das verpufft hinter den Schlagworten Olympiade und solchen Sachen. Freuen wir uns doch über das, was tatsächlich stattfindet, und freuen wir uns über das, was wir tatsächlich zusammenbringen.

Das waren einige Bemerkungen zu dem, was Sie gesagt haben.

Und ich möchte auch zum Heinz Vollmann, weil wir ja intern immer eine Diskussion über das Preisniveau der Dachstein-Tauern-Region führen, etwas sagen. (Unverständlicher Zwischenruf.) Bei manchen lege ich keinen Wert darauf, beim Heinz aber schon, bei dir höchstens beim Spritzer draußen. Das ist noch das Niveauvollste, das ich mit dir austauschen kann.

Aber bitte, reden wir über die Frage der Preise in der Dachstein-Tauern-Region. Meine Damen und Herren, und ich glaube, ich werde da nicht sehr weit auseinanderliegen mit dem Landesrat Hirschmann, wir müssen uns entscheiden, welchen Gast wir in welcher Region ansprechen wollen. Wenn ich ein so hochqualitatives Schigebiet wie die Dachstein-Tauern-Region habe, dann kann ich es mir auch leisten, mit dem qualitativ hochwertigen Bettenstandard dort auch einen Gast anzusprechen, der das entsprechende Geld da läßt und der bereit ist, bestimmte Preise zu bezahlen. Meine Damen und Herren, wir haben aber durch dieses Mix an Preisen, nämlich auf der anderen Seite die Frühstückspension um 150 Schilling, in Wirklichkeit einen Effekt erzielt, daß wir dort statt neuen Hotels einen Billa-Großmarkt,

einen Hofer-Großmarkt bekommen haben und all das. Und die Leute, und das ist leider eine Entwicklung, gehen eher zum Billa, um die Wurstsemmel oder den Leberkäse für das Abendessen zu kaufen, statt ins Gasthaus, um dort das Geld zu lassen. Das ist eine Frage, welchen Gast will ich für welche Gegend haben? Ich glaube, wir müssen das sehr nüchtern sehen. Es ist einmal der Fremdenverkehr eine Managementgeschichte, und nicht die Möglichkeit für jeden, jedes Fremdenverkehrsgebiet besuchen zu können.

Ich will aber jetzt zum eigentlichen Grund meiner Wortmeldung kommen. Der Heinz Vollmann hat schon erzählt, daß wir eine Reihe von Geschäftsführern der Tourismus GmbH. verbraucht haben. Das mag culpa in eligendo sein, das mag aber auch nicht ein Verschulden der jeweiligen Referenten sein. Tatsache ist, daß dort, ohne daß ich behaupten will, worin der Grund liegt, der Wurm offenbar drinnen ist, wenn innerhalb kürzester Zeit so an die zehn Geschäftsführer fluktuieren haben um diesen Posten. Ich glaube, daß es schade ist um diese Einrichtung, wenn hier so eine Fluktuation stattfindet. Ich glaube, wir müssen dort endlich einmal zu einer Kontinuität finden und zu einer guten Auswahl. Und ich glaube auch, daß wir uns bei einer ausgegliederten Gesellschaft, wie der Tourismus GmbH., auch in der Verwaltung einer bewährten Gesellschaft bedienen sollten. Es ist die Steiermärkische Landesholding, meine Damen und Herren, von allen Ausgliederungsprojekten das einzige Projekt, das ohne jeglichen politischen Streit, ohne jegliche Unruhe bisher funktioniert hat, und das einzige Projekt, das ohne Schwierigkeiten läuft, und das ist ein Zeichen der dortigen Qualität.

Wir schlagen vor, weil eben die Steiermärkische Landesholding Verwalter der Fremdenverkehrsleitbetriebe der Steiermark ist, weil wir dort die wichtigsten Fremdenverkehrsbetriebe in diesem Land haben, und weil dort soviel an Know-how vorhanden ist, daß man Synergien nützen würde, würde die Tourismus GmbH. im Rahmen der Landesholding verwaltet werden. Und es braucht niemand glauben, daß wir das deswegen tun oder diesen Vorschlag deswegen machen, weil wir auf eine Kompetenzänderung im Lande schielen. Wir würden vorschlagen, daß das dort genauso funktioniert, wie es im Verkehrsverbund funktioniert oder sonstwo, daß nämlich bei Generalversammlungsangelegenheiten der Tourismus GmbH. der Herr Landesrat Hirschmann als Antragsteller in die Regierung gehen kann und somit auch die Kompetenzen gewahrt bleiben, wie sie sich auf Grund der Geschäftsverteilung der Landesregierung zeigen würden.

Ich darf daher abschließend folgenden Beschlußantrag verlesen:

Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Vollmann, Günther Prutsch und Schleich, betreffend die Übernahme der Steirischen Tourismus GmbH. in die Verwaltung der Steiermärkischen Landesholding.

Die Steirische Tourismus GmbH. ist für das Marketing und die Öffentlichkeitsarbeit im Interesse des steirischen Tourismus tätig. Seit ihrer Gründung im Jahr 1994 leidet diese Gesellschaft jedoch unter einer Diskontinuität durch den oftmaligen Wechsel in ihrer Geschäftsführung.

In diesem für die steirische Wirtschaft dermaßen wichtigen und zugleich auch problematischen Sektor sollte aber möglichst effizient, kontinuierlich und koordiniert gearbeitet werden.

Die Steiermärkische Landesholding verwaltet die wichtigsten steirischen Fremdenverkehrsunternehmen und sieht es als ihre Aufgabe, in dieser Kompetenzkonzentration inner- und zwischenbetriebliche Potentiale weitgehendst auszuschöpfen und die Synergieeffekte zwischen privaten und öffentlichen Institutionen zu nutzen. Daher sollte die Steirische Tourismus GmbH. zur Erreichung weiterer Synergieeffekte im Rahmen der Holding verwaltet werden.

Durch diese Übernahme in den Rahmen der Landesholding kommt es in bezug auf die Tourismus GmbH. zu keiner Kompetenzveränderung innerhalb der Landesregierung, da für die Generalversammlung das für den Tourismus zuständige Mitglied der Landesregierung zuständig bleibt.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die Steiermärkische Tourismus GmbH. künftig im Rahmen der Steiermärkischen Landesholding verwaltet wird.

Ich bitte um Ihre Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 19.48 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist Herr Präsident Vesko.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (19.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte Sie nicht viel länger beanspruchen, aber ich möchte zwei Dinge sagen.

Erstens, Beschlusantrag der SPÖ: Ich halte nichts von einer Zusammenführung, weil sich gerade das Doppelpaßspiel, auf der einen Seite die Tourismusgesellschaft und auf der anderen Seite die Landesholding, sehr gut bewährt hat. Die Landesholding ist im Projektbereich teilweise sehr erfolgreich, gibt uns auch die Möglichkeit, relativ unabhängig von den Aktualitäten Projekte zu überprüfen sowie Projekte auf ihre Sinnhaftigkeit und so weiter zu untersuchen. Auf der anderen Seite muß ich dem Kollegen Flecker recht geben, daß natürlich die Problematik mit der Tourismusgesellschaft per se und der Fülle der in der Zwischenzeit angefallenen Opfer an jeweiligen Geschäftsführern sicherlich ein sehr schlechtes Bild macht auf der einen Seite und etwas, was für den Tourismus besonders wichtig ist, ein gerüttelt Maß an Kontinuität verhindert.

Wir werden dem Antrag nicht zustimmen. Es ist aber nicht gesagt, daß man nicht im Gesamtbereich des Tourismus, sowohl auf der einen als auf der anderen Seite, massive Verbesserungen anbringen muß, und wir sind schon sehr gespannt, wie Landesrat Hirschmann die Objektivierung, Kollege Brünner, in der Bestellung des neuen Geschäftsführers der Tourismus GmbH. durchführen wird.

Zu den Ausführungen vom Kollegen Flecker, abgesehen von seinen üblichen polemischen Ausritten, die uns zur liebgeordnete Tradition geworden sind, Kollege Purr, wahrscheinlich sind wir zwei die letzten, die

sich darüber ärgern. Ich weiß eine gute Rezeptur, nicht einmal ignorieren, ist das eine, aber das Zweite ist, daß der Kollege Flecker natürlich zwei Dinge vergessen hat zu sagen. Es ist ja nicht der Umstand gewesen, daß es sinnvoll wäre, sich nicht für Olympische Spiele zu bewerben, und es ist ja auch nicht der Umstand, daß es sinnvoll ist, sich für den Ö-Ring zu bewerben oder alle anderen großen Veranstaltungen. Er hat davon gesprochen, daß wir am Kulm hervorragende Veranstaltungen gemacht haben und auch in Zukunft haben werden. Wir haben im kommenden Winter im Jännerloch eine Olympiade, eine Winterolympiade der Blasmusiken auf der Sportseite. Tolle Veranstaltung, das sind alles Dinge, die in die richtige Richtung laufen. Nur, die Entscheidungen sind gefallen, weil dort vernünftige Leute beieinandersitzen. Was kann ich tun, um in der schlechten Zeit etwas auszulassen, und nicht hergegangen und geschaut wird, wie sind meine Umfrageergebnisse, was sagt Hinz und Kunz dazu, und daher wird das abgelehnt. Es waren sachliche Motive, und nicht politische Motive, die dazu geführt haben. (Beifall bei der FPÖ.)

Das, Kollege Flecker, unterstelle ich Ihnen und Ihrer Fraktion, obwohl ich aus Ihren Reihen eine Fülle von Signalen immer wieder gehört habe, die gesagt haben, ja, wir müssen das eigentlich tun, weil das unsere einzige Chance ist. Das ist die Realität, mit der müssen wir leben, es gibt Gott sei Dank Sozialdemokraten in Österreich, die anders denken, die sitzen halt in Tirol und in Salzburg, die werden halt dann für uns die Olympischen Spiele und andere Veranstaltungen durchführen, nur, zahlen werden wir, weil wir genauso mit unserer Steuerlast das halt mitzahlen müssen. Aber das war Ihnen immer Wurscht. Wichtig war nur, wieviel Prozent wir haben. Die Rechnung, Kollege Flecker, werden Sie und Ihre Fraktion sicherlich präsentiert bekommen. (Abg. Schrittwieser: „Das habt ihr uns 1995 auch gesagt!“ – Beifall bei der FPÖ. – 19.52 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Wicher. Ich bitte sie zum Rednerpult.

Abg. Wicher (19.52 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zum vorliegenden Tourismusbericht ist von meiner Vorrednerin und meinen Vorrednern schon sehr viel Richtiges und sehr viel Kluges gesagt worden. Gestatten Sie mir bitte, daß ich auch einige Anmerkungen mache. Ich möchte Betrachtungen anstellen und diesen Bericht aus einer etwas anderen Perspektive betrachten. Ich bin, und das gestehe ich ganz offen, leidenschaftliche Grazerin, und ich bin unendlich stolz auf die große Vielfalt unserer steiermärkischen Heimat. Und aus diesem Grund wünsche ich mir, daß vielen Menschen die Möglichkeit geboten wird und sie die Chance bekommen, all diese Schönheiten und die kulturellen Angebote auch wahrnehmen zu können, als Gäste unserer Tourismuseinrichtungen. Das wünsche ich mir aber auch für behinderte Menschen, die wie alle anderen auch das Bedürfnis nach Entspannung und Erholung haben. Sie sind ebenso Urlauber, Touristen, Konsumenten wie jeder andere auch. Sie haben allerdings vor allem, wenn sie bewegungsein-

geschränkt sind, besondere spezielle Bedürfnisse. Rollstuhlfahrer zum Beispiel benötigen barrierefreien Zugang, Aufstieghilfen, größere Türbreiten, besonders geeignete WC und auch benützerfreundliche Sanitäreinrichtungen. All dies kommt aber auch älteren, gehbehinderten potentiellen Gästen zugute, und die können diesen Komfort sehr wohl schätzen. Aus Gesprächen mit Hoteliers weiß ich, daß sogenannte Rollstuhlzimmer bei nicht gehbehinderten Reisenden sehr gefragt sind. Sie sind einfach komfortabler als andere Zimmer. Und meiner Meinung nach wäre es wirklich hoch an der Zeit, Gäste nicht mehr in Kammerln zu pferchen, sondern ihnen eine größere Bewegungsfreiheit zu geben, und dann würden sich spezielle Rollstuhlzimmer auch ganz von selbst erübrigen. Die Bedürfnisse geh- und sinnesbehinderter Menschen müßten – und dieser Meinung bin ich – ein echtes Anliegen der Tourismusbranche sein. Es werden ja auch die Wünsche nach Tennisplätzen, Golfplätzen, nach Hallenbädern, nach Fitneßeinrichtungen gestellt, und man versucht, ihnen zu entsprechen. Diese Maßnahmen erfordern große Investitionen, Subventionen, und meistens werden diese Ausgaben eigentlich nicht besonders hinterfragt. Ich frage mich ernstlich, warum werden besonders finanziell begründete Einwendungen gemacht, wenn es um die Forderung nach behindertengerechten touristischen Einrichtungen geht? Behinderte Menschen, und hier wiederhole ich mich, sind Konsumenten wie jeder andere. Und sie haben auch ein Anrecht auf ihnen angemessene Angebote, sie bezahlen ja auch dafür. Und ich denke, sie könnten die Tourismusbilanz dadurch auch etwas auffetten, und das sollte man wirklich nicht vergessen. Daß es eine große Nachfrage gibt, beweist die Selbsthilfegruppe Hartberg unter ihrem sehr rührigen Obmann Leo Pürner. Er hat gemeinsam mit der Steirischen Tourismusgesellschaft eine Broschüre erarbeitet, in der rollstuhlgerechte Beherbergungsbetriebe aufgelistet sind. Er hat sie auch selbst getestet. Nach der Präsentation und den darauffolgenden Meldungen in den Medien gab es eine Unzahl von Anfragen, und ich finde, das beweist, daß die Nachfrage wirklich sehr groß ist und nicht extra geweckt werden braucht. Ich wünsche mir, meine Damen und Herren, daß in Zukunft bei Neuplanungen von vornherein Bedacht auf special needs, also auf besondere Bedürfnisse behinderter Menschen, genommen wird. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, es gibt die Ö-Norm B 1600, die ja diese Dinge regeln soll. Aber sie wird halt in vielen Fällen nicht eingehalten. Ein gutes Beispiel ist das Arnold-Schwarzenegger-Stadion, das eine große Anzahl von Rollstuhlplätzen vorgesehen hat und auch die nötigen Parkplätze dazu. Selbst der europäische Verkehrskommissär Neil Kinnock, der vor kurzem in Graz war, hat diese Einrichtungen wirklich mit großem Interesse wahrgenommen.

Mein Traum ist, meine Damen und Herren, und damit komme ich schon zum Schluß, daß die Steiermark ihr Grünes Herz beweist und führend wird im Anbieten von barrierefrei zugänglichen Tourismuseinrichtungen für in- und ausländische Gäste. Daß sich das in Zukunft auch rechnen wird, davon bin ich zutiefst überzeugt. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 19.59 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (19.59 Uhr): Herr Präsident, meine Herren Landesräte, sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf auch eingehend für unsere Fraktion der Landesfremdenverkehrsabteilung unter der Leitung von Hofrat Hermann unseren herzlichen Dank für die Erstellung des Berichtes und für die geleistete Arbeit das ganze Jahr über ausdrücken.

Ich darf den Tourismusbericht, nachdem bereits sieben Vorredner waren, aus zwei komplett anderen Richtungen beleuchten, und zwar als erstes den Begriff der Beschäftigung.

Der Tourismus ist einer der beschäftigungsintensivsten Bereiche, und jeder Rückgang im Tourismus hat eine große Auswirkung auf die Beschäftigung. Allein das Minus im heurigen Jahr hat ein Minus von 12 Prozent Arbeitslosigkeit im Tourismus gebracht. Ich habe die Zahlen vom Sommer des heurigen Jahres ausgehoben und mußte dabei feststellen, daß im Bereich Fremdenverkehr die Arbeitslosigkeit Spitze ist. Erster Bereich, etwa 4800 Arbeitslose in der Steiermark im Fremdenverkehr. Erst dahinter kommen die Büroberufe, und weit dahinter kommt der Handel. Sie sehen also daraus, welche hohe Bedeutung der Tourismus allein im Bereich der Beschäftigung hat.

Andererseits, gegenüber diesen hohen Arbeitslosenzahlen sehe ich immer wieder oder höre ich immer wieder bei Gesprächen mit Leuten aus der Branche, ein jeder sucht Arbeitskräfte, allein im kleinen Bereich oder auch im größeren Bereich des Bezirkes. Wo man hinkommt, jeder braucht Beschäftigte. Auch bei mir selbst habe ich das einmal gesehen. Als ich eine Kellnerin brauchte, gab es 130 beim Arbeitsamt gemeldet, gekommen ist oder bekommen habe ich keine einzige. Ich frage mich da schon, Herr Kollege Prutsch müßte da als Leiter des AMS einiges wissen, wo es hier krankt. Ich glaube, man müßte in diesen Bereichen schon ansetzen, und man könnte einen gewaltigen Beschäftigungseffekt dadurch erzielen.

Natürlich weiß ich, Kollege Vollmann hat darauf hingewiesen, die Leute gehen nicht gerne in den Tourismus, sie gehen nicht gerne in die Gastronomie, es ist ein Problem mit der Arbeitszeit, Sonntagsarbeit, Samstagsarbeit, Nachtarbeit, Kollektivvertragsbezahlungen. Nur, irgendwer wird die Arbeit machen müssen. Und zum Kollektivvertrag bekommt man heutzutage so und so keine guten Kräfte mehr.

Der zweite Bereich ist die Belastung des Tourismus, die Belastung der Betriebe.

Wir haben schon gehört, es ist ein personalintensiver Bereich, und er ist mit hohen Investitionskosten verbunden. Der Gast wünscht sich alle Einrichtungen in den Betrieben, und diese Einrichtungen kosten natürlich eine gewaltige Menge Geld.

Die Kapitaldecke – auch das nicht neu – ist dünn geworden, das Eigenkapital ist fast nicht mehr vorhanden. Es gibt schon mehr Betriebe, die den

Banken gehören als den Eigentümern. Teilweise sind wir bei einem Verschuldungsgrad des Dreifachen des Umsatzes. Wir liegen mit der Gastronomie auf Nummer 1 in der Insolvenzstatistik.

Ich glaube, wir müssen hier ansetzen. Wir müssen den Betrieben mit niedriger Belastung helfen, und das nicht nur in finanziellen Angelegenheiten, sondern auch in arbeitsrechtlichen Bereichen, Betriebsstättenanlagengenehmigung und dergleichen, weil dann haben wir wieder gesunde Betriebe. Gesunde Betriebe brauchen keine Subventionen, sie schaffen Arbeitsplätze und sie schaffen Beschäftigung.

Vielleicht noch zu einem kleinen Bereich dazu – es ist heute schon festgestellt worden, es ist nicht das Um und Auf, und es wird den Tourismus nicht retten –, es ist die Getränkesteuer. Es ist ein Unikat bei uns in Österreich. Es wäre aber ein Mosaikstein der Entlastung.

Und da möchte ich zu folgender Sache Stellung nehmen. Einerseits geht man her, von der Wirtschaftskammer, von der Sektion, und legt Unterschriftenlisten auf, läßt die Betriebe unterschreiben für die Abschaffung der Getränkesteuer, und andererseits im Nationalrat stimmen die Abgeordneten des Wirtschaftsbundes wieder dagegen. Das ist eine Vorgangsweise, die man der Fremdenverkehrswirtschaft nicht zumuten sollte.

Aber bei mancher Vorgangsweise der Wirtschaftskammer wundert einen nichts mehr, speziell zum Beispiel wie ich das letzte Mal dabei war, als der Präsident der Steirischen Wirtschaftskammer – Landesrat Paierl war ja auch Augenzeuge – sich hinstellt bei der Eröffnung eines Schotterwerkes und sagt, „wir Steirer haben die Schotter- und Wassersteuer verhindert“. Vielleicht, Herr Kollege Purr oder Herr Kollege Paierl, ladet ihr einmal den Präsidenten Mühlbacher zu eurer Klubsitzung oder hier zur Landtagssitzung ein, damit er erfährt, wer die Schotter- und Wassersteuer erfunden hat. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich glaube, im Tourismus müssen wir weg von der Belastung. Der Tourismus ist ein gewaltiger Faktor. Wir haben auch die Zahlen im Bericht gesehen. Es sind 9,5 Milliarden, die im Jahr in die Steiermark fließen. Wir müssen hin zum Qualitätstourismus, wir können sicherlich nicht mit den Billigländern mitkonkurrieren. Wir können nicht wie zum Beispiel um 10.000 Schilling 14 Tage all inclusive in die Karibik. Damit können wir nicht konkurrieren. Wir haben aber unsere Chancen. Die Chancen wurden heute bereits angesprochen – Thermen: sicherlich eine Sache, die wir nicht unendlich ausreizen können, aber sie sind eine Chance. (Abg. Purr: „Wenn ihr gewußt hättet, was das Bohren und das alles gekostet hat, dann wäret ihr auch dagegen gewesen!“)

Ich sehe es auch bei uns im südsteirischen Raum des Weinlandes, mit etwas Neuem, mit Weinkultur, mit Rad kann man etwas machen. Und wir haben das letzte Mal gehört, es war erst diese Woche, als der Obmann des Regionalverbandes „Südsteirisches Weinland“ verkünden konnte, 17 Prozent Nächtigungsplus.

Also, man hat Chancen, wenn man sich anstrengt, wenn man dem Kunden etwas Neues bietet, wenn man etwas macht, dann werden wir im Tourismus weiter bestehen können. Wenn wir nichts tun, und ich habe das Beispiel heuer auch praktisch miterlebt – ich war in einer ehemaligen Hochburg des Tourismus, die sogar das Wort Bad vor dem Namen führt, nur dort ist nichts mehr los, weil man nichts macht. Leere Hotels, keine Beschäftigung, keine Gäste.

Gehen wir den umgekehrten Weg, bieten wir dem Gast etwas, setzen wir auf Qualität, und es wird aufwärts gehen. (Beifall bei der FPÖ. – 20.08 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Brünner, dem ich es erteile.

Abg. Dr. Brünner (20.08 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Tasch hat eine Hymne auf Herrn Landesrat Hirschmann und die Ahnengalerie in der Funktion des politischen Tourismusreferenten gesungen. Er ist nicht hier, aber er wird verstehen, daß ich in seine Hymne nicht einstimme, aber auch als Oppositionspolitiker soll man positive Ergebnisse würdigen und nicht nur Kritik anbringen, so wie ich das heute getan habe.

Die Tourismusbilanz in der Steiermark ist, wenn man einen gesamtösterreichischen Vergleich anstellt, eine positive Angelegenheit, was die Nächtigungsziffern und was die Umsatzbilanz anbelangt. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn ich mir so die Gründe anschau für diese positive Bilanz, dann wird in den verschiedenen Berichten und von Tourismuskundigen darauf hingewiesen, daß unter anderem der Thermen-tourismus ein wichtiger Faktor für diese positive Bilanz gewesen ist.

Wir, das Liberale Forum, haben gemeinsam mit den Grünen einen Antrag in den Landtag eingebracht, der dann auch, glaube ich, einstimmig angenommen worden ist, daß ein Thermenbericht, ein Thermenkonzept vorgelegt wird. Herr Landesrat Paierl sitzt hier, Herr Landesrat Hirschmann sitzt hier, und Herr Landesrat Ressel ist, glaube ich, auch dafür zuständig. Meine Bitte an die drei Herren ist, daß diesem Beschluß des Landtages in absehbarer Zeit entsprochen wird, weil ich glaube, daß ein solcher Thermenbericht, ein Thermenkonzept in dem nicht nur ein Ist-Stand der Thermensituation einschließlich des Tourismus gegeben wird, sondern ein Ausblick auf die nächsten Jahre ganz wichtig ist. Ganz wichtig in zweierlei Hinsicht. Erstens einmal, daß der Tourismus, die Tourismuspolitik, die Tourismuswirtschaft sich vorausschauend auf Entwicklungen auf diesem Gebiet einstellen können, und andererseits, weil eben wichtige Entscheidungen im Land anstehen, was die Thermenlandschaft anbelangt, beispielsweise die Übernahme von Bad Gleichenberg. Wenn ich so in verschiedenen Publikationen lese, daß es Prognosen gibt, daß der Gesundheitstourismus international zurückgeht, wenn ich mir vergegenwärtige, daß wegen Einsparungen in der Sozialversicherung die

Kuraufenthalte zurückgehen werden, dann scheint es für mich plausibel zu sein, hier sehr schnell vorausschauend ein Konzept auf den Tisch zu legen, eine Analyse auf den Tisch zu legen, um hier sowohl im Tourismusbereich als auch im Bereich der etwaigen Übernahme von Thermen in das Landeseigentum entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Wenn insbesondere Herr Kollege Vollmann die Lohnnebenkosten so wegwischt, dann möchte ich schon etwas festhalten. Einer der vielen Gründe für die Probleme in der Tourismuswirtschaft ist sehr wohl auch die Lohnkostenbelastung der Unternehmen, das muß schlicht und einfach festgehalten werden. Wie man diesem Problem Herr wird, das ist eine zweite Sache. Und das Problem liegt umso intensiver auf dem Tisch, als Tourismus ein Wirtschaftszweig ist, der eben sehr lohnintensiv, weil personalintensiv, ist. Die modernen Ausstattungen der Tourismusbetriebe, das wird so quasi vom Gast als selbstverständlich angenommen. Aber dort, wo sich etwas entscheidet, ob Gäste wiederkommen oder nicht, an der Front sozusagen, das ist die Betreuung der Gäste durch das Personal. Das heißt, wir brauchen ausreichend Personal, ausreichend geschultes Personal, und alles das schlägt natürlich auf die Lohnkosten zurück. Ich halte nichts davon, dauernd die Frage zu stellen, welche Lohnnebenkosten sollen gestrichen werden, und dann wird man zitiert, und dann heißt es, der ist gegen den Urlaub und der ist gegen die soziale Sicherheit und gegen die Feiertage. Die Lohnkostenfrage ist nicht nur eine Frage der Arbeitgeber sondern auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und ich gehe davon aus, daß die beiden Teile eine Solidargemeinschaft bilden und daß diese Solidargemeinschaft sich einmal hinsetzen muß, um miteinander zu diskutieren, wie diese Lohnkostenbelastung reduziert werden kann. (Abg. Vollmann: „Entschuldige, leider sind die Vorschläge, die wir gemacht haben, bis heute nicht akzeptiert worden, nämlich wie im Baugewerbe eine Kasse zu schaffen, wo hineingezahlt wird und daß dann das funktioniert, und dann wären wenigstens die Abfertigungen weg.“)

Herr Kollege Vollmann, ich habe nicht gesagt, daß eure Vorschläge inadäquat sind, ich bin auch nicht Mitglied in der Regierung, weder im Bund noch im Land, sondern ich halte nur fest, daß ich dieses Ball-Hin-und-Herschieben zwischen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite, was die Lohnnebenkosten angeht, nicht für richtig erachte. Die beiden Seiten sind eine Solidargemeinschaft erstens, zweitens Faktum ist, daß wir relativ hohe Lohnnebenkosten haben und daß man auch auf dieser Front gemeinsam zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern etwas tun muß. Das gleiche gilt übrigens, Herr Kollege Vollmann, für die Kommunalsteuer. Ich bin sehr dafür, daß die Gemeinden ein entsprechendes Steueraufkommen haben, um die Infrastruktur zu leisten, ob aber die Kommunalsteuer, die eine Steuer auf die Arbeit ist und damit wieder die Tourismusbetriebe besonders betrifft, der Weisheit letzter Schluß ist, das möchte ich auch hier bezweifeln, habe aber nichts dagegen, daß die Gemeinden ausreichend Steuermittel haben, um ihre Infrastruktur zu finanzieren.

Zum Österreich-Ring, zum A-1-Ring, möchte ich bei dieser Gelegenheit nichts sagen, weil wir heute noch einmal Gelegenheit haben werden, darüber zu diskutieren. Ich möchte nur festhalten, daß mich einfach Unbehagen beschleicht, wenn die Frau Kollegin Pußwald von 800 Millionen spricht. Es beschleicht mich auch Unbehagen, wenn der Herr Kollege Flecker die nachhaltigen Effekte, die Umwegsrentabilität in Frage stellt, dies zwei Tage, nachdem dieses Spektakel abgeschlossen worden ist. Es ist, wenn ich es richtig sehe, eine OGM-Analyse, eine Wirtschaftlichkeitsanalyse, in Auftrag, die erst in ein bis zwei Monaten vorliegen wird. Ich halte es einfach nicht für gut, wenn jetzt mit den Zahlen jongliert wird, weil dann hätten wir uns das Geld ersparen können, Herr Landesrat, das Herr Kollege Bachmaier kassieren wird für diese Analyse. Ich werde das noch beim anderen Tagesordnungspunkt sagen. Sie wissen, daß wir dagegen gewesen sind, aber ich stehe nicht an zu sagen, wenn die Fakten, die bei uns angenommen worden sind, andere sind auf Grund dieser Analyse, dann werde ich mir überlegen, ob ich nicht zu einer anderen Meinung, betreffend den A-1-Ring, komme. Aber dieses Zahlenjonglieren, das halte ich nicht für sinnvoll.

Was den Antrag des Herrn Kollegen Flecker, betreffend Übernahme der Steirischen Tourismus GesmbH. in die Verwaltung der Landesholding, angeht, möchte ich folgendes festhalten:

Grundsätzlich scheint mir dieser Antrag Hand und Fuß zu haben, weil ich mir vorstellen kann, daß, wenn die Tourismus GesmbH. in der Landesholding ist, besser als bisher Synergieeffekte genutzt werden können und könnten. Ich möchte aber unser Stimmverhalten abwarten. Ich gehe davon aus, daß Herr Landesrat Hirschmann zu diesem Antrag Stellung nehmen wird und seine Überlegungen zu dieser Übernahme anbringen wird, und erst dann, wenn wir das gehört haben, die Kollegin Keshmiri und ich, werden wir unser Stimmverhalten danach ausrichten. Ich möchte nur festhalten, daß für mich als, jetzt sage ich es einmal so, Laien diese Integration der Tourismus GesmbH. wegen dieser Synergieeffekte durchaus Sinn machen würden. Auf einem anderen Blatt steht natürlich, daß das Ganze eine Kompetenzfrage letztendlich ist, obwohl sich Herr Kollege Flecker hinwegschwindelt. Also bei solchen parteipolitisch motivierten Kompetenzfragen tun wir natürlich nicht mit, sondern uns geht es hier um die sachpolitische Komponente, und da meine ich, daß das durchaus einen gewissen Sinn machen würde. (20.17 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wabl, dem ich es erteile.

Abg. Dr. Wabl (20.17 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Landesrat Hirschmann ist noch so euphorisch vom Grand Prix, daß er sagt, ich solle aufdrehen, also so in dem Sinne, daß die Turbos angestartet werden. Aber du kennst mich, ich bin kein Autofan, daher werde ich nicht aufdrehen, weil mir dieser Geschwindigkeitsrausch relativ fremd ist. (Beifall bei den Grünen.) Ich bin auch kein Marathonläufer wie du. Aber ich habe halt meine Bedenken, und nachdem die

Stunde schon vorgerückt ist und die SPÖ sich nunmehr auf Horchposten beschränkt, nicht auf Streckenposten, aber auf Horchposten. (Abg. Schinnerl: „Sind ja gar keine da, sind ja alle weg!“) Sage ich ja. Die Streckenposten sind alle jetzt bei der Besprechung, um zu überlegen, wie die neue Linie in der Frage des A-1-Ringes aussieht, nur der große Vorsitzende ist nicht da, also kann es noch keine neue Linie geben. Aber zwei oder drei sind noch da, die werden mit Aufmerksamkeit das Ganze verfolgen.

Ich habe natürlich nur jene gemeint, die auf ihrem Horchposten sitzen und nicht jene, die sich von ihm entfernt haben.

Ich möchte, um meinem Freund Hirschmann nicht schon am Anfang weh zu tun, nachdem wir vom Tourismus sprechen – er kommt zwar oft in die Thermenregion in die Oststeiermark, aber dann weiß ich das nie, weil ich ja nicht der Regierungspartei angehöre, obwohl ich schon vorgeschlagen habe, daß wir einmal gemeinsam die Thermenregion genießen sollen, vielleicht gelingt es in den nächsten zehn Jahren einmal, daß er über die Parteigrenzen hinweg dort einmal eine Besuchstour macht und mich auch einschließt –, mit dem Positiven beginnen und auch nicht mich davor scheuen zum Ausdruck zu bringen, daß ich auch froh darüber bin, daß die Steiermark eine positive Fremdenverkehrsbilanz aufweist, im Gegensatz zu anderen Bundesländern. Diese Erfolgsstory ist sicherlich teilweise auf konstruktive Aktivitäten zurückzuführen, teilweise auch natürlich auf die Aktivitäten vieler ehrenamtlicher Mitarbeiter, vieler berufsmäßiger Fremdenverkehrsmanager, wobei ich meine, Kollege Hirschmann, Entschuldigung, Kollege, das war eine Amtsanmaßung. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Geh, jetzt hör auf!“) Herr Landesrat Hirschmann, bei dieser Beurteilung gibt es noch ein paar Hürden zu überwinden, aber laßt euch ein bißchen Zeit.

Die SPÖ sucht wahrscheinlich Kandidaten für die Präsidentenwahl, deswegen sind sie alle fortgegangen. Oder eine Kandidatin. (Abg. Purr: „Präsidentenschaftswahlen sind erst nächstes Jahr!“)

Ich möchte nur einen Gedanken, Herr Landesrat Hirschmann, anbringen, der mir wichtig ist. Ich habe das in der Thermenregion beobachtet. Wir müssen aufpassen, so positiv dieses Tourismusgesetz war, weil neue finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, daß nicht gewachsene Strukturen mit vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern und kleinen Ortschaften, die eingebunden waren, das war das Erlebnis mit Fürstentfeld, da hat die Gefahr bestanden oder besteht auch die Gefahr, daß solche Amateurveinigungen, die es zum Teil waren, zurückgedrängt werden durch reine Profibetriebe, durch Hotels, die einfach das Kommando in die Hand nehmen. Das möchte ich nur anmerken, weil wir brauchen in der Steiermark auch die ehrenamtliche Mitarbeit der vielen Funktionäre und Funktionärinnen draußen, die auch zu unserem Image und zu unserem Ansehen beitragen, weil gerade in der heutigen Zeit das emotionale Naheverhältnis zum Gast, zum Besucher ganz besonders wichtig ist.

Ich glaube, in einer Zeit wo professionelle Argumente sehr viel zählen, gerade bei uns in der Steiermark, und das geht aus vielen Publikationen hervor, daß gerade diese Natürlichkeit, diese Ursprünglichkeit, wo das Gesellschaftsleben nicht verdorben bezie-

hungsweise noch nicht ganz verbogen ist durch die totale Ausrichtung in Richtung Gast, daß, wo dieser Zustand noch festgeschrieben ist, daß dort positive Erfolge zu erzielen sind. Und viele Besucher von anderen Bundesländern klagen darüber, daß das alles nur mehr professionell ist, oberflächlich und nicht – ich will jetzt ein bißchen pathetisch sein – vom Herzen und von der Herzlichkeit getragen ist. Das ist mir auch ein besonderes Anliegen, weil ich glaube, daß das auch ein wichtiger Faktor ist.

Ein dritter Faktor, der auch bedeutsam ist: Ich bin überzeugt davon – und das haben schon einige meiner Vorredner und Vorrednerinnen gesagt, manche in hymnischen Elegien, aber andere etwas nüchterer –, daß natürlich zwei Faktoren von der politischen Seite ganz wichtig waren. Das ist die eine Frage, und da stelle ich das jetzt voran, was aber nicht das Wichtigere war, daß natürlich auch die steirische Politik im Bereich der Wintersportorte eine gewisse konstruktive Aufbauarbeit geleistet hat, daß dort Maßnahmen gesetzt worden sind, die manche verschlafene Orte wieder zum Leben erweckt haben. Wobei natürlich dann immer der Einwand gekommen ist, na ja, die unterschiedliche Behandlung bei Schiliften, wenn er privat betrieben wird oder von der öffentlichen Hand. Aber letzten Endes glaube ich doch, daß der Erfolg den Aufwand und den Einsatz jedenfalls gerechtfertigt hat, wenn man sich die Zahlen anschaut.

Und ein Zweites: Ich glaube, der Kollege Majcen weiß es, er wird zwar heute nicht mehr dazu reden, eines sollte man auch ehrlich zugeben, manchmal und Gott sei Dank spielt in der Tourismusbranche auch der Zufall eine große Rolle und das Glück. Wenn ich mir also unsere Region in der Oststeiermark anschau, diesen Thermenboom, dieses Jahrhundertereignis Loipersdorf, das so viele positive Ereignisse nach sich gezogen hat, ist durch einen Zufall entstanden, durch eine Bohrung der RAG, die nach Erdöl gebohrt haben, dann durch die Bereitschaft auch der öffentlichen Hand, damals auch des Landes, hier dieses heiße Wasser zu nutzen und dann, und das sage ich hier auch, und ich glaube, Franz Majcen, du wirst mir recht geben, durch einen Manager, damals Horst Wagner, der erkannt hat, daß es nicht genügt jetzt zu sagen, dort mache ich so ein Bad für die Krankenkassen, wo dann irgendwelche Kuren verabreicht werden, wo man das Gefühl hat, die k. u. k.-Zeit ist noch allgegenwärtig, sondern der hat einfach erkannt, daß man jene Gäste dort auch hinbringen muß, die sich gesund fühlen, die gesund sind, die etwas erleben wollen und die gesund bleiben wollen. Und auf dieser Basis ist der gigantische Erfolg der Therme Loipersdorf entstanden, um den uns, glaube ich, fast die ganze Welt beneidet. Und wer immer in der Obersteiermark ist oder in Österreich herumkommt, der sagt, ein Wahnsinn, welche Chance ihr dort habts. Und es ist einmal so, das Wetter kann man nicht, wie der Kollege gesagt hat, steuern, aber die Menschen wollen eben in ein Wasser hineingehen. Sie wollen unabhängig vom Wetter sein. Das Gefühl, in einem heißen Wasser zu baden und dann dort verschiedene Paletten von Temperaturen auch genießen zu können, das ist halt einzigartig. Dann kommt noch dazu, und das muß man jetzt auch sagen, und ich sage das ohne Kritik und ohne Sarkasmus, es gehört auch dazu, daß man am Tag Biokost isft

in der Therme, im Biorestaurant, und am Abend dann einen ordentlichen Schweinsbraten in den umliegenden Buschenschenken genießt. Das ist auch die Widersprüchlichkeit unserer Zeit, wahrscheinlich auch die Attraktivität unserer Zeit, daß dort das Angebot zwischen Gesund-bleiben-Können und sich am Abend dann in eine Situation zu versetzen, wo man dann auch sündigt, daß das interessanterweise auch dazugehört. Wenn man die Thermenregion anschaut, gleichzeitig mit dem Thermentourismus, mit den Thermenbädern Radkersburg, Fürstenfeld, jetzt Blumau und Waltersdorf, sind auch die Buschenschenken, sehr erfreulich für die heimische Landwirtschaft, wie die Schwammerln aus dem Boden gewachsen, was zeigt, daß die Menschen halt ein sehr ausgewogenes Verhältnis zwischen der Gesundheitstherapie und dem suchen, was ihnen auch das Leben manchmal etwas schöner gestaltet.

Weil jemand eine kritische Anmerkung zu Blumau sich da hier geleistet hat, ich glaube, der Kollege Vollmann war es. Ich persönlich sage eines, das Land hat die Infrastruktur gestellt und hat 90 Millionen an Zuschüssen gegeben oder an Darlehen, aber es wird vielleicht ein Zuschuß werden, werden wir sehen. Ich bin sehr glücklich darüber, daß diese Investitionen von mehr als einer Milliarde Schilling in der Steiermark, in der Oststeiermark, in der Thermenregion erfolgt sind. Sie ist erfolgreich. Es gibt natürlich immer wieder Anlaufschwierigkeiten. Und dann kommt noch dazu, daß durch den Umstand, daß Hundertwasser dieses Thermalbad geplant hat, eine ungeheure Attraktivität entstanden ist, die über den Besucherstrom für die bisherigen Thermenbäder hinausreicht. Es kommen Leute von Japan, aus Amerika. Es gibt manchmal am Tag Hunderte von Besuchern, die nicht einmal baden gehen, die sich nur durchführen lassen und die einfach das Thermalbad Blumau als Sehenswürdigkeit betrachten und damit eine Ergänzung liefern.

Und ein weiteres zur Thermenregion: Herr Landesrat Hirschmann, ich hoffe, daß ich da einen unbedingten Befürworter habe. Ich finde einfach, wenn auch immer es Gründe gibt, daß Gleichenberg etwas zurückgeblieben ist, daß Gleichenberg also nicht diesen Boom erlebt hat, so muß man doch zugeben, daß das dortige Team das Beste aus der Situation gemacht und in den letzten Jahren doch für einen gewissen Aufschwung gesorgt hat.

Manche Besucherzahlen sind einfach von den Krankenkassen her reduziert worden, und obwohl die Gefahr besteht, daß die BVA dort ihre Kuranstalt schließt, meine ich, daß zunutzen von Synergieeffekten im Sinne eines gemeinsamen Auftretens für mich der Erwerb der Aktienmehrheit der Thermalquelle Bad Gleichenberg sinnvoll und zwingend erforderlich ist. Mir tut es leid, daß man nicht damals schon, als das Aktienpaket zum Verkauf feilgeboten worden ist, die Chance ergriffen hat, weil das wäre damals, glaube ich, um 29 Millionen möglich gewesen. Aber, und da müssen wir jetzt auch ehrlich sein, Herr Landesrat ist nicht da, ich weiß nicht, Herr Landesrat Hirschmann, was du damals für eine Meinung gehabt hast, aber ich denke noch zurück an die Zeit, wo es in dem Haus geheißt hat, privatisieren, verkaufen. Wir wollen die Therme Loipersdorf und die Therme Radkersburg verkaufen, wir suchen Käufer, es ist not-

wendig hier frisches Geld hereinzubringen, um einfach diesen Aufschwung auch woanders einzusetzen. Ich habe damals immer die Meinung vertreten, es gibt kein Grundprinzip, das heißt, der Staat, das Land Steiermark ist nicht erfolgreich und der Private ist erfolgreich. Weil wenn Private immer erfolgreich wären, dann gäbe es keine Pleitenrekorde und auch keine – (Abg. Schinnerl: „Das sind Rahmenbedingungen!“)

Es geht nicht nur um die Rahmenbedingungen, es gibt auch Private, die sehr wohl auf Grund ihres Unvermögens Schiffbruch erleiden, auch auf Grund der Rahmenbedingungen, aber auch erfolglos gewesen sind oder sind. Aber die Gefahr, daß die Therme Loipersdorf von einem Privaten erworben wird oder von einer privaten Gruppe, die nur eines im Sinn hat, einen Gewinn herauszunehmen und dann bei notwendigen Investitionen wieder zum Land gekommen wäre „entweder ihr unterstützt mich, sonst drehen wir die Bude zu“, die Gefahr war sehr groß. Und ich war immer dagegen und ich bin froh darüber, auch deshalb, glaube ich, weil sich keine geeigneten Käufer gefunden haben, die den wahren Wert überhaupt erahnen konnten, daß deswegen dieses Kapitel abgeschlossen worden ist. Ich hoffe, daß du damals nicht zu denen gehört hast, die dahier für den Verkauf eingetreten sind. Und ich bin vor allem auch deshalb der Meinung, daß man diesen Kauf durchführen sollte, und da bin ich schon beim letzten Punkt, ich will es jetzt aber nicht auf die Spitze treiben, wenn man davon ausgeht, daß das Aktienpaket zwischen 30 und 40 Millionen Schilling kostet, daß die Investitionen vielleicht 100 Millionen kosten, so muß ich sagen, wenn ich es vergleiche mit den Kosten für den A-1-Ring, so bin ich überzeugt, und da unterscheide ich mich zum Teil von meinen Vorrednern. Und ich möchte eines noch sagen, ich respektiere jede Meinung, und ich gebe gerne zu, daß es in manchen Fällen sowohl eine Pro- als auch eine Kontraoption gibt. Aber mir ist der Erwerb der Therme Gleichenberg als nachhaltige, langfristige Investition im Interesse der Gesundheit, im Interesse der Region, die seit mehr als einem Jahrhundert Hunderte von Arbeitsplätze aufweisen kann, eine Infrastruktur vorweist, ist mir lieber und wichtiger als ein A-1-Ring, das sage ich, das ist meine Meinung, der ein Megaevent einmal an einem Wochenende ist, wo dann auch noch die Draken drüberfliegen, der sehr wohl gewisse Veranstaltungen übers Jahr hindurch hat, der aber letzten Endes von den Arbeitsplätzen her sicherlich weit weniger anzubieten hat, als zum Beispiel die Thermalquelle Gleichenberg.

Du kannst mit dem Kopf schütteln, ich persönlich bin der Meinung, daß diese Investitionen sinnvoller sind. Und ich sage auch noch eines, ich möchte jetzt gar nicht über die Kosten reden. (Abg. Porta: „Großkonzerte!“) Wie? Die Großkonzerne? (Abg. Porta: „Großkonzerte!“) Die Großkonzerne könnte ich ja machen, ohne daß ich eine permanente Rennstrecke habe um 500 Millionen Schilling.

Warum ich persönlich gegen den A-1-Ring bin – und das sage ich dahier, auch wenn es zwei Tage nach dem Rennen nicht populär ist –, der Hauptgrund ist die Philosophie, die dahintersteckt. Ich höre immer wieder die Frage der Umwegsrentabilität, die Frage der Erträge für den Bund über Steuer und so weiter. Ich

bin überzeugt davon, daß diese Philosophie der Verherrlichung von Geschwindigkeit sich letzten Endes negativ auswirkt. Wenn man anschaut, wie sich der Verkehr auf unseren Straßen gestaltet. Wenn man nur anschaut zum Beispiel Motorräder, vor kurzen waren wir bei 90 Toten, wo gar nicht davon die Rede ist, wie viele Querschnittgelähmte, wie viele Menschen ihre Gliedmaßen verlieren und so weiter.

Wir haben die Philosophie, daß letzten Endes auch die Umwelt verpestet wird mit Abgasen. (Abg. Bacher: „Dann dürfte niemand mehr Schi fahren!“) Ja, das Schifahren, ja ich habe „Zur Sache“ gesehen. Schau, ich bin der Meinung, und ihr könnt da ruhig das Lied singen. Darf ich noch was sagen? Monza, Hockenheim, Nürburgring, na wollts ihr behaupten, daß Monza, Nürburgring und andere Regionen, daß das Regionen sind, die blühende Gebiete sind, nur weil dort ein Motorradrennen ist? (Abg. Bacher: „Blühender als sie vorher waren!“) Um das geht es gar nicht. Ich erinnere daran, und es ist noch gar nicht so lange her, daß der Peter Ratzberger und der Ayrton Senna – es war tiefste Depression unter den Rennfahrern, wo auch der Gerhard Berger tagelang untergetaucht war und gesagt hat, er weiß nicht, ob er weiterfährt, weil er zutiefst betroffen ist –, daß zwei junge Leute, der Senna war 25 und der Ratzberger war 22, tödlich verunglückt sind. Ich erinnere daran, daß der Niki Lauda gesagt hat, wie er das erste Mal aufgehört hat – dann hat er wieder angefangen, weil er das Geld dringend gebraucht hat – mir geht das Im-Kreis-Fahren auf die Nerven. Also so ist es ja auch nicht, daß die Betroffenen dort ihrem Rennsport so huldigen. (Abg. Majcen: „Sie haben eine neue Strecke. Sie fahren im Viereck. Sie fahren nicht mehr im Kreis!“) Naja, dann fahren sie halt nicht im Kreis, von mir aus fahren sie halt im Viereck.

Ich hätte mir auch gewünscht, Herr Landesrat Hirschmann in aller Freundlichkeit, wenn man schon Rennen veranstaltet, daß man Rennen mit Fahrzeugen mit Elektromotor dort durchführt. (Abg. Schinnerl: „Du warst ja gegen die Go-Kart-Bahn!“)

Ich war gegen die Go-Kart-Bahn. Weil die Go-Karts haben keine Elektromotoren, falls du nicht Bescheid weißt. Es waren keine Elektromotoren. Das war ein normales Go-Kart-Fahrzeug mit normalem Antrieb. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Bitte, den Redner zum Schluß kommen zu lassen!“)

Herr Präsident, ich muß jetzt einmal etwas sagen. Ich weiß natürlich, deine Präpotenz deines Amtes hier verleitet dich zu solchen Ansagen, daß ich endlich zum Schluß kommen soll. Wenn ich dein Referat, das eineinhalb Stunden gedauert hat dahier – (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Na also wirklich nicht!“).

Na, jedenfalls ist es mir so lange vorgekommen, ich habe geglaubt eineinhalb Stunden, aber vielleicht war es nur eine Stunde. Daß du mit einer Stunde Redezeit zu mir sagst, ob ich nicht endlich zum Schluß kommen kann, das ist eine Präpotenz, die dir als Vorsitzender hier nicht zusteht. (Beifall bei den Grünen.) Ich möchte dir das nur sagen.

Ich werde zum Schluß kommen, wenn ich es für richtig halte. Bis jetzt habe ich zumindest erreicht, daß wir heftig und auch locker und auch interessant miteinander diskutieren, was dir nicht gelungen ist, was

ich vorher festgestellt habe. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Martin, darf ich nur eine kurze Vorgeschichte sagen. In der Präsidiatale hat deine Kollegin, die Frau Zitz, gesagt, wir sollen uns bitte bei der Tourismusdebatte möglichst kurz halten, weil ihr das alles zu lang vorkommt!“)

Weißt du, was sie damit gemeint hat? Ich will sie nicht interpretieren, aber bei der letzten Tourismusdebatte vor einem Jahr (Abg. Majcen: „Da hat sie gesagt lange reden!“) – nein, nein, da hat die ÖVP aus jeder Region – ich meine, es steht ihr zu – jemanden herausgeschickt, und alle von Riebenbauer über Tasch bis zu allen Regionen in der Steiermark haben das Loblied gesungen. Und wir sind zu zweit, und ich werde mir von dir sicherlich das Recht nicht beschneiden lassen, auch wenn du natürlich gewisse Zwangsmaßnahmen gerne ergreifen würdest, damit du mich mündtot machst. (Abg. Dr. Flecker: „Nutz es noch. Am 1. Jänner ist es eh aus!“)

Du, am 1. Jänner, ich habe die Geschäftsordnung mitgetragen. (Abg. Dr. Flecker: „Nutz es aus!“)

Um zum Schluß zu kommen (Abg. Schinnerl: „Jetzt kommt er zum Schluß und vorher redet er so lange!“ – Abg. Majcen: „Laß dir das Wort nicht verbieten!“) Nein, nein, du, wenn ihr mich nicht immer unterbrechts, dann kann ich weiterreden. Ich muß also ein bißchen warten. Herr Präsident, darf ich weiterprechen. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Ich bitte darum!“)

Es gibt keine Zeit da hier. Und deine Zeit ist noch nicht abgelaufen, Kurtl, aber sie mag überschritten sein, das mag sein.

Herr Landesrat, ich respektiere deinen totalen Einsatz für die Steiermark, vor allem auch deshalb, weil es für dich natürlich medial auch einigen Sonnenglanz mit sich gebracht hat. Ich weiß nicht, ob du in den „Seitenblicken“ warst, weil ich habe in den letzten Tagen die Seitenblicke nicht angeschaut, weil ich angenommen habe, daß sie nur vom A-1-Ring gesendet werden. (Abg. Dr. Flecker: „Interessiert dich der Lugner nicht?“) Für mich gibt es keinen Konkurrenten. (Abg. Majcen: „Er studiert das Lugner-Verhalten!“) Schau, Franz, solche Äußerungen können mich nicht verunsichern, das weißt du ganz genau.

Ich habe zwei Wünsche. Erstens einmal, daß es in den nächsten zehn Jahren dem Majcen Franz gelingen wird, daß der so gelobte und gepriesene Landesrat Hirschmann auch mit mir einmal die Sehenswürdigkeiten der Oststeiermark oder andere Teile der Steiermark besucht und er über die Parteigrenzen hinweg auch den Kontakt zu den Minifraktionen, zu den kleinen Fraktionen sucht, was ihm nicht schlecht anstehen würde. Und zweitens, Herr Landesrat, wünsche ich mir, daß du dich für andere Projekte im Umweltbereich, im Naturschutzbereich, im ökologischen Bereich, bei alternativen Energien bei nachwachsenden Rohstoffen, bei der Sportförderung für die Jugend ebenso mit derselben Begeisterung einsetzt. Ich sage das nur deshalb, ich will dir nicht deine Leistungen da hier schmälern, weil ich betroffen bin. Und wenn man von Umwegsrentabilität redet, ich sage nur eines, ich bin also lange Zeit auch Jugendsportfunktionär gewesen und ich weiß, wie mühsam und schwer es ist, für unsere Jugend Mittel aufzubringen, damit sie sinnvoll

ihre Freizeit gestalten. (Abg. Majcen: „Österreichring!“) Nein, nicht am Österreichring, daß sie dort fahren.

Ich würde mir wünschen, daß du mit derselben Hingabe und mit demselben Engagement dafür sorgst, daß der Jugendsport in der Steiermark als zukunftsweisende Beschäftigungsmöglichkeit auch so massiv unterstützt wird. Dann werde ich deinen nicht Fernsehambitionen, Seitenblickeambitionen, aber deinem Engagement für den Tourismus in der Steiermark den nötigen Respekt zollen. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und der ÖVP. – 20.42 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Das Schlußwort hat Herr Landesrat Hirschmann.

Landesrat Dr. Hirschmann (20.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Mit Präsident, Martin, habe ich inzwischen noch den German Vesko gemeint. Aber ich stehe nicht an, schon eine Vorleistung zu erbringen und darf dir zunächst einmal sagen, Martin, du hast meine Unterstützung auf die uns genuine Art und Weise. Und ich darf vorweg einmal gleich zu deiner letzten Anregung sagen, der Franz Majcen und ich, wir kommen dich gerne im Bezirk unten besuchen, aber noch vor der unmittelbaren Wahlzeit zur Bundespräsidentenwahl, weil sonst halten das meine Freunde dort nicht aus und würden das mißverstehen.

Das Zweite, lieber Martin, das nächste große Projekt, das ich mit der Unterstützung der Damen und Herren in diesem Hause angehen werde, ist die Errichtung eines großen Nationalparks. Wir haben am Nachmittag heute mit deiner Kollegin Zitz schon kurz darüber gesprochen und wir sind mit dem Günther Posch und einigen Freunden hier und eigentlich mit allen Damen und Herren, glaube ich, da einmal auf einem ersten Gleis drauf. Ich sage dir ganz sicherlich, Martin, oder ich darf das vorweg gleich sagen, wenn sich hier jemand herstellt, und ich unterstelle niemandem, daß er das aus böser Absicht macht, aber manche wissen es nicht besser, und sagt, warum für dieses Projekt dieser und jener Einsatz. Meine verehrten Damen und Herren, das Ausspielen von Projekten ist so etwas Dummes, ist so etwas Schädliches für dieses Land. Und wir haben es aus gutem Grund immer parteiübergreifend so gehalten, daß wir gesagt haben, vom Dachstein bis hinunter nach Bad Radkersburg und von Mürzzuschlag bis hinüber nach Murau. Gerade weil wir heute vom Tourismus und Fremdenverkehr reden, meine verehrten Damen und Herren, der Dr. Flecker hat es zu Recht angesprochen, wir kriegen keine Gäste mehr 14 Tage in das schönste Fünf-Stern-Hotel mit allem Drum und Dran oder daß sie 14 Tage in eine Region, die noch so schön sein kann, wandern gehen. Wir brauchen eine Vielfalt des Angebotes, und deshalb ist es meine und unsere gemeinsame Linie und unser Vorsatz, in jede Region ein oder mehrere Leitprojekte zu bringen, und ich sage jetzt einmal ein Leitprojekt, meine verehrten Damen und Herren. Ich komme dann zum A-1-Ring auch noch.

Nur, ich bitte Sie, und Martin, du hast vollkommen recht, alles was du zu den Thermen hier gesagt hast, bis zur Eigentümerstruktur hin, das muß man alles

sehr vorsichtig behandeln, und Gleichenberg selbstverständlich, bis hin, wo sich der Bogen gespannt hat, zur berechtigten, besorgten Frage mancher Kollegen hier, wann ist es genug. Christian Brünner, wir haben eine große Studie in Auftrag gegeben und die liegt vor. Wir werden sie demnächst präsentieren. Es gibt auch in der Landesholding diesbezügliche Unterlagen, und selbstverständlich ist diese Frage berechtigt. Aber das, was wir da unten geschaffen haben, insgesamt mit der Thermenregion, das ist ein klassisches Leitprojekt. Aber auch dort, meine verehrten Damen und Herren, reicht es nicht, daß ich die Thermen hinstelle.

Und darf ich das vorweg sagen, die Steiermark hat natürlich selbstverständlich auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, der Herbert Paierl steht da hinten, Gott sei Dank heute eine Wirtschaftsstruktur, meine verehrten Damen und Herren, und das ist das Verdienst vieler in diesem Lande – von Hunderten und Tausenden Menschen auf der Unternehmerseite, auf der Arbeitnehmerseite, wo immer man will. Wir sind hier auf der Überholspur, und das Gerede, weil es heute im Tourismus auch ein paarmal gekommen ist, daß wir nicht jammern sollen, daß wir eine veraltete Industriestruktur haben, das ist Gott sei Dank vorbei. Wir sind heute wirklich im High-tech-Bereich absolute Spitze in Österreich.

Ich darf für den Tourismus vorweg auch sagen, ich bedanke mich bei allen Damen und Herren, die heute hier zu diesem Thema gesprochen haben.

Wir sind erfreulicherweise, German, du hast es als erster angesprochen, von diesem sehr schwierigen Trend in Österreich, der vor allem die Bundesländer Salzburg, Kärnten und Tirol trifft, aber eigentlich alle anderen auch, abgekoppelt, meine verehrten Damen und Herren. Und das ist schon etwas, wenn ich mir gerade den Tourismusbericht des Jahres 1996 anschau.

Ich freue mich, meine verehrten Damen und Herren, daß ich zwei Ressorts von vieren habe und verwalten darf im Moment, nämlich den Sport und den Tourismus, wo wir absolute Spitze in Österreich sind. Lassen Sie mich neben der Industrie- und Wirtschaftssituation eines sagen – einer meiner heute zu Recht gelobten Mitarbeiter, der Hellmuth Schnabl, der da drüben sitzt, war vor wenigen Wochen, oder Monate ist es mittlerweile her, in Schweden bei einem großen Kongreß, wo es auch um das Thema „Großveranstaltungen“ gegangen ist, aber insgesamt um das Thema „Tourismus“ -, der Tourismus wird im 21. Jahrhundert, in wenigen Jahren, der absolute Wirtschaftszweig Nummer eins sein, wenn ich die Unterhaltungs- und Freizeitindustrie insgesamt dazunehme. Deswegen, meine verehrten Damen und Herren, ist es so wichtig, daß wir jetzt die Weichen stellen auf dem Weg dorthin und daß wir die momentan gute Situation, die exzellente Situation der Steiermark nutzen, um hier die ganze Palette unserer Möglichkeiten auch für die nächsten Jahre voll und ganz auszuschöpfen.

Ich möchte, meine verehrten Damen und Herren, allen, die im gesamten Tourismus- und Freizeitbereich arbeiten, danken, den Unternehmern, den Arbeitnehmern, den Gastwirten, und es ist heute ziemlich die ganze Palette angesprochen worden, bis zur Landwirtschaft hin, die unendlich viel an direkten und indirekten Leistungen für den Tourismus erbringt, bis zu den Kulturschaffenden dieses Landes, die enorm viel

leisten. Und das habe ich auch mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter besprochen, und wir haben gesagt, bei aller Unterschiedlichkeit der Meinungen, und das ist vielleicht der Unterschied, da oder dort im Detail, wir haben gesagt, von der Steirischen Volkspartei jedenfalls, wir unterstützen jedes Projekt in diesem Lande, das diesem Lande etwas bringt, Wurst wo und Wurst aus welcher Branche.

Und zwar es muß nach vorne gehen, es muß was weitergehen. Und deswegen haben wir auch vereinbart, daß wir selbstverständlich alle kulturellen Initiativen, die es in allen Regionen gibt und die es auch selbstverständlich in dieser Landeshauptstadt gibt, nicht nur hundertprozentig unterstützen, sondern in dem Sinne, was heute auch angesprochen wurde, von Nachhaltigkeit für den Tourismus intensiv nutzen wollen. Ich möchte auch danken allen, die mit dem Sport in diesem Land zu tun haben, weil das heute natürlich genauso wie die Kultur ein wesentlicher Faktor, der nicht nur Freizeitwirtschaft insgesamt, sondern der Tourismuswirtschaft auch ist. Den Naturschützern, die da auch dazugehören, und wie gesagt, wir werden dieses Nationalparkprojekt, von dem ich vorhin gesprochen habe, ganz sicherlich auch im Rahmen des dort Möglichen und Erwünschten zu einem touristischen Projekt machen. Ich möchte von mir aus auch der heute angesprochenen STG, der Holding, den Regionalverbänden und vor allem der Landesfremdenverkehrsabteilung danken. Ich darf, Christian, vielleicht gleich vorweg, es dauert ein bißchen länger offensichtlich, eine Frage beantworten. Bei aller Wertschätzung des Antrages vom Kollegen Flecker, ich bin sofort für eine Integration der STG in die Holding, wenn ich die Holding bekomme, ansonsten natürlich nicht, damit ich das auch gleich ganz offen ausrede, und damit ist deine Vermutung, die du vorhin angesprochen hast, nachhaltig bestätigt. Ich habe aber damit kein Problem, weil es von mir aus eine sehr gewünschte, sehr gesuchte und sehr gute Kooperation zwischen der STG und der Landesholding gibt, und ich werde schauen, daß wir das durch die neuen Personalmaßnahmen, die wir in diesem Zusammenhang setzen müssen, noch enger verschränken.

Ich möchte zweitens, meine verehrten Damen und Herren, noch einmal danken, für das, was eigentlich von allen dargestellt wurde, daß wir in diesem Jahr, das wir heute abhandeln, nämlich das Jahr 1996, bei den Nächtigungen, bei den Umsätzen in der Tourismuswirtschaft, wie es der Präsident Vesko gesagt hat, noch am besten davongekommen sind, also das beste Land waren in der Entwicklung. Ich darf heute eines voraussagen und German – das tue ich nie gerne, aber das kannst du auch nicht wissen, weil das eine allerletzte Mitteilung vom gestrigen Tag ist aus dem Bundesstatistikamt –, wir werden aller Voraussicht nach in diesem Jahr, 1997, das einzige Bundesland sein, das eine positive Entwicklung hat, nämlich ein Nächtigungsplus, meine verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Es ist zurecht angesprochen worden von German, das ist ja nicht der einzige Indikator, erfreulicherweise sind die Umsätze ja in den letzten Jahren, wo es da oder dort ein bißchen ein Minus war, trotzdem gestiegen. Und es ist richtig, daß man sich neue Indikatoren der Bewertung und Bemessung der Tourismuswirtschaft und der Einnahmenseite überlegen muß.

Meine verehrten Damen und Herren, ich möchte eines mit Nachdruck unterstreichen, was, glaube ich, der Kollege Wiedner, wenn ich mich richtig erinnere, am ausführlichsten angesprochen hat, aber auch beginnend von Kurt Tasch von einigen Leuten angesprochen wurde, ganz so leicht können wir es uns mit den Rahmenbedingungen natürlich nicht machen, daß wir sagen, nein, nein, wir müssen schauen, daß wir die Hotels und die Gasthäuser, die untergehen, quasi mit Subventionen wieder auffangen. Ich möchte jetzt dem Kollegen Vollmann nicht unterstellen, daß er das so direkt gemeint hat, aber es war ein bißchen herauszuhören. Nein, meine verehrte Damen und Herren, die Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft sind außerordentlich dramatisch unangenehm. Ich möchte das nicht wiederholen, was hier angesprochen wurde, aber selbstverständlich – ich glaube, der Christian hat es dann auch noch einmal aufgegriffen –, das ist ein personalintensiver Bereich, und mit den Maßnahmen, die wir hier gesetzlich geschaffen haben, tut sich die gesamte Branche unendlich schwer. Und unser Problem ist überhaupt nicht – das wurde heute dankenswerter Weise von vielen angesprochen –, überhaupt nicht das Wetter. Das Wetter ist eine einzige Ausrede. Ich kenne die Umfrage, die da gemacht worden ist, daß die Leute zu 60 oder 70 Prozent glauben, daß das Wetter ein Problem ist. Klar, wenn man sich nicht intensiv mit den Dingen auseinandersetzt, dann kann man auf diese Idee kommen, und es dient als Ausrede. Aber das ist überhaupt nicht unser Problem. Und vor allem, wenn es unser Problem wäre, dürften wir uns mit dieser Feststellung nicht zufriedengeben. Es sind auch nicht die Billigreisen unser Problem. Freunde und meine verehrten Damen und Herren, mit denen können wir sowieso nicht konkurrieren, und das ist sowieso nicht unsere Schiene auf die Dauer hin. Sondern die Frage ist, wie wir einfach unsere landschaftliche Schönheit, die Tüchtigkeit unserer Leute, das Preis-Leistungs-Verhältnis in diesem Land, die Vielfalt des Angebotes durchaus in diesem angesprochenen, sehr vernetzten Sinne, daß ich halt eben zwei Tag dort bin und zwei Tage da bin, wie wir dieses Geflecht einfach an Möglichkeiten optimal anbieten können und auch optimal verkaufen können. Und wie gesagt, das wäre jetzt eine sinnlose Herumjammerei, aber natürlich sind die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft außerordentlich problematisch, und da muß in jedem Fall in den nächsten Jahren eine Entlastung kommen, wie das insbesondere in den letzten ein, zwei Jahren, vor allem in unserem Nachbarland, in der Schweiz, geschehen ist.

Lassen Sie mich, verehrte Damen und Herren, eine weitere Anmerkung machen, zur Grundphilosophie und zur Leitidee in unserem Tourismus. Das Allerwichtigste, und dafür danke ich, daß das heute auch mehrfach angesprochen worden ist, ist die Zusammenarbeit. Die Zusammenarbeit zwischen Betrieben, die Zusammenarbeit der Regionen und die Zusammenarbeit auch verschiedenster Branchen, denn – ich habe es vorhin schon angesprochen, weil der Herbert Paierl dasitz und ich würde es dann am Beispiel des A-1-Ringes noch einmal kurz verdeutlichen können – verschiedenste Institutionen, ob das die Kultur ist, die Wissenschaft, die Wirtschaft, das sind alles auch unter Umständen, wenn wir es richtig vermarkten, Werbeträger insgesamt für die Steiermark und damit natür-

lich auch für die Tourismuswirtschaft. Also die Zusammenarbeit, meine verehrten Damen und Herren, das ist das Um und Auf. Ich möchte bei der Gelegenheit hier auch sagen, wir haben einen ersten guten Schritt getan, daß wir uns mittlerweile, glaube ich, auf 13 Regionalverbände reduziert haben. Und ich sage Ihnen, meine verehrten Damen und Herren, es ist mein Ziel, so schmerzlich das ist, ich bitte Sie aber um Ihre Unterstützung, daß wir diese Regionalverbände noch in diesem Jahrhundert, in diesem Jahrtausend, auf die Hälfte reduzieren und daß wir vor allem mit den Ortsverbänden im großen und ganzen bis auf das, was von einem Redner richtigerweise angesprochen würde, dort wo sie lokale Funktionen erfüllen, in ihrer überregionalen Anmaßung etwas bewirken können, abfahren. Das wird eine schwierige Aufgabe, weil alle Integrationsmechanismen sind bekanntlich immer sehr schwierig, aber ich halte das für eine wesentliche Vorbedingung. Wir können dieses Land, diese Steiermark nur als Steiermark verkaufen. Und ich sage das und bitte mich nicht falsch zu zitieren und mich nicht mißzuverstehen, wir können nicht einmal die Dachstein-Tauern-Region, die unsere traditionsreichste Region neben der Ausseer Region ist, irgendwo alleine mehr verkaufen. Es geht nur die Steiermark als Gesamtprodukt und als Gesamtangebot, und alles andere ist verlorene Liebesmüh, ist verlorene Energie und ist vor allem sehr viel verlorenes Geld.

Zweiter Punkt, meine verehrte Damen und Herren, und ich habe das schon angesprochen damit, das was wir in der Steiermark heute brauchen, ist, wir haben alles andere, wir haben tolle Beherbergungsbetriebe, wir haben den besten Wein, wir haben eine hervorragende kulinarische Palette anzubieten, Naturlandschaft, alles angesprochen heute, das was wir brauchen, ist Marketing, Marketing, Marketing. Ich habe – einige meiner Freunde kennen das Beispiel – vor wenigen Wochen den Manager vom SV Werder Bremen zu Besuch in Graz gehabt, und der hat gesagt „Sie, ich habe jetzt das erste Mal“ – in der Ramsau, glaube ich, war er auf Urlaub und dann im Thermenland zwei, drei Tage – „Urlaub in diesem Lande gemacht. Ich habe nicht gewußt, wie schön dieses Land ist, ich habe nicht gewußt, wie toll das Preis-Leistungs-Verhältnis in diesem Lande stimmt und bitte Sie nur eines“, hat er gesagt „schauen Sie, daß die Steiermark irgendwo bekannt wird. Es kennt euch niemand“. Er hat gesagt: „Ich war vor zehn Jahren mit meinem Klub in Graz bei einem Fußballspiel. Ich habe nicht gewußt, daß das in der Steiermark ist, wir sind in der Früh hereingeflogen, nach dem Spiel heimgefliegen.“ Was will ich damit sagen, meine verehrten Damen und Herren? Wir müssen schauen, daß wir dieses Land vermarkten, vermarkten, vermarkten mit all den Qualitäten, die wir haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Damit bin ich drittens, meine verehrten Damen und Herren, beim Thema Leitprojekte. Danke Hermine Pußwald und Kurti Tasch.

Es ist von euch und von vielen anderen bereits eine große Palette angesprochen worden – ich möchte dies jetzt aus Zeitmangel nicht wiederholen – von Dingen, von der Schlösserstraße bis hinauf zu den Holzaktivitäten in Murau, die wir alle haben. Ihr entschuldigt, daß ich keine weiteren Projekte mehr in diesem Zusammenhang nenne.

Ich halte es für absolut notwendig, daß wir auf diesem Kurs weiterfahren. Es wurde heute der Wintersport angesprochen. Es ist erfreulich, daß wir im Wintersport einige größere Investitionen in den nächsten Jahren vornehmen werden. Ich bitte aber auch heute hier die Damen und Herren Abgeordneten um ihre Unterstützung, daß wir an ein paar große Projekte, über die wir noch viel nachdenken müssen, die wir dann auch austreten werden müssen, in diesem Lande denken müssen, die uns völlig unabhängig machen vom Wetter und die einer Ganzjahresnutzung zur Verfügung stehen. Es gibt eine Reihe von Ideen, und ich werde mir erlauben, mit meinen Freunden und Mitarbeitern zum gegebenen Zeitpunkt einige Vorschläge zu machen. Ich halte das, wie gesagt, für absolut notwendig, und daß wir vor allem von einer notwendigen und wichtigen Investitionsschwerpunktsetzung der nächsten Jahre vom Wintersport auf ein neues Geleise einiges umschichten und weiterbringen. Es wurden heute einige Stichworte bereits genannt.

Ich möchte in dem Zusammenhang, meine verehrten Damen und Herren, eines doch noch ansprechen, weil es, glaube ich, ich weiß es nicht, aus nicht besserem Wissen oder was immer auch, einfach unterschätzt worden ist. Ich glaube, der German Vesko hat heute noch einmal die Sache mit den Olympischen Spielen angesprochen. Ich sage, es ist einerlei, ob ich dieses großartige Erlebnis des Wochenendes, und bitte, meine verehrten Damen und Herren, ein paar kennen mich so gut, da geht es nicht um mich, da geht es nicht um die Steirische Volkspartei, da geht es nicht um diese oder jene, da geht es darum, und ich möchte den Dr. Flecker zitieren – ich habe mir den Satz wirklich aufgeschrieben –, er hat mehrfach am Schluß gesagt: „Freuen wir uns über das, was tatsächlich stattfindet.“ In diesem Sinne, lieber Herr Hofrat, freuen Sie sich jetzt einmal über das, was da oben stattgefunden hat, nämlich, meine verehrten Damen und Herren, weil das eine so tolle Visitenkarte für diese Steiermark und für dieses Österreich war, und mich macht so etwas stolz, meine verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Es macht mich deswegen stolz, und ich glaube die Hermine Pußwald weiß es am ehesten von allen, weil sie das am nächsten mitverfolgen hat können, weil hier Hunderte – der Grabner wird sich in ein paar Jahren auch wieder daran erinnern können –, Tausende Menschen an diesem Gesamtprojekt mitgearbeitet haben in den letzten Jahren und in den letzten Tagen und Wochen insbesondere. Das, meine verehrten Damen und Herren, ist deswegen für uns so wichtig, weil ich vorher gesprochen habe, das was wir brauchen ist Marketing, Marketing und noch einmal Marketing. Und bitte, was will ich mehr, außer daß ich einmal ein 500-Millionen-Publikum über drei Tage hindurch habe – ich möchte mich auch beim ORF, der nicht mehr anwesend sein kann, wirklich bedanken –, das größte Medienereignis seit dem Jahre 1945, und das über die Steiermark, meine verehrten Damen und Herren. Und das halte ich einfach für eine unbezahlbare Geschichte.

Lieber Martin, im nachhinein zu deiner Bemerkung, ich weiß, daß du so etwas nicht gemeint hast. Erstens, ich lade dich ein, ich war mit dem Kollegen Ressel, und

ich glaube sein Pressereferent, der ihn nicht immer gut berät - entschuldigen Sie die kleine Anmerkung, ich schätze ihn sonst sehr -, war mit dabei und vor allem die Frau Mag. Theißl, am Nürburgring. Die waren jetzt auch da und einige der Damen und Herren, die hier anwesend sind, wenn die die Rennstrecke dort nicht hätten am Nürburgring, dann würde denen dort ein Wirtschaftszweig fehlen. Ich bitte Sie noch einmal zur Kenntnis zu nehmen, und auch dich, Martin, das ist eine Sache, und ich habe hier Hunderte Male gesagt, die bessere Idee schlägt die schlechtere, wenn der Kollege Grabner mit seinem Science-Verkehrcenter, oder was immer das war, kommt - ich warte jetzt schon seit der Wahl 1995, ich habe seither von ihm nichts mehr gehört, hier habe ich noch sein Flugblatt von damals, November 1995 -, sofort und mit größter Begeisterung, meine verehrten Damen und Herren.

Wir haben es da oben zusammengebracht im Moment, daß bis heute - und das möchte ich mit Nachdruck noch einmal sagen, weil das immer weggeschwemmt wird -, 700.000 Leute auf den A-1-Ring zu Veranstaltungen an 214 Tagen von 220 möglichen Tagen gekommen sind. Bitte, meine verehrten Damen und Herren, noch einmal, Martin, mit dir bin ich völlig im reinen, wenn einer sagt, prinzipiell, ich bin gegen einen solchen Blödsinn, d'accord, ich akzeptiere auch Leute, die kein Fleisch essen, ich esse trotzdem eines, aber aus wirtschaftlichen Gründen zu sagen, das ist nichts da oben, ich meine, da tun wir uns selber weh. Und bitte auch nicht vergessen, es wird ja alles unterschlagen. Ich möchte es vorweg schon sagen, zur Kontrollamtsdebatte um ein Uhr früh heute, bitte der Abbruch der Strecke, und wir hätten sie abrechnen müssen, hätte uns 250 Millionen Schilling gekostet. Ich sage das auch meinem Freund Helmut Griess da hinten; damit er auch einmal eine diesbezügliche Information bekommt. Das hätte uns 250 Millionen Schilling gekostet. Und deswegen sage ich, meine verehrten Damen und Herren, war die Investition von diesen 400 Millionen Schilling - und noch einmal, ich lasse mich auf diese Debatte, wie gesagt Herr Marcizk, bitte das nicht falsch zu verstehen, ich wollte Sie nicht kränken in Ihrer Arbeit, ich weiß, daß Sie selber über die Sache ja ganz anders denken, aber man muß - (Abg. Dr. Flecker: „Das ist ein neuer Stil, daß man mit den Beamten diskutiert!“) Ich habe mit ihm so ein gutes Verhältnis, daß ich mit ihm kein Problem habe. Ich habe mit ihm kein Problem (Abg. Dr. Flecker: „Lassen Sie ihn in Ruhe, beschäftigen Sie sich mit uns!“), Ihr offenbar schon. Aber was da alles dazugerechnet wird, das ist die Sache des Kollegen Ressel, der dazu sicherlich Stellung nehmen wird und im übrigen auch in seinen Ressortbereich fällt. Und da werden ja seit dem Jahre 1971 Dinge dazugerechnet, die mit dem Formel-I-Umbau wirklich nichts zu tun haben.

Und lassen Sie mich, meine verehrten Damen und Herren, zusammenfassend zu diesem Punkt folgendes sagen:

Also, erstens eine Ganzjahresnutzung, all das, was durch den Formel-I-Lauf hier umgesetzt wird, und Christian, wir werden genaue Zahlen und Fakten vorlegen. Ich darf dir aber vorweg schon sagen, die Studie, die der Landesrat Ressel, nicht ich, der Landesrat Ressel in Auftrag gegeben hat, vor zwei Jahren, dir nicht unbekannt, der Autor der Studie ist dein früherer

Parteifreund Wolfgang Bachmaier, endet mit dem Ergebnis, daß bei sehr vorsichtiger Berechnung - und er hat damals eingesetzt 45.000 Zuschauer - mit der Ganzjahresnutzung, rundherum an dem, was an sonstigen Motorsportveranstaltungen noch da ist, sich die Sache absolut rechnet. Wir haben jetzt 220.000 oder 230.000 Zuschauer gehabt, meine verehrten Damen und Herren. Und noch einmal, das war eine wirklich tolle Sache, und das ist ja auch ein bißchen eine Abstimmung mit den Füßen, ganz ehrlich gesagt. Und noch einmal, ob man das für gescheit findet oder nicht gescheit findet, das ist die eine Frage, aber ökonomisch, meine verehrten Damen und Herren, rechnet sich diese Projekt so schnell wie kein anderes, das jedenfalls bei uns mit öffentlichen Steuermitteln finanziert wird, in diesen Bereich hinein, denn es ist ein Infrastrukturprojekt.

Deswegen bitte ich, auch um der intellektuellen Redlichkeit willen, zu sagen, da werden sechs Arbeitsplätze geschaffen, das ist einfach wirklich nackte Demagogie. (Abg. Schrittwieser: „Dauerarbeitsplätze!“) Der ÖAMTC beschäftigt Woche für Woche, nur der ÖAMTC alleine, mindestens 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Daß er im Stab nicht mehr hat. (Abg. Dr. Flecker: „Das hat nichts mit der Formel I zu tun. Das ÖAMTC-Zentrum war mit dem alten Ring gesichert!“) Herr Kollege Flecker, darf ich Ihnen eines sagen, ich möchte Sie eben auf - (Abg. Dr. Flecker: „Das ÖAMTC-Zentrum war mit dem alten Ring auch schon oben. Sie sagen die Unwahrheit!“) Herr Kollege Flecker, die Masche wird nicht hineingehen, die Sie da probieren.

Noch einmal, wir haben da oben einen großen Umbau tätigen müssen, und ohne diesen Umbau hätte die Sache bitte - abreißen - 250 Millionen Schilling gekostet.

Ich erinnere mich genau, wie der Kollege Ressel gekommen ist, nein, bauen wir um für den Motorrad-Grand-Prix alleine, weil der bringt auch jedes Jahr hunderttausend Zuschauer. Ich habe es wörtlich mit, ich kann es Ihnen vorlesen, worauf ich ihm gesagt habe, Herr Kollege Ressel, für alles bin ich zu haben, nur eine Rennstrecke umzubauen, ohne, wenn man schon die Möglichkeit hat, eine Formel I hinzubringen, das ist halt wie die Spanische Hofreitschule ohne Lipizzaner, und das wäre wirklich eine Fehlinvestition gewesen. Und deswegen, Herr Kollege Flecker, war es so notwendig, und die Formel-I-bedingten Zusatzausgaben, die wir da oben gehabt haben, die belaufen sich auf maximal 80 Millionen Schilling, um das wäre das sonst billiger geworden und bitte, die haben wir alleine an diesem Wochenende ganz sicherlich dem Herrn Finanzminister zugeführt. Ich darf Ihnen noch darüber hinaus etwas sagen. Wir haben wie gesagt, eine Ganzjahresnutzung da oben, mit dem sich alle Investitionen locker in sechs Jahren rechnen. Das, was durch die Formel I hereingebracht wird, kommt einfach dazu.

Und ganz konkret, und darüber werden wir eine genaue Studie vorlegen, soviel an Folgeinvestitionen - gleich daneben in Spielberg ist ein Hotel gebaut worden, das sonst nie gebaut worden wäre, ein paar Kilometer weiter vorne, der Grabner wird das wissen, gibt es ein durchaus ordentliches Hotel, das es nicht mehr geben würde ohne Investition. An dem Tag, an dem

wir den Vertrag mit dem Ecclestone unterschrieben haben, hat mich ein Gastwirt aus Kindberg angerufen und hat gesagt, danke, ich habe acht Zimmer, ich baue zehn dazu. Der Brückl-Wirt hat mir bei einem Besuch vor zwei Jahren gesagt, wenn der A-1-Ring zurückkommt, stelle ich zusätzlich zwei Leute ein. Noch einmal, das Schwierige an solchen Geschichten ist, daß ich nicht in jedem Einzelfall nachweisen kann, wie halt wenn ich ein Werk irgendwo hinstelle, wie das Magna-Werk draußen zum Beispiel, erfreulicherweise – sage ich dazu – so und so viele Subventionen, so und so viele Arbeitsplätze. Aber ich will Ihnen das jetzt ersparen. Ich habe hier nur eine Liste der Buchungen der letzten Wochen von der Dachstein-Tauern-Region bis Deutschlandsberg hinunter und bis in die Thermenregion. Und, meine verehrten Damen und Herren, jetzt trifft das nicht jeden gleich oder diese Landeshauptstadt da, nur ich kenne dutzende Betriebe, für die das bitte eine absolute Überlebenshilfe ist, alleine diese einzige Woche, weil sie da eben Preise verlangen können, die sie sonst nicht verlangen können, weil sie halt über eine Woche lang ausgebucht sind et cetera, et cetera. Ich möchte also, wie gesagt, nicht weiter ausführen, weil das ohnedies mittlerweile jeder weiß in diesem Land, Gott sei Dank. Und ich sage erfreulicherweise auch dazu, Gott sei Dank sind alle unsere berechtigten Erwartungen auf Grund der guten Vorarbeit weit übertroffen worden. Und ich möchte das noch einmal sagen, wenn der Generaldirektor der Firma Shell, der auch da oben war, zur Frau Landeshauptmann sagt: „Frau Landeshauptmann, ich gratuliere Ihnen, das ist neben dem Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker – (Abg. Dr. Wabl: „Warum hast du ihm nicht gesagt, daß er in Graz dieses Tanklager nicht schließen soll?“) Ich lade dich ein für nächstes Jahr auf den A-1-Ring, komm hin (Abg. Dr. Wabl: „Da ist es schon geschlossen dann!“), dort kannst du persönlich mit ihm reden, Martin, ist eine gute Gelegenheit. Aber du weißt schon, was ich jetzt ansprechen wollte. Wenn der so etwas sagt, meine verehrten Damen und Herren, dann sind das ja auch mit diesem Projekt verbundene Werte, die ich jetzt nicht auf jeden Schilling beziffern kann. Nur wenn ich das, was sich in der letzten Woche weltweit an Niederschlag über die Steiermark gefunden hat – und der Herbert Paieryl war auch oben bei dem Empfang und einige der anwesenden Damen und Herren – für mehrere Hunderte ausländische Journalisten, die begeistert sind von diesem Land und die das ja auch transportieren. Wenn ich das bezahlen müßte, müßte ich in einem Jahr mehr zahlen als die gesamten Investitionen und da könnt ihr von 800 Millionen was weiß ich und bis zum Jahr 2000 werden es nach eurer Rechnung ja 2000 Millionen sein, die wir dort eingesetzt haben werden, das könnte ich nicht finanzieren, meine verehrten Damen und Herren. Und wie gesagt, das ist ja eine Sache, die in diesem Zusammenhang von unschätzbarem Wert ist.

Bitte nächster Punkt. Von den gesamten Zuschauern, die da waren, sind gewiß zwischen 40 und 50 Prozent aus Deutschland, Italien, der Schweiz, England, was weiß ich von woher gekommen. Meine verehrten Damen und Herren, sagt mir eine Sache in Europa und vor allem in Österreich, wo wir so etwas hinbringen. Der Finanzminister ist ja eh dankbar für jede Lire, die er hereinkriegt, für jeden Groschen, den er hereinkriegt. Und deswegen müssen wir diese

Dinge ja bitte auch in diese Gesamtrechnung miteinbeziehen. Ich habe das schon angesprochen, daß wir eine Reihe von Folgeinvestitionen haben, und darüber werden wir ganz sicherlich eine umfangreiche Untersuchung zum gegebenen Zeitpunkt vorlegen.

Lassen Sie mich abschließend zu dem Punkt noch einmal unterstreichen, daß wir uns selbst und der Tourismuswirtschaft vor allem den größten Schaden zufügen würden, wenn wir irgendein Projekt gegen ein anderes ausspielen. Der Sigi Schrittwieser hat zum Beispiel Aflenz heute hier angesprochen. Bitte schön 200 Millionen Schilling, der Präbichl, ich sage hier auch, wie das so gemacht wird, wie es im Moment von der Holding vorgesehen ist, dann sind dort 90 Millionen Schilling für nichts und wieder nichts hinausgeschmissen. Und ich sage euch ganz offen, weil das ein von einer ganz gewissen Seite forciertes Projekt ist, ich bin sehr dafür. Nur, es muß ordentlich gemacht werden, und dann wird es mehr kosten. Wir wissen heute auch, daß das nicht das letzte Projekt ist, und wir werden uns darüber unterhalten. Nur, und das ist nur ein Segment der künftigen Tourismuswirtschaft und noch dazu ein Segment, das ohnedies nicht besonders wachsen wird. Aber deswegen muß man schauen, daß wir eine Reihe unterschiedlichster vielfältigster Projekte in diesem Zusammenhang forcieren, und es werden Infrastrukturprojekte sein.

Ich bin sehr dankbar, German, daß du das am Anfang angesprochen hast, mit dieser Gießkannenförderung. Wo immer ich das mache, und der heute schon mehrfach appostrophierte Hellmuth Schnabl ist damit hauptsächlich beschäftigt, und das ist politisch sehr unlustig, von zehn Anrufern neun Leuten von vorne herein einmal zu sagen, daß sie sowieso nichts kriegen. Weil ich in diesem Sinne nichts davon halte, daß man jedem 3000 Schilling in die Hand drückt, damit der schön ruhig ist, und unterm Strich kommt nichts heraus. Deswegen bin ich dafür, daß wir sagen, Infrastrukturprojekte, Infrastrukturprojekte, Infrastrukturprojekte.

Und noch einmal zur Polemik mit den Arbeitslosen. Bitteschön, wir alle, die wir da sitzen, glaube ich, sind zum Beispiel für ein Bombeninfrastrukturprojekt, nämlich für den Semmeringbasistunnel. Und wißt ihr wie viele Arbeitsplätze dann dort geschaffen sind am Schluß, wenn der dann funktioniert? Null, weil ich nehme ja nicht an, daß bei einem Loch ein Wärter steht und beim anderen Loch auch einer, gar kein Arbeitsplatz wird damit geschaffen. Aber es ist ein bombenwichtiges Infrastrukturprojekt. Bitte das, in aller Freundschaft meinem Kollegen, Finanzminister auszurichten in diesem Zusammenhang. (Beifall bei der ÖVP.)

So, ich darf gleich vorweg etwas sagen, weil der Herr Grabner auch sehr belustigt lacht – ich nehme an, daß er sich jetzt langsam auch freuen anfängt –, ich möchte für dieses Projekt da oben heute vorweg schon sagen. Es wird nicht genug sein, was wir dort investiert haben. Wir werden dort selbstverständlich weitere Investitionen tätigen, um diese Freizeitarena, die wir dort geschaffen haben, zu einem wirklichen österreichischen Zentrum für viele Sachen zu machen. Und erfreulicherweise haben wir ja dort einiges an Vorleistungen geboten, wir haben daneben einen Golfplatz, wie ihr wißt, wir haben eine Reitanlage, es ist der

Bezirk, wo wir die meisten Fahrradstrecken haben, die meisten Mountain-Bike-Strecken. Das heißt, wir werden ein großes Bündel an weiteren Aktivitäten dort setzen, und es wird weiter Geld kosten. Jawohl, na selbstverständlich. Ich bitte Sie, wie gesagt, nur noch einmal, mit dem Ausspielen einer Region gegen eine andere und mit einem Projekt gegen ein anderes aufzuhören, und zwar in Ihrem eigenen Interesse. Ich weiß schon, weil das heute von einem angesprochen wurde, ich sage es noch einmal und zum letzten Mal, bitte mich nicht mißzuverstehen, wenn einer in der Politik nur deswegen tätig ist, daß er seinen Frieden mit allen hat oder auch daß er einmal eine Wahl gewinnt, dann wird er nicht sehr viel zusammenbringen, dann wird er dem Land keinen großen Dienst erweisen unter Umständen. Manche Dinge müssen im Widerstand wachsen. Aber ich sage auch eines dazu, es hat mir ein SPÖ-Bürgermeister am 19. Dezember 1995 erzählt, daß in allen Betrieben der gesamten Region von der SPÖ vor der Wahl die Propaganda ausgegeben wurde, der Ecclestone kommt nie, und die steirischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler müssen jährlich ab dem Jahre 1997 50 Millionen Schilling an Pönale zahlen. Klammer zu. Das ist ein bißchen hineingegangen, die Musik, es ist für mich aber vergessen, und ich sage das nur da. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Gut, wenn Sie es vergessen, denn das ist eine glatte Lüge!“) Ich bringe dir gerne den Bürgermeister. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Da müssen Sie den Wahrheitsbeweis antreten!“) Ich bringe dir den Bürgermeister sehr gerne. Ich habe von dir sogar ein Flugblatt da, wo das ziemlich deutlich so steht. Aber, Franz, schau, um das geht es ja nicht, freue dich und singe ein Halleluja auf die Geschichte da oben. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Es ist gut, wenn du was vergißt, denn es ist eine glatte Lüge!“)

Ich sage es deswegen, lieber Herr Kollege Grabner, damit wir schauen, daß wir aus der Ecke herauskommen, daß wir gemeinsam einige weitere Initiativen in der Region setzen.

Ich möchte, meine verehrten Damen und Herren, jetzt endgültig abschließend, wenn ich das darf, ein paar Leuten danken – der Kollege Flecker ist nicht da, und ich sage gleich präventiv dazu, bitte ihm auszurichten, das ist kein Annäherungsversuch meinerseits an die FPÖ, sondern es kommt einfach von Herzen, und es hat mit den sonstigen politischen Dingen nichts zu tun.

Ich möchte zunächst einmal der Hermine Pußwald und meiner Fraktion danken, weil das ja natürlich nicht einmal in der eigenen Fraktion immer gleich lustig ist, weil ja auch ein Bundeskanzlerwort vor einer Pensionistinnenrunde an einem traurigen Novemberabend, „Für die Pensionen haben wir kein Geld mehr, aber für einen solchen Blödsinn haben wir ein Geld“, durchaus seine Wirkung erzielt, meine verehrten Damen und Herren. Das war das einzige, was mich von diesem Herrn enttäuscht hat, weil ich den an sich für einen Gentleman gehalten habe bis zu jenem Zeitpunkt hin. Aber so ist es halt und wie gesagt, mit dem muß man leben und mit dem kann man auch gut leben und vor allem, wenn man es ein bißchen länger anträgt in der Politik, vor allem ein etwas längeres Leben, dann ist das ganz gut.

Hermine, ich möchte dir und meiner Fraktion wirklich danken, weil das in diesen Jahren großartig von euch betrieben und mitgetragen worden ist.

Ich möchte zweitens, meine verehrten Damen und Herren, vor allem dem German Vesko persönlich und der Freiheitlichen Fraktion insgesamt danken, denn hätte – und das ist fast auf den Tag genau zwei Jahre her, German, du wirst dich erinnern – damals die Freiheitliche Fraktion und der German Vesko nicht gesagt, „jawohl, wir unterstützen das“, dann hätte es dieses Ereignis am vergangenen Wochenende nicht gegeben, und das wäre in der Tat ein großer Schaden und ein großer Verlust für unsere Steiermark und für unser Land.

Ich möchte darüber hinaus jenen SPÖ-Bürgermeistern aus der Region danken, die vorher und mittlerweile schon wieder zu mir kommen – ich sage das auch ganz unzynisch – und sich sehr für dieses Projekt eingesetzt haben und die auch jetzt darauf setzen, daß wir dieses Projekt, gemeinsam selbstverständlich, zu einem umfassenden Gesamtprojekt für die gesamte Region machen.

Ich möchte dann vor allem dem Hofrat Josel auch danken, der leider nicht da ist. Das war nämlich auch ein Punkt, meine verehrten Damen und Herren, was die Bauwirtschaft und der Hofrat Josel hier in einigen Monaten hingezaubert haben, und bitte schön, weil das heute am Abend noch einmal eine Debatte sein wird, nur eine Debatte ohne mich, das sage ich gleich dazu, kostenmäßig, war enorm. Der heute schon zitierte Nürburgring wurde im Jahr 1987 ziemlich exakt gleich umgebaut wie der Ö-Ring, damals bitte 800 Millionen Schilling, vor elf Jahren. Wir haben das mit 400 Millionen hingebacht. Danke dem Hofrat Josel und danke der steirischen Bauwirtschaft – eine Weltrekordleistung, eine Weltmeisterleistung.

Ich möchte auch dem Managerobmann am A-1-Ring, dem Heinz Geist, dem Christoph Amann, der Holding und wie gesagt allen vielen Hunderten und Tausenden, von denen die Frau Kollegin Pußwald heute schon gesprochen hat, besonders danken für ihren Einsatz.

Allerletzte Sache, meine verehrten Damen und Herren, in dem Zusammenhang habe ich vorläufig nichts zu sagen, aber, weil der Hofrat Flecker angesprochen hat die Frage der nachhaltigen Nutzung am A-1-Ring. Jawohl, meine verehrten Damen und Herren, das ist die richtige Fragestellung in diesem Zusammenhang. Und ich sage Ihnen nur eines, wenn es uns gelänge, drei Prozent der Leute, die jetzt an dem Wochenende da oben waren, mittelfristig an die Region oder in die Steiermark zu gewinnen, dann wäre das bereits ein toller Erfolg, nämlich nicht nur, daß die wiederkommen, die kommen sowieso wieder, aber auch als Urlaubsgäste. Und an dieser Sache werden wir arbeiten. Ich bin mir sicher, es werden nicht drei, es werden nicht vier und es werden auch nicht fünf Prozent sein, sondern es werden ganz sicherlich mehr Prozentpunkte sein.

Der Kurt Flecker ist ja ein Rolling-Stones-Fan – da haben wir eine gemeinsame Leidenschaft in diesem Zusammenhang –, und das gehört nämlich auch dazu, und das wird ja dann alles sofort unterschlagen, und auch dafür habe ich mich seinerzeit sehr eingesetzt, daß die da oben gespielt haben und nicht in Wiener

Neustadt, und daß das Bon-Jovi-Konzert auch da oben stattgefunden hat und nicht in Wiener Neustadt. Ich darf das heute noch einmal mit Nachdruck wiederholen, wir werden auch hier im nächsten Jahr schauen, daß wir am A-1-Ring auch wieder ein, zwei Großkonzerte hin kriegen. Und ich sage heute schon, das kostet Geld. Ich werde aus meinem Ressort dafür Mittel zur Verfügung stellen. Das kostet gar nicht wenig Geld, weil das heute in dem Geschäft so ist. Nur, es ist mir lieber, die spielen da, und wir zahlen 2, 3 Millionen, als sie spielen in Wiener Neustadt, in Wien oder in Innsbruck oder in Ischgl oder wo, weil uns das – ich brauche mich heute nicht wiederholen – auf mehreren Ebenen zu Hilfe kommt.

Und deswegen, die Geschichte mit den Olympischen Spielen, das hätte ich dem Kurt Flecker schon noch gerne gesagt, aber es wird ihm ja ausgerichtet werden, ich bedauere das außerordentlich in dem Sinne, den German Vesko heute angesprochen hat.

Ich glaube, politisch ist es mittlerweile soweit kapiert worden – auch in diesem Lande von allen –, es kann ja nicht so sein, daß momentan in Salzburg, in Innsbruck (Abg. Dr. Wabl: „Kitzbühel!“), Kitzbühel, danke Martin, und in Klagenfurt irgendeine geheimnisvolle Hirnkrankheit ausgebrochen ist und daß die völlig deppert geworden sind. Nein, es ist ganz etwas anderes, meine verehrten Damen und Herren.

Und ich nehme auch nicht an, daß sehr viele in Tirol oder in Kärnten, hoffentlich aber einige in Salzburg, glauben, daß sie Olympische Spiele bekommen. Nein, und sie machen es trotzdem. Und warum machen sie es? Warum? Weil allein die Möglichkeit, und das kostet auch wieder Geld – die Kärntner haben, glaube ich, 30 Millionen hingebuttert in die Bewerbung, in Tirol waren es 80 Millionen und in Salzburg auch zwischen 30 und 40 Millionen –, in dieser Situation der heutigen Tourismuswirtschaft, ein Land auf einer internationalen Bühne präsentieren zu können, ihnen das richtigerweise wert ist.

Meine verehrten Damen und Herren, ich kann das nur unterstreichen, was der German vorher gesagt hat, diese Möglichkeit sich entgehen zu lassen, und dann, im Fall des Falles, und Österreich wird Gott sei Dank und richtigerweise wieder einmal Olympische Spiele bekommen, zahlen wir ein drittes Mal dort dazu, nur weil es in unserem Land nicht möglich war, der Vernunft einmal eine Brücke zu bauen, sondern nein, weil die Parteisekretäre sagen, das paßt jetzt nicht, weil ein paar Pensionisten aufgescheucht werden könnten. Mittlerweile hat sich auf der Ebene einiges herumgesprochen.

Noch einmal, da geht es mir nicht um das Recht haben, meine verehrten Damen und Herren, nur es ist kein Schaden, wenn man auch wieder einmal recht behält, das ist schon richtig, aber ich sage noch einmal, die Kurzsichtigkeit, die Leichtfertigkeit, mit der in diesen Fragen operiert wird, das können wir uns nicht leisten. Und ich sage das jetzt nicht als Anklage, sondern ich sage das mit der Bitte, gerade im Hinblick auf unsere touristischen Chancen im 21. Jahrhundert, diese Sache ernst zu nehmen und jede dieser Möglichkeiten zu ergreifen, denn die Steiermark ist ein Land mit seinen Leuten, mit seiner gesamten Kraft, das sich vor keinem anderen Land in dieser Republik verstecken braucht. Es soll mir einer sagen, wo wir, ge-

rade nach diesem Beispiel der letzten Jahre, in der gesamten Tourismuswirtschaft, im Bereich der Kultur, im Bereich der Wirtschaft, im Bereich des Sports, wo immer wir hinschauen, uns verstecken müssen.

Richtig! Fehler aufzeigen, auf Gefahren hinweisen, durchaus die Dinge dreimal anschauen, aber im entscheidenden Moment zusammenhalten und das Richtige tun. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 21.29 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe.

Tourismusbericht kein Thema für euch?

Danke, mehrheitlich angenommen. Einstimmig angenommen? Entschuldigung – einstimmig angenommen.

Wir haben einen Beschlußantrag der Abgeordneten Flecker, Vollmann, Prutsch und Schleich, betreffend die Übernahme der Steirischen Tourismus GesmbH. in die Verwaltung der Steiermärkischen Landesholding.

Wer diesem Beschlußantrag die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

15. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 3/16, zum Beschluß Nr. 107 des Steiermärkischen Landtages vom 24. September 1996 über den Antrag der Abgeordneten Heibl, Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Herrmann, Huber, Korp, Kröpfil, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend eine „Bauinitiative Steiermark“.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Otto Heibl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Heibl (21.30 Uhr): Geschätzte Damen und Herren!

Es handelt sich bei dieser Vorlage um einen Bericht über eine Bauinitiative Steiermark. Mit Beschlüssen der Steiermärkischen Landesregierung vom 10. Juni 1996 sowie des Steiermärkischen Landtages vom 24. September 1996 wurde die Einrichtung einer Bauinitiative Steiermark und Bereitstellung der Mittel in der Höhe 100 Millionen aus dem steirischen Sonderinvestitionsprogramm beschlossen. Hierbei ist eine regelmäßige Berichterstattung an das Arbeitsmarktpolitische Forum vorgesehen. Von der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Steiermark und Kärnten, welche gemäß den oben angeführten Beschlüssen der Steiermärkischen Landesregierung und des Steiermärkischen Landtages mit der externen Abwicklung der Bauinitiative Steiermark betraut ist, wurde ein Bericht über die Aktivitäten der Bauinitiative Steiermark im Zeitraum September 1996 bis Mai 1997 erstellt und vom Konjunkturforum Bau bei der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Steiermark und Kärnten in seiner Sitzung am 2. Juni 1997 befürwortet.

Es wird folglich der beiliegende Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zur Kenntnis gebracht und soll im Falle einer Befürwortung desselben durch die Steiermärkische Landesregierung in weiterer Folge dem Arbeitsmarktpolitischen Forum und dem Steiermärkischen Landtag zur Kenntnis gebracht werden.

In diesem Bericht für die Zeit September 1996 bis Mai 1997 ist folgendes enthalten:

In diesem Zeitraum sind 220 Anträge eingelangt, es wurde eine Summe von 1,8 Milliarden Bauvolumen dadurch eingebracht, genehmigt wurden bis zu diesem Zeitraum 833 Millionen mit einer Fördersumme von rund 84 Millionen Schilling. Nach Angabe der Bauherren beziehungsweise Antragsteller wurden zirka 1200 Arbeitnehmer beschäftigt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge ihres Beschlusses vom 16. Juni 1997 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über die Aktivitäten der Bauinitiative Steiermark im Zeitraum September 1996 bis Mai 1997 auf Grund des Beschlusses Nr. 107 des Steiermärkischen Landtages vom 24. September 1996 wird zur Kenntnis genommen. (21.33 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als erster zu Wort gemeldet ist der Herr Berichterstatter. Ich erteile es ihm.

Abg. Heibl (21.33 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren Abgeordnete!

Wie bereits vorgetragen sind die ersten 100 Millionen der Bauinitiative bis zu diesem Berichtszeitraum Mai 1997 etwa zu 85 Prozent verbraucht. Das hat ausgelöst – ich habe das vorhin gesagt – ein Bauvolumen, das vergeben wurde, in der Höhe von 833 Millionen und wir haben ungefähr 85 Millionen nichtrückzahlbare Förderung vergeben. Wir haben insgesamt bis Mai 1997 zehn Vergabesitzungen abgehalten. In der Zwischenzeit sind wir bereits bei der vierzehnten Sitzung angelangt, und gestern hat die Steirische Landesregierung ein Volumen von 89 Millionen Schilling beschlossen mit einer Förderung von rund 9 Millionen Schilling. Aber auch gestern am 22. September hat das Bauforum getagt, und wir haben Bauaufträge in der Größenordnung von rund 180 Millionen Schilling einstimmig beschlossen, die der steirischen Landesregierung am folgenden Montag zur letztendlichen Beschlußfassung vorgelegt werden. Ich habe vorhin gesagt, daß die ersten 100 Millionen etwa verbraucht sind, und wir haben weitere 200 Millionen Schilling bekommen, und zwar aus dem Topf der Wohnbauförderungsmittel. Hier hat es eine Umschichtung gegeben. Die Rechtskraft, daß diese Mittel auch für die Bauinitiative möglich sind, ist am 13. September 1997, also vor wenigen Tagen, erwachsen. Deshalb konnten wir gestern größere Summen beschließen.

Insgesamt sind bis jetzt 272 Bauvorhaben eingelangt, es kommen täglich neue mit einem Bauvolumen, wenn wir alles beschließen würden, derzeit von 2,4 Milliarden Schilling, und wenn man den Bauherren glauben darf, wäre das eine Beschäftigung von etwa 2700 Arbeitnehmern. Die Geschichte ist bis jetzt äußerst erfreulich, sie funktioniert ausgezeichnet. Ich

möchte Ihnen noch dazusagen, daß das Bauforum um eine zehnte Institution aufgestockt wurde, und zwar die Rechtsabteilung 14 ist dazugekommen, genannt wurde Herr Hofrat Dr. Rauchlatner als ordentliches Mitglied und Herr Dr. Puchwein als Ersatzmitglied. Ich wiederhole mich, es funktioniert bis jetzt ausgezeichnet. Ich bin höchst zufrieden, und wir werden bereits am 13. Oktober die nächste Vergabesitzung haben. Wir wollen rasch reagieren, daß noch vor dem Winter die entsprechenden Beschlüsse da sind, daß auch die Baufirmen sich richten können, daß man wirklich auch über den Winter arbeiten kann.

Das Ganze ist logischerweise, wir haben ja mehr oder weniger unerwartet 200 Millionen dazubekommen, verlängert, und zwar bis zum 31. Dezember 1999. Ich fordere von hier aus auch alle Gemeinden und gemeinnützigen Einrichtungen auf, die sich eben mit Bauvorhaben befassen, sich an die Bauinitiative mit ihren Forderungen und Wünschen zu richten.

Die ganze Geschichte „Bauinitiative Steiermark“ hat bereits eine österreichweite Nachahmung bekommen, und zwar haben sich angeschlossen etwa das Bundesland Salzburg, das Bundesland Tirol, und in Vorarlberg gibt es bereits über die Presse massive Wünsche, auch eine Bauinitiative in der Art, wie wir sie in der Steiermark haben, ins Leben zu rufen. Die sind auch gut beraten – diese Bundesländer. Ich sage Ihnen die Arbeitslosenzahlen. In Salzburg waren nach Bauarbeitern gerechnet, also wer beim Arbeitsamt angibt, daß er Bauarbeiter ist, 84 Prozent Ende August mehr Arbeitslose als vor einem Jahr, in Tirol um 45 Prozent mehr arbeitslose Bauarbeiter als vor einem Jahr und wir in der Steiermark um 1 Prozent mehr als vor einem Jahr. Also wir schreiben noch immer, auch jetzt im Sommer, die besten Zahlen. Diese Bundesländer sind gut beraten, wenn sie sich wirklich die steirische Bauinitiative als Vorbild nehmen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Ich sage aber auch dazu, es ist ein Unterschied, wo man in Wirklichkeit in der Wirtschaft steht, und die Salzburger und Tiroler sind eben auf der Erfolgsleiter auf den hohen Sprossen gestanden, und da kann man halt sehr tief herunterfallen. Und wir waren bis vor kurzer Zeit zumindest eher auf den unteren Sprossen, und da kann man nicht tief fallen. Man muß ehrlich sein in dieser Sache. Trotzdem möchte ich zusammenfassend sagen, diese Bauinitiative, wie sie jetzt auch weitergeführt werden kann durch diese 200 Millionen, die zusätzlich hier gekommen sind, funktioniert ausgezeichnet, und ich danke allen, die hier einen positiven Beitrag geleistet haben. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 21.39 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als Nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schreiner. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Schreiner (21.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag!

Es ist ziemlich ergreifend, vor einem leeren Haus zu sprechen.

Herr Kollege Otto Heibl, ich habe sehr gut zugehört. Ich stelle aber fest, daß wir im Grunde genommen, wie wir auch beim Vorredner, Landesrat Hirschmann,

gehört haben, eigentlich Probleme des Bundes versuchen mit unseren bescheidenen Landesmitteln zu lösen. Wir schaffen Steuern mit unseren Bemühungen. Wir schaffen im Bereich des Ö-Rings Steuern, Mehrwertsteuer, in einem ungeahnten Ausmaß. Wir schaffen, den Worten folgend, mit einem Einsatz von 85 Millionen Schilling eine Baunachfrage von 833 Millionen Schilling und damit 170 Millionen Mehrwertsteuer. Diese Steuer kommt wieder einmal nicht dem Land Steiermark zugute sondern der Bundesregierung. (Abg. Heibl: „Wenn alle Bundesländer mitmachen wollen, wäre der Rückfluß der Steuer größer als der Einsatz der Bundesländer!“) Das weiß ich, das wäre auch sehr schön. Aber wäre es nicht richtiger und schöner, wenn die Bundesregierung, die wir haben, dieses durchführen würde und wir unsere Landesmittel sparen könnten.

Und da stelle ich schon etwas fest, daß wir hier eigentlich zu leise Töne gegenüber der Bundesregierung anschlagen. Mir fehlen die harten Worte des Gewerkschaftsflügels auf eurer Seite gegenüber der Bundesregierung, weil in Wirklichkeit wird eine ganze Branche sukzessive auf ein Mindestmaß zurückgefahren, und diese Branche weicht ins Ausland aus und diese Branche beschäftigt im Ausland Arbeitnehmer. Das ist die Bauindustrie! Ich habe da auch Zahlen, die schauen viel schlechter aus. VIBÖ-Erhebung: Realer Rückgang im Jahr 1995 7,5 Prozent, 1996 5,5 Prozent, 1997 und 1998 werden noch schlimmer werden, aber die beiden Werte zusammengezählt, kumuliert, sind schon minus 15 Prozent – österreichweit.

Wir haben eine bessere Stellung in der Steiermark dank auch dieser Bauinitiative. Ich will aber auf die Fehler der Bundesregierung hin, der SPÖ-ÖVP-Bundesregierung – da will ich hin. Das heißt letzten Endes, wenn man dann wieder den Abgang der Beschäftigten sieht, daß etwas ganz Atypisches passiert und etwas sehr Unerfreuliches. In diesem Zeitraum gibt es einen Rückgang bei den Arbeitnehmern im Arbeiterverhältnis von 10 Prozent, real sieht man aber, daß es doch ein gewisses Halten an Arbeitskräften im Arbeiterstand gibt, weil man auf den Produktionsfortschritt sehen muß in einem Ausmaß von 2 Prozent, dann müßte in etwa 17 bis 19 Prozent der Rückgang bei den Arbeitern sein. Der Rückgang bei den Angestellten ist nur 3 Prozent – immer auf die Bauindustrie bezogen. Warum ist das so? Weil diese Leute in der Auslandstätigkeit einen Job finden.

Es ist aber schon so, daß von der Seite der Sozialistischen Fraktion doch Töne und ein bestimmtes Bestreben, unser Land besser zu stellen, gegenüber der Bundesregierung festzustellen sind. Von der ÖVP-Seite ist das überhaupt nicht festzustellen. Da passiert folgendes: Sie schicken, oder aus eigenem Antrieb fährt die Frau Landeshauptmann durch das Land und verkündet zum Beispiel im Frühjahr 1996, daß wir bereits im Herbst 1996 mit dem Vollausbau der Packautobahn beginnen werden. Wir haben Herbst 1997 und wir stellen fest, daß innerhalb von zwei Tagen zwei schwerste Unfälle passiert sind. Ich möchte gerne wissen, wie man sich fühlt, wenn man ankündigt, nichts passiert und letzten Endes aus dieser Tatsache heraus auch Menschenleben zu

Schaden kommen. Es kann kein angenehmes Gefühl sein, immer nur eine Ankündigungspolitik zu betreiben.

Ich bin auch Vertreter der Bauindustrie und Unternehmer. Ich habe unlängst ein Schreiben vom Herrn Landesrat Ressel bekommen, wo er mitteilt, daß nun sehr bald zweistellige Milliardenbeträge für die Infrastruktur in die Steiermark fließen werden.

Das wird zu spät kommen. Es ist wichtig, daß das Geld einmal kommt, es wurde vor eineinhalb Jahren von der Frau Landeshauptmann Klasnic angekündigt, es ist nicht gekommen. Jetzt kündigt der Herr Landesrat Ressel Geld an, ich will ihm Glauben schenken, aber es kommt zu spät. Wir werden im Frühjahr 1998 Arbeitslosenzahlen haben in unserem Geschäft, die wir heute noch nicht wissen und die höher sein werden als wir jetzt zu denken wagen.

Meine Damen und Herren, um in die Zukunft zu gehen, braucht man Arbeit, braucht man Jobs. Wir müssen nicht darüber nachdenken, wie wir sinnlose Arbeit oder Arbeit, die nicht wertvoll ist, bezahlen. Wir hätten genügend Möglichkeiten im Land, wo wir sinnvolle Arbeit im Bereich der Infrastruktur Straße, Schiene, Kommunikation, Umwelt leisten könnten. Wir hätten diese Möglichkeiten schon. Aber es ist nicht möglich, und das ist kein Ansatz für die Wirtschaft eines Landes, wenn nicht der Staat selbst im inneren Aufwand beginnt zu sparen. Das ist der Beginn. Ich kann nicht die Menschen mehr belasten, ich kann nicht durch Mehreinnahmen in fortgesetztem Maße die Kaufkraft noch mehr wegnehmen. Das ist der falsche Weg!

Der Staat muß sparen! Auch das Land muß sparen! Das Land Steiermark ist auch ein schlechtes Beispiel dafür, trotz guter Bauinitiative. Wir sparen in diesem Land auch nicht. Wir schaffen Posten, die mehr Geld kosten, wir schaffen Abteilungen und unterhalten uns dann über 180.000 Schilling für eine WC-Anlage und so weiter bei einer Grenzstation. Das kann es letzten Endes nicht sein.

Wir können, und ich muß das wirklich den Herrn Abgeordneten der SPÖ und der ÖVP nahelegen, das alles anders machen, lesen Sie unser Parteiprogramm, lesen Sie unsere Empfehlungen. Wir wissen, wie es geht, wir sagen schon seit langer Zeit, wie es geht, und wenn Sie wirklich so unzufrieden sind, wie man es manchmal hört, dann haben Sie 1999 die Möglichkeit, uns zu wählen. (Beifall bei der FPÖ. – 21.47 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste Wortmeldung habe ich den Herrn Abgeordneten Purr, dem ich das Wort erteile.

Abg. Purr (21.47 Uhr): Da meine Stimme heute sichtlich angegriffen ist, freue ich mich, wenn ich etwas leiser sein kann in diesem so vertrauten Kreis.

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Otto Heibl hat zur Bauinitiative Stellung genommen, sehr ausführlich und sehr überzeugend, und ich freue mich, daß das so ein Erfolg wurde. Vor allem glaube ich, daß Otto Heibl, der sich hinter diese Aktion

auch von Anfang an gestellt hat, als Baufachmann sehr wohl gewußt hat, was es bedeutet, Beschäftigung am Bau zu haben.

Es war ein kluger und weiser Entschluß der Steiermärkischen Landesregierung, zu dieser Bauinitiative zu stehen und sie zu ermöglichen, Impulse zu setzen. Gerade auf diesem Sektor ist so viel geschehen und so viel gelungen. Das wurde ja auch vom Kollegen Schreiner sehr deutlich hervorgehoben.

Aber, meine Damen und Herren, ich darf Ihnen sagen, vieles hat dazu beigetragen, daß wir in der Steiermark eine an und für sich gute Entwicklung haben, im Vergleich zu anderen Ländern. Übersehen wir nicht, daß die Steiermark wirtschaftsgeographisch, vor allem durch den Umstand, daß es den Eisernen Vorhang gegeben hat, kommunistische Länder als Nachbarn hatte, viele Nachteile in Kauf nehmen mußte. Und die Verantwortlichen in diesem Lande, und da gehören sicher auch jene dazu, die diese Initiativen setzen, diese gemeinsamen Beschlüsse fassen, haben in der Vergangenheit immer versucht, die Steiermark aus diesem Ghetto herauszuführen, mit allen Anstrengungen.

An der Spitze immer wieder die Landesregierung mit dem jeweiligen Landeshauptmann. Und, meine Damen und Herren, vergessen wir bitte eines nicht, (Abg. Wabl: „Landeshauptfrau!“) – ich spreche von den Jahren davor – vergessen wir bitte eines nicht, daß wir in der Steiermark ein ganz besonders schweres Los zu tragen hatten. Vor rund 20 Jahren ist durch die Krise der Verstaatlichtenindustrie die Steiermark in einen Niedergang wirtschaftlicher Natur hineingeraten, in der Obersteiermark verloren fast drei Menschen täglich ihren Job, und in zwei Jahrzehnten waren es rund 20.000 Menschen, die arbeitslos geworden sind. Und jetzt sage ich es wieder, gemeinsam geht einiges voran, und diese tagespolitischen Geplänkel, wie wir sie erleben, die sollte man eher vergessen, hintanstellen. Ich bin überzeugt davon, sie haben der Politik in diesem Land nie Gutes gebracht und nur Schaden verursacht.

Denken wir aber auch bei dieser Gelegenheit, dieser Bauinitiative einerseits, was wirtschaftlich in der Steiermark auch in den letzten Jahren vorangetrieben wurde. Der Ausdruck des Clusters hat am Anfang Lächeln ausgelöst, und was ist heute daraus geworden? Paierl hat sich dahintergestellt, hat es forciert, gefördert und – und ich sage das als Weststeirer – wenn ich einen Blick nach Lannach tue, sehe ich, welche Früchte diese Entwicklung dort trägt, was sich dort ereignet. Wir sprechen einerseits in der Steiermark von einem Autocluster und wir sprechen von einem Holzcluster in der Obersteiermark, und erst vor kurzem, vor wenigen Tagen, und das ist für die Weststeiermark, für die südliche Steiermark im besonderen von Bedeutung, hat die Firma Stark in Lannach eine Halle eröffnet mit einer überdachten Fläche von 5500 Quadratmetern. Wir waren dort, Landesrat Paierl und ich, und haben dort die Tischler unserer Region 5500 (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Nein, sag 5000, sonst kriegen wir wieder Probleme mit der Fläche!“) – nein in dem Fall glaube ich nicht. Da waren die Tischler aus der Region, Tischler aus der ganzen Steiermark, Holzzulieferanten, und

man hat gesehen, was daraus werden kann, wenn sich solche – im Sinne eines Clusters – Zentren bilden.

Genauso wie dieser Teil zur Entwicklung beiträgt, so ist es auch im Tourismus. Der hat eine ganz enorme Entwicklung genommen auf Grund der Initiativen der Menschen, die dort Verantwortung tragen. Wenn man sieht, was aus diesen Gasthöfen geworden ist im Laufe der letzten 20 Jahre, grob. Wenn man sieht, welche Hotels entstanden sind, dann spürt man, wieviel steirische Initiative, wieviel steirisches Unternehmenden hier dahintersteht, sonst würde man diesen Sprung nicht wagen. Und sind wir uns ganz ehrlich, wenige Tage vor diesem Ereignis in Zeitweg haben die Zeitungen geschrieben: „Na, es werden sein, alles in allem an diesen Tagen 150.000 Besucher“. 250.000 Besucher sind es geworden, und für 1998 sind bereits die Zimmerreservierungen wieder voll im Gange, an die tausend Betten wurden bereits für 1998 reserviert. Darum verstehe ich es nicht ganz, wenn der Herr Klubobmann Flecker sagt, naja die nachhaltige Wirkung, an der habe ich eigentlich Zweifel. Ich habe mir auch die Diskussion „Zur Sache“ angesehen am Sonntag, und wenn man sieht, wer da alles mitmisch in Wien und wer da versucht im Parlament die Meinung durchzudrücken, und erlebe dann die Frau Petrovic, die dann quasi zur Entschuldigung sagt, ich komme aus der Wirtschaft, weil ich weiß das, so würde ich sagen: „Gott sei Dank kommt sie aus der Wirtschaft, das heißt, sie ist dort weggegangen, weil sie wahrscheinlich dafür unbrauchbar war, wenn man ihre Ideologie hört!“ Das Risiko für die Steiermark, für die Landesregierung, das Risiko für den Gerhard Hirschmann, aber für alle, die zu ihm gestanden sind, das war natürlich sehr groß. Aber, meine Damen und Herren, der Erfolg als solcher gibt Ihnen allen, die Sie dazugestanden sind, recht.

Schauen wir auf die Arbeitslosenraten in der Steiermark, und auch hier kann man sagen, durch diese Zusammenarbeit hinweg über Parteigrenzen ist vieles gelungen, die Politshows sind nicht angebracht. Mit großem Stolz verweise ich auch auf meinen Heimatbezirk, der eigentlich seit mehr als einem Jahr die niedrigste Arbeitslosenrate der Steiermark hat. Ein erfreulicher Umstand. Man sieht aber auch, daß die Menschen, die dort Verantwortung tragen, auch die Bürgermeister, bemüht sind, Strukturen aufzubauen, Strukturen zu schaffen. Heute können wir sagen in der Steiermark, es ist so ähnlich wie in Oberösterreich, es gibt eine Art von einem kleinen Wirtschaftswunder. Die Ursachen liegen nicht in erster Linie darin, daß man sagt, dort gibt man ein paar tausend Schilling hin und dort gibt es eine Subvention, sondern es war eben notwendig Technologiezentren zu errichten, Ausbau und Erweiterung zu forcieren und Impulse zu setzen, und mit der Regionalisierung der Forschungs- und Entwicklungsstruktur ist vieles gelungen. Fachzeitungen schreiben, die Steiermark ist ein Autoland geworden. Man stelle sich das vor. Wer hätte sich das vor zehn Jahren erwartet? Die Firma Chrysler-Eurostar, Steyr-Fahrzeugtechnik, AVL List, um die Spitzen in der Steiermark hier zu nennen. Aber übersehen wir nicht, was sich auch auf dem Bildungssektor etabliert hat, weltweit Anerkennung gefunden hat, nämlich Technische Universität Graz, Montanunion Leoben,

List. Das Finanzvolumen für diese Impulszentren, meine Damen und Herren, ist gewaltig. Ich habe eine Liste: Hartberg, Weiz, Deutschlandsberg, Bad Radkersburg, Aichfeld-Zentrum dritte Ausbaustufe, Grambach, Laserzentrum Leoben, alles in allem zusammen beinahe 300 Millionen Schilling seitens des Landes, um dort die Entwicklung, die Technologie voranzutreiben.

Meine Damen und Herren, Auto-Cluster umfaßt bereits in der Steiermark rund hundert Betriebe und damit werden rund zehntausend Menschen unter diesem Titel allein in der Steiermark beschäftigt. Die Aktion des Jahres 1996 „Werde Unternehmer“ hat erbracht, daß aus rund 800 Anfragen und Beratungen 230 neugegründete Unternehmen hervorgegangen sind. Gegenüber 1995 wuchs die Zahl der Unternehmen im Jahr 1996 um 5,2 Prozent, das ist die Spitze in Österreich!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, oftmals hört man, wenn man die Zeitungen liest und die politischen Aussagen zur Kenntnis nimmt, ja warum macht die EU nichts gegen die Arbeitslosigkeit, die sollen doch etwas tun. Und da sage ich dazu: Was können wir dazu beitragen? Können wir nicht bei uns anfangen, direkt vor der Haustüre? Es gibt genügend Konzepte, Papier reichlich, sie müssen nur umgesetzt werden. Die Diskussionen werden überall geführt, aber die Diskussionen bedeuten noch nicht die Lösung!

Ich denke nur daran, wie notwendig es ist, eine Einigkeit zu erreichen mit der Pensionsreform. Die Diskussion ist nicht enden wollend, und was machen die Krankenkassen? Sie hören zu, sie warten ab, sie nehmen kaum Stellung, sie lassen diskutieren. Und ich stelle die Frage gerade in diesem Zusammenhang: Warum passiert das in England, daß dieser Tony Blair den Gewerkschaften nicht die verlorengegangene Macht zurückgibt? Warum hält er an einem wirtschaftsliberalen Kurs fest? Er wird es wissen.

Meine Damen und Herren, Zusammenarbeit für die Zukunft, auch auf dem Gebiet der Infrastruktur ist erforderlich. Semmeringbasistunnel. Jetzt finde ich sie gut, diese Unterschriftenaktion, und viele von uns haben unterschrieben, aber ich will doch nicht hoffen, daß es einen Menschen gibt, der sagt, jetzt haben wir 5 Milliarden in den Sondierstollen gesteckt und jetzt hören wir bitte auf, weil jetzt können wir das Problem nicht mehr lösen, wir wollen nicht mehr weiter, wir haben zu viele Gegner.

Der Tunnel ist Notwendigkeit für die neue Südbahn, ist Voraussetzung für eine bessere Anbindung der Steiermark, ist eine Voraussetzung dafür, daß endlich einmal auch die Verbindung zwischen Graz und Oberitalien, dem zweitgrößten Wirtschaftsraum Europas, hergestellt wird.

Blicken wir über die Grenzen. Sie sind in unseren Nachbarländern beispielgebend – in Frankreich die TGV, in Italien der Eurostar, in Deutschland die Intercityzüge. Meine Damen und Herren, gemeinsam bringen wir etwas zusammen. Die Vergangenheit hat es bewiesen. In diesem Sinne wünsche ich mir und uns allen, im Interesse unserer Steiermark, eine gemeinsame Zusammenarbeit für unser Land, für unser Volk. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 22.00 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl (22.00 Uhr): Meine Damen und Herren!

In der gebotenen Kürze wegen der ja schon fortgeschrittenen Zeit, aber doch, da dieser heutige Bericht, diese Vorlage der Landesregierung die letzte sein wird, die in dieser Causa „Bauinitiative Steiermark“, die in meiner politischen Verantwortung gelegen hat und von der Landesbaudirektion vorbildlichst vorbereitet und aufbereitet wurde, lassen Sie mich ein, zwei Dinge dazu sagen. Sie werden sich vielleicht erinnern, trotz der Schnellebigkeit der Zeit auch in Parlamenten, hat es hier eine sehr heiße Debatte um diese Bauinitiative gegeben, knapp vor dem Sommer, und ich habe selbst hier auch einige Remppler gekriegt mit Vorwürfen der Eitelkeit oder der persönlichen Besserwisserei. Es geht mir gerade am Schluß auch nicht darum, hier darzustellen, was ich gemacht habe oder was hier einzelne aus meinem Ressort gemacht haben, sondern ich möchte ganz ausdrücklich jenen danken, die einerseits es durchgestanden haben, daß es erstens eine Aktion war, die auch beispielhaft außerhalb, als Modellversuch, als gelungener Modellversuch, der Verwaltung abgewickelt wurde. Ich erinnere mich noch sehr gut, mit welchen kritischen Argumenten wir uns da am Beginn auseinandersetzen mußten.

Am 24. September 1996, das heißt exakt vor einem Jahr, morgen ist es vor einem Jahr, haben Sie hier den Beschluß gefaßt, eben diese 100 Millionen, über die Sie jetzt den Bericht haben, freizugeben.

Ich möchte auch nochmals den Dank an den Vorsitzenden – das habe ich schon öfters hier gemacht an dieser Stelle und zu diesem Projekt – des Bauforums aussprechen, den Herrn Abgeordneten Heibl von der Baugewerkschaft, der hier mit dem Dipl.-Ing. Heidinger von der Ingenieurkammer das wirklich vorbildlich betreut und damit auch ein Beispiel gegeben hat für Abwicklungen außerhalb des Amtes.

Jetzt komme ich zu dem Argument, das ich auch vom Herrn Ing. Schreiner immer wieder hier höre, und ich bin diesbezüglich ja, wie Sie wissen und in den Protokollen nachlesen können, immer seiner Meinung, Effizienzproblem in der Verwaltung ist unser Thema. Wie können wir dort einsparen, wie können wir dort schneller werden, wie können wir dort serviceorientierter werden, wie können wir dort eben effizienter werden? Das war auch der Sinn und Zweck der Geschichte, das so zu machen.

Es freut mich, hier eigentlich nach einem Jahr so einstimmig, von denen, die sich zu Wort gemeldet haben, und die sich nicht zu Wort gemeldet haben, daß sie ohnedies dem auch zustimmen, dieses Urteil zu erfahren.

Zum Schluß noch zu den allgemeinen Ausführungen des Abgeordneten Purr zur Gesamtlage der steirischen Wirtschaft und des steirischen Arbeitsmarktes. Es tut schon gut, wenn man nach vielen Jahren der selbst auch in unserem Land immer wieder aufgetauchten Wehleidigkeit und des Bejammerns von Zuständen etwas selbstbewußter und mit mehr Selbstvertrauen auftreten kann, im Land, aber auch draußen,

weil wir zurzeit – ich bin da sehr vorsichtig –, zurzeit sage ich die besten Wirtschaftsdaten, die besten regionalen Daten in wirtschaftlicher Hinsicht und in Arbeitsmarkthinsicht in Österreich haben und hier auch dann jenes Urteil von sonst sehr kritischen Annalisten und Kommentatoren und Wirtschaftsjournalisten uns auch sehr gut tut und das letztlich auch Mut macht. Mut macht jenen, die dann riskieren müssen, die dann eben auch investieren müssen und die auch entsprechende Projekte entwickeln müssen, in den Unternehmungen, sowohl die Selbständigen, aber auch die Mitarbeiter, und dann letztlich dafür wiederum Wertschöpfung erzeugen und daraus dann wiederum Arbeit entsteht.

Das heißt, abschließend der unumwundene Dank an jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unternehmungen, in allen Führungsebenen, die diese Projekte aufgreifen, auch der Bauinitiative. Wir haben auch hier einige Male kritisch in diesem Jahr hinausgemeldet, in welchen Bezirken es nicht so gelaufen ist, wie wir es uns gewünscht haben, und das hat relativ rasch dann funktioniert, auch mit Hilfe der Bürgermeister, der regionalen Abgeordneten. Also, es war schlichtweg eine Aktion, die, glaube ich, so erfolgreich war, daß es auch Sinn macht, sie fortzusetzen. Ich bin auch hier immer bereit gewesen, und das weiß auch der Kollege Schmid – wir haben letzte Woche darüber gesprochen –, daß von meinem Ressort die Mitarbeit und die partnerschaftliche Hand immer geboten wurde. Daran wird es nicht liegen. Ich hoffe, daß das nächste Jahr, insbesondere die Wintermonate, für diese Zeit ist ja diese Bauinitiative insbesondere ausgerichtet, ebenso erfolgreich laufen werden wie die vergangenen Wintermonate.

In dem Sinn darf ich auch in Ihre Richtung, sozusagen als Aufsichtsrat und als solche, die diese Mittel ja zur Verfügung stellen müssen und auch die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, einen herzlichen Dank sagen.

Wie gesagt, noch einmal, vom Wirtschaftsressort, auch wenn ich jetzt dann zukünftig nicht mehr politisch dafür zuständig bin, besteht die Bereitschaft, hier konstruktiv mitzuwirken. Danke sehr! (Beifall bei der ÖVP. – 22.08 Uhr.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schmid.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (22.08 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Herr Kollege von der Regierungsbank, deine letzten Worte greife ich auf. Wir haben ein Gespräch über die Bauinitiative diese Woche gehabt, und ich garantiere dafür, daß sie unverändert mit derselben Bereitschaft weiter läuft. Es hat sich lediglich die Form der Finanzierung geändert. Die handelnden Personen, an der Spitze Otto Heibl, der ja mit Dipl.-Ing. Heidinger oder auch vielleicht mit dem Redakteur Steinmann hier die Initiative vor etwa zwei Jahren ergriffen hat, sind dieselben. Das in aller Deutlichkeit. Wir haben dafür Regierungsbeschlüsse.

Sind wir froh, daß wir die Möglichkeit haben, durch eine Finanzierung im Wohnbaubereich hier für diesen

wichtigen Part der Bauwirtschaft Gelder zur Verfügung stellen zu können. Um das ist es im wesentlichen gegangen.

Zur allgemeinen guten Beschäftigungslage möchte ich sagen, Reinhold Purr, dem ich auch zum Sechziger gratuliere, hat ja richtigerweise von unserem Bezirk gesprochen, wo wir in der Männerquote praktisch Vollbeschäftigung haben, mit 2,3 oder 2,4 Prozent Arbeitslosenrate, daß das sehr erfreulich ist.

Ich möchte trotzdem als zuständiges Regierungsmitglied für die großen Bereiche der Bauwirtschaft nicht versäumen darauf hinzuweisen, daß wir alles daransetzen müssen, diesen Standard zu halten. Ich warne immer davor zu glauben, daß zum Beispiel im Wohnbau in unveränderter Form der Bedarf so gegeben sein wird, daß wir etwa 40 Prozent der Bauwirtschaft über den Wohnbau in Schwung bringen. Ich sage das in aller Ernsthaftigkeit. Wir sind ja gerade in guten Verhandlungen, in guten Parteienverhandlungen, wie wir das Angebot Wohnungen, das Angebot Einfamilienhaus verbessern können, daß wir auch die gute Stimmung, von der Herbert Paiarl gesprochen hat, den Wohnungssuchenden vermitteln, damit dieser Markt uns nicht zusammenbricht.

Wenn dort in dem Bereich eine Lücke für die Bauwirtschaft entsteht, dann werden wir Schwierigkeiten haben, sie über Bauinitiativen, Ortserneuerungen im öffentlichen Bereich auffangen zu können. Wir tun es! Daher ist auch dieses vom Wohnbau eingesetzte Geld insofern für dieses Wohnumfeld, zu dem die Bauwirtschaft gehört, ein ganz wesentlicher Faktor.

Ich bedanke mich nochmals – jetzt schon im voraus – und lade alle, die an dem Projekt mitgearbeitet, es zustande gebracht haben, zu einer weiteren guten Zusammenarbeit ein.

Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 22.08 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor.

Jene Damen und Herren, die zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen.

Danke! Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

16. Bericht des Kontroll-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 9/3, zum Beschluß Nr. 66 des Steiermärkischen Landtages vom 26. Mai 1996, betreffend den Rechnungshofbericht über die Landeshauptstadt Graz.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Ilse Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (22.09 Uhr): Es geht um die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 66 des Steiermärkischen Landtages vom 26. Mai 1996, betreffend den Rechnungshofbericht über die Landeshauptstadt Graz.

Mit Beschluß Nr. 66 aus der XIII. Gesetzgebungsperiode des Steiermärkischen Landtages vom 21. Mai 1996 erging folgender Auftrag:

„Die Landesregierung wird beauftragt, mit der Landeshauptstadt Graz Gespräche über die im Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes aufgezeigten Mißstände zu führen und binnen sechs Monaten dem Landtag zu berichten.“

Die nunmehr vorliegende Stellungnahme der Landeshauptstadt Graz ist als Bericht der Vorlage beigeheftet.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 7. April 1997 den Antrag, daß der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 66 des Steiermärkischen Landtages vom 26. Mai 1996, betreffend den Rechnungshofbericht über die Landeshauptstadt Graz, zur Kenntnis genommen wird. (22. 10 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Jene Damen und Herren, die zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen.

Danke! Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

17. Bericht des Kontroll-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 144/5, zum Beschluß Nr. 122 des Steiermärkischen Landtages vom 24. September 1996 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl, Mag. Zitz, Ing. Peinhaupt und List, betreffend den Rechnungshofbericht über die Stadtwerke Leoben.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Herbert Peinhaupt. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Peinhaupt (22.10 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf zur gegenständlichen Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 144/5, betreffend den Rechnungshofbericht über die Stadtwerke Leoben, berichten.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag binnen sechs Monaten darüber Bericht zu erstatten, inwieweit die Vorschläge des Rechnungshofes, betreffend die Stadtwerke Leoben, umgesetzt worden sind. Diese Ergebnisse liegen uns vor und sind zur Zufriedenheit des Kontroll-Ausschusses ausgeführt worden.

Daher darf ich den Antrag stellen, daß der Hohe Landtag diese Regierungsvorlage zur Kenntnis nimmt. (22.10 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Danke, Gegenprobe. Ich stelle die einstimmige Annahme fest und komme zum Tagesordnungspunkt

28. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 568/1, betreffend die schenkungswise Überlassung der landeseigenen Liegenschaft EZ. 587, KG. 63222 Grambach, sowie des landeseigenen Gebäudes (Superädifikats) im Technologie- und Laserzentrum Niklasdorf.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Mag. Peter Hochegger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Mag. Hochegger (22.11 Uhr): Die Berichterstattung bezieht sich auf den Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 568/1, betreffend die schenkungswise Überlassung der landeseigenen Liegenschaft EZ. 587, KG. 63222 Grambach, sowie des landeseigenen Gebäudes im Technologie- und Laserzentrum Niklasdorf.

Die Innofinanz Steiermärkische Forschungs- und Entwicklungsförderungsgesellschaft m. b. H. und Co. KG. strebt für den weiteren Ausbau der von ihr betreuten Impulszentren die Übernahme der landeseigenen Liegenschaft mit der EZ. 587, KG. Grambach, zum Zweck des Ausbaues des Technologie- und Marketingzentrums Grambach und die Übernahme des landeseigenen Gebäudes innerhalb des Technologie- und Schulungszentrums Niklasdorf für weitere Ausbauaktivitäten an.

Nach Abschluß der Genehmigungsverhandlungen über den weiteren Ausbau des Technologiezentrums Grambach soll daher im Sinne des Regierungsbeschlusses vom 16. Dezember 1991 die endgültige Übertragung des Grundstückes 587, KG. Grambach, an die Innofinanz Steiermärkische Forschungs- und Entwicklungsförderungsges. m. b. H. und Co. KG. nach Maßgabe der zwischen dem Land und der Innofinanz GesmbH. und Co. KG. abgeschlossenen Treuhandvereinbarung vorgenommen werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, die schenkungswise Überlassung der landeseigenen Liegenschaft EZ. 587, KG. 63222 Grambach, sowie des landeseigenen Gebäudes im Technologiepark und Schulungszentrum Niklasdorf zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. (22.13 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke, Gegenprobe. Ich stelle die einstimmige Annahme fest und komme zum Tagesordnungspunkt

29. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 589/1, betreffend Gewerbepark der Gemeinde Albersdorf-Prebuch, Region Gleisdorf KEG.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Mag. Hochegger. Bitte um den Bericht.

Abg. Ing. Mag. Hochegger (22.13 Uhr): Die Berichterstattung bezieht sich auf den Bericht des Finanz-Ausschusses für die Regierungsvorlage mit der Einl.-Zahl 589/1, betreffend Gewerbepark der Gemeinde Albersdorf-Prebuch, Region Gleisdorf.

Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 15. September 1997 die schenkungswise Überlassung landeseigener Liegenschaften an die Firma Gewerbepark der Gemeinde Albersdorf/Prebuch, Region Gleisdorf, Kommanditerwerbsgesellschaft, einstimmig beschlossen. Das Land Steiermark unterstützt damit die Betriebsansiedlungsaktivitäten im Raum Gleisdorf-Weiz, insbesondere eine Ansiedlung der Firma Magna mit einem Investitionsvolumen von rund einer Milliarde Schilling und der Schaffung von 300 Arbeitsplätzen.

Konkret geht es um die Überlassung von im Eigentum des Landes Steiermark befindlichen Liegenschaften in Gleisdorf im Ausmaß von insgesamt 51.760 Quadratmeter im Schenkungswege.

Es wird daher der Antrag gestellt, die schenkungsweise Übertragung der gegenständlichen Liegenschaft zu genehmigen. (22.14 Uhr.)

Präsident: Danke, es gibt keine Wortmeldung. Wer einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe. Ich stelle die einstimmige Annahme fest. Ich komme zum Tagesordnungspunkt

30. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 590/1, betreffend die Verlängerung der Optionsfrist der Thermalquelle Loipersdorf Ges.m.b.H. & Co. KG. für den Verkauf von Landesgrund der EZ. 541, KG. Loipersdorf.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Franz Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (22.15 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Hier geht es um eine Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Verlängerung der Optionsfrist der Thermalquelle Loipersdorf Ges.m.b.H. und Co. KG. für den Verkauf von Landesgrund der EZ. 541, KG. Loipersdorf.

Der Abschluß eines Optionsvertrages mit der Thermalquelle Loipersdorf Ges.m.b.H. und Co. KG., betreffend die EZ 541, KG. Loipersdorf für den Verkauf von 20.701 Quadratmeter Landesgrund zum Quadratmeterpreis von 650 Schilling mit einem Gesamtkaufpreis von 13.455.650 Schilling.

Der Steiermärkische Landtag hat am 26. November 1996 diesen Vertrag beschlossen und dieser Vertrag soll jetzt verlängert werden, wobei die Optionnehmerin eine Million Schilling Kautions einzahlen muß und dies aber eingerechnet wird, wenn sie dann kauft.

Der Antrag lautet: Der Hohe Landtag wolle beschließen, die Verlängerung der Frist der Thermalquelle Loipersdorf Ges.m.b.H. & Co. KG. für die Ausübung der Option für den Verkauf von Landesgrund EZ. 541, KG. Loipersdorf, bis zum 31. März 1998, wird genehmigt. (22.16 Uhr.)

Präsident: Es gibt keine Wortmeldung. Wenn Sie zustimmen, bitte ich Sie um ein Händenzeichen. Danke, Gegenprobe. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

18. Bericht des Ausschusses für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung über den Antrag, Einl.-Zahl 517/1, der Abgeordneten Tschernko, Majcen, Straßberger und Schützenhöfer, betreffend Wasseranschluß für den Zollwachposten Ehrenhausen.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Peter Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (22.17 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Bericht des Ausschusses für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung über den Antrag, Einl.-Zahl 517/1, der Abgeordneten Tschernko,

Majcen, Straßberger und Schützenhöfer, betreffend den Wasseranschluß für den Zollwachposten Ehrenhausen.

Der Zollwachposten Ehrenhausen im Bezirk Leibnitz ist der einzige Zollwachposten in der Steiermark, der keinen Wasseranschluß hat. Dieser Zollwachposten besteht seit fünfzig Jahren und ist täglich mit einem Zollwachebeamten von 7 bis 21 Uhr besetzt. Dieser zur Zollwacheabteilung Berghausen gehörende Posten hat mit zirka hundert täglich zu kontrollierenden Pkws eine der größten Frequenzen in der Steiermark.

Trotz massivem Drängen der dort dienstversehenden Zollwachebeamten gibt es keine, den hygienischen Mindeststandards entsprechende Waschgelegenheit, so daß der diensthabende Zollwachebeamte einen Kanister Wasser mitnehmen muß.

Ein erster Kostenvoranschlag sah rund 180.000 Schilling für den Wasseranschluß samt Einrichtung einer Toiletanlage und eines Waschbeckens vor. Durch das Entgegenkommen des Wasserverbandes kostet dieser dringend nötige Anschluß nur mehr 113.000 Schilling, wovon rund 30.000 Schilling Installationskosten sind.

Um den im Zollwachposten Ehrenhausen dienstversehenden Zollwachebeamten einen hygienischen Mindeststandard für einen Arbeitsplatz garantieren zu können, wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Leiter der Finanzlandesdirektion Steiermark und an den Bundesminister für Finanzen heranzutreten, um zu erwirken, daß der Zollwachposten Ehrenhausen mit einer geeigneten Waschgelegenheit mit hygienisch einwandfreiem, fließenden Wasser und einer zeitgemäßen Toiletanlage ausgestattet wird. (22.18 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Falls Sie zustimmen, bitte ich Sie um ein Handzeichen. Danke, Gegenprobe. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

19. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit über den Antrag, Einl.-Zahl 510/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend die Bioethik-(Biomedizin-)Konvention.

Berichterstellerin ist die Frau Abgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (22.18 Uhr): Antrag der Abgeordneten Zitz, Wabl, Keshmiri und Brünner betreffend die Bioethik-(Biomedizin-)Konvention.

Die parlamentarische Versammlung des Europarates hat am 19. November 1996 die sogenannte „Bioethik-Konvention“ beschlossen. Trotz vieler Einwände gegen den ursprünglichen Entwurf wurde dieser im wesentlichen von der parlamentarischen Versammlung angenommen. Der Haupteinwand gegen die Konvention ist, daß durch die in ihr vorgesehenen niederen Schutzstandards menschliches Leben zur Disposition gestellt wird. So wird die Forschung an menschlichen Embryonen nicht grundsätzlich ausgeschlossen, ist der Schutz eingeschränkt urteilsfähiger

und nicht geschäftsfähiger Personen nicht ausreichend gegeben und sind Daten von menschlichen Gentests vor dem Zugriff durch Dritte (etwa Versicherungen und Arbeitgeber) nicht ausreichend geschützt. Ein weiterer Einwand betrifft den Umgang mit der pränatalen Diagnostik: Ein Mißbrauch genetischer Tests aus eugenischen Motiven ist nicht ausgeschlossen.

In Österreich wurde diese Konvention noch nicht ratifiziert. Im ganzen Land sind Initiativen (durch Behindertenverbände, die ARGE Rehabilitation, die ÖAR, die Lebenshilfe und zahlreiche NGOs) entstanden, die eine Diskussion über fatale Konsequenzen der Konvention fordern. Am 31. Mai 1997, am Tag des Lebens, ist darauf besonders aufmerksam gemacht worden. In Österreich besteht ein weitreichender Konsens über den Umgang mit menschlichem Leben. Die Bioethik-Konvention widerspricht diesem Konsens.

Der Salzburger Landtag hat daher den Nationalrat einstimmig dazu aufgefordert, die Bioethik-Konvention nicht zu ratifizieren. Der Steiermärkische Landtag sollte diesem Beispiel folgen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Steiermärkische Landtag fordert den Nationalrat auf, der Bioethik-(Biomedizin-)Konvention die parlamentarische Genehmigung zu versagen.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages. (22.21 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor.

Meine Damen und Herren, falls Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme fest und komme zum Tagesordnungspunkt

20. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit über den Antrag, Einl.-Zahl 511/1, der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Mieten.

Berichterstatterin ist ebenfalls die Frau Abgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (22.21 Uhr): Mündlicher Bericht Nr. 46: Der Ausschuß für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit hat in seiner Sitzung am 16. September 1997 über den Antrag, Einl.-Zahl 511/1, der Abgeordneten Wabl, Zitz, Keshmiri und Brünner, betreffend die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Mieten, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Ausschuß für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Vorstoß im Europäischen Rat zu unternehmen, um den bisherigen verminderten Mehrwertsteuersatz für Wohnungsmieten in Österreich beibehalten zu können.

Ich ersuche um Annahme. (22.22 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wenn Sie zustimmen, bitte ich Sie um ein Handzeichen.

Danke! Gegenprobe!

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest und komme zum Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 513/1, der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Mag. Erlitz, Dr. Reinprecht und Gross, betreffend Suchtprävention in steirischen Schulen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Mag. Wolfgang Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (22.22 Uhr): Meine Damen und Herren!

Zum Mündlichen Bericht Nr. 47: Der Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler hat in seiner Sitzung am 16. September 1997 über den Antrag, Einl.-Zahl 513/1, der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Mag. Erlitz, Dr. Reinprecht und Gross, betreffend Suchtprävention an steirischen Schulen, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens dem Hohen Landtag einen Bericht zur Verfügung zu stellen, in dem alle Schulen aufgezeichnet sind, die sich an Projekten zum Thema Suchtprävention beteiligt haben und auch die Art der Projekte angeführt wird, und zweitens flächendeckend den Schulen in der Steiermark eine Information insbesondere zu diesen Projekten zu geben.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (22.24 Uhr.)

Präsident: Danke! Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Keshmiri (22.24 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Wenn man die Zeitungen liest, dann weiß man, daß Suchtprävention in der heutigen Zeit besonders vordringlich zu behandeln ist. Ich finde deshalb auch die Initiative, die Landesrat Dörflinger hier gesetzt hat, als sehr gut und sehr konstruktiv.

Ich möchte jetzt nur kurz sagen, warum ich diesen Antrag gestellt habe. Ich glaube, es ist gerade in den Schulen wichtig, daß die Suchtprävention forciert wird, weil – und ich habe mit einigen Schulen Kontakt aufgenommen – die Annahme von solchen Initiativen, auch was die Eltern betrifft, nicht so ist, wie sie sein sollte.

Deswegen würde ich bitten, diesen Antrag anzunehmen und ihn dann dementsprechend auch auszuführen und auch den anderen Schulen, die sich an solchen Projekten bisher nicht beteiligt haben, zur Kenntnis zu bringen, um den Schülern und auch anderen, die mitarbeiten wollen in solchen Projekten, die Informationen darüber zur Verfügung stellen zu können. Danke! (22.25 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke! Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme fest und komme zum Tagesordnungspunkt

22. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 520/1, der Abgeordneten Tschernko, Heibl, Alfred Prutsch, Beutl und Purr, betreffend die Umsetzung der verkehrspolitischen Leitsätze des regionalen Entwicklungsprogrammes Leibnitz.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Reinhold Purr. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Purr (22.26 Uhr): Herr Präsident!

Der Antrag mit der Einl.-Zahl 520/1 der Abgeordneten Tschernko, Heibl, Alfred Prutsch, Beutl und Purr betrifft die Umsetzung der verkehrspolitischen Leitsätze des regionalen Entwicklungsprogrammes für Leibnitz.

Es handelt sich vorrangig um die Koordination des regionalen Verkehrs mit dem überregionalen und grenzüberschreitenden Verkehr und den zweigleisigen Ausbau der Südbahn zwischen Graz und Spielfeld-Straß, einschließlich der Einrichtung eines Taktverkehrs.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens im Sinne der vom regionalen Planungsbeirat entwickelten verkehrspolitischen Prioritäten umgehend ein Verkehrskonzept für den Bezirk Leibnitz, das auch die in Bearbeitung befindlichen Verkehrskonzepte der Nachbarregionen (beziehungsweise Teilräume) berücksichtigt, erarbeiten zu lassen, zweitens eine rasche Umsetzung der Ziele des „Regionalen Entwicklungsleitbildes“ sicherzustellen und drittens alle geeigneten und möglichen Schritte zu unternehmen, damit die Österreichischen Bundesbahnen umgehend dem gesetzlichen Auftrag nachkommen und die Planungsarbeiten für den zweigleisigen Ausbau der Südbahn zwischen Graz und Spielfeld-Straß einleiten beziehungsweise zwischenzeitlich zu veranlassen, daß die im Rahmen des Interreg-Programmes dafür vorhandenen Mittel sichergestellt bleiben.

Ich bitte um Annahme. (22.27 Uhr.)

Präsident: Danke!

Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile es ihm. Nach ihm kommt der Abgeordnete Schrittwieser.

Abg. Tschernko (22.28 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke den Ausschußmitgliedern, daß dieser Antrag einstimmig angenommen wurde.

Unser Bezirk hat im Rahmen der Erstellung unseres regionalen Entwicklungsprogrammes festgestellt, daß dringende Maßnahmen eingeleitet werden müssen, die den öffentlichen Verkehr betreffen. Als Basis für das Entwicklungsprogramm benötigen wir dringend

primär die verkehrspolitischen Leitsätze in Form einer Studie beziehungsweise eines Konzeptes für eine rasche Umsetzung der Ziele des regionalen Entwicklungsleitbildes.

Vorrangig muß der regionale und der überregionale Verkehr, bis hin zum grenzüberschreitenden Verkehr mit den Nachbarregionen Radkersburg, Deutschlandsberg und Leibnitz koordiniert werden. Warum brauchen wir das? Ich möchte als Beispiel anführen, daß jede Bezirksstadt – in Radkersburg, in Deutschlandsberg und in Leibnitz – ein Schulzentrum hat, aber eine fehlende Verkehrsverbindung.

Wissen Sie, was das für Schüler und Eltern heißt, wenn sie nach dem Pflichtschulabschluß das Angebot vor ihrer Haustür, eine höher bildende Schule in ihrem Bezirk zu besuchen, nicht nutzen können, da die Infrastruktur für Schülerinnen und Schüler, das heißt eine intakte Verkehrsverbindung vom Wohnort zum Schulort fehlt?

Und nach dem Pflichtschulabschluß müssen diese Schülerinnen und Schüler nach Graz auspendeln und die Eltern teure Internate finanzieren.

Das kann doch nicht Sinn und Zweck einer Politik in wirtschaftsschwächeren Regionen und Bezirken sein, vorerst Schulzentren anzusiedeln und die nötigen Verkehrsverbindungen, die einerseits bestehen, einzustellen oder gar erst nicht herzustellen.

Diese Infrastruktur würde nicht nur für die genannten Personengruppen einen Vorteil bedeuten, sondern auch für den Tourismus. Denn die Thermenregion und das Weinland erleben gerade jetzt einen ungeheuren Aufschwung im Tages- und Nächtigungstourismus.

Darüber hinaus muß ich den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke von Graz nach Spielfeld ansprechen. Ich mußte heute in der Anfrage an Herrn Landesrat Ressel beziehungsweise in der Anfragebeantwortung zur Kenntnis nehmen und feststellen, daß der zweigleisige Ausbau nach Spielfeld in dem 11-Milliarden-Paket „Bahninfrastruktur“ nicht berücksichtigt ist.

Meine Damen und Herren, wenn wir diesen Anschluß nicht erhalten, ist unser Wirtschaftsstandort und Wirtschaftsraum Leibnitz beziehungsweise Radkersburg im höchsten Maße gefährdet, und wir wissen heute schon, daß die Südsteiermark im südosteuropäischen Raum über Slowenien und Ungarn umfahren wird. Wirtschaftlich und verkehrspolitisch sind wir dann endgültig abgekoppelt und nur mehr der „Wurmfortsatz“ der Steiermark.

Für den Kernraum Leibnitz fordern wir die Erstellung eines regionalen österreichischen Personenverkehrs-konzeptes sowie die Gründung eines regionalen Verkehrsverbundes „Leibnitzer Feld“, die geplante Verlängerung der B 74, den Umbau der B 67 zwischen Gralla und Wagna sowie der B 74 im Bereich Heimschuh und in weiterer Folge nach Gleinstätten. Ebenso die Verbesserung der örtlichen Radwegenetze und die Einbindung in das regionale Radwegesystem.

Abschließend möchte ich noch festhalten, daß die von mir eingebrachten Forderungen auch zum Nutzen und zum Schutz der Umwelt und der Luftgüte ein Beitrag sein werden.

Warum? Es gäbe eine wirksame Verlagerung des Straßenverkehrs auf die Schiene, und in weiterer Folge könnte der Verbund in unseren drei Bezirken erweitert und gerade der öffentliche Personenverkehr attraktiviert werden. Aus diesen von mir bereits erwähnten Fakten ersuche ich die Landesregierung, umgehend ein Nahverkehrskonzept erarbeiten zu lassen, damit wir in der südlichsten Region Österreichs infrastrukturell nicht abgeschnitten werden. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 22.31 Uhr.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Schrittwieser das Wort, nach ihm der Kollege Straßberger.

Abg. Schrittwieser (22.31 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es kann gar nicht so spät sein, daß man nicht über so wichtige Dinge, wie Verkehr, noch ausreichend spricht. Ich glaube, es hat alles mit Spannung gewartet auf eine Rede von einer halben, dreiviertel Stunde, weil es ja wirklich für uns eine Freude ist – ich will das nicht alles vortragen, Entschuldigung, es ist zufällig eine rote Mappe –, aber weil es ja wirklich eine Freude ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, was sich in den letzten eineinhalb Jahren, wenn man Verkehrssprecher ist und auch Vorsitzender des Verkehrs-Ausschusses, am Verkehrssektor bewegt hat.

Wenn ich mir überlege, wie lange wir auf den Verkehrsverbund gewartet haben, und ich war immer froh, wenn der Kollege Löcker meine Reden zitiert hat, und wenn ich mir überlege, Kollege Ressel, seitdem du das Ressort innehast, daß wir den Verkehrsverbund haben. Wenn ich mir überlege, wieviele Straßenstücke einer Verbesserung zugeführt werden. Und wenn ich mir jetzt überlege, daß wir ein Infrastrukturpaket mit der Bundesregierung mit Hartnäckigkeit von Landesrat Ressel ausverhandelt haben, dann ist das eine ganz besondere Leistung, wo ich mich zumindest nicht erinnern kann, wann es möglich war, 11 Milliarden Schilling Verkehrsinfrastrukturbundemittel in die Steiermark zu bekommen. Und ich darf dir, Herr Landesrat, namens meiner Fraktion und des ganzen Hauses herzlich dafür danken. (Beifall bei der SPÖ.) Auch das ist Arbeit für unser Land, das ist Infrastruktur, das ist Aufschließung, Näherrücken an den östlichen Raum, das ist Näherrücken an den südlichen Raum und wenn der Kollege Tschernko vorhin gesagt hat, daß die Strecke Graz-Spielfeld noch nicht zur Gänze in der Antwort des Herrn Landesrates enthalten war, dann muß man sagen, jawohl, auch die Strecke Graz-Spielfeld ist eine ganz wichtige Strecke, daß wir den Anschluß an Slowenien nicht verpassen und daß wir auch nicht umfahren werden, na selbstverständlich. (Beifall bei der SPÖ.) (Abg. Dr. Karisch: „Wir freuen uns über diese Umwandlung in der Bundesregierung!“ – Abg. Purr: „Das ist Solidarität!“)

Es sind auch der Koralmtunnel, der Terminal eine ganz wichtige Frage, meine Damen und Herren. Aber wir unterscheiden uns. Manche schicken Botschaften nach Wien, daß irgendwer etwas bewegen soll, wir bewegen das, und daher bin ich sehr froh darüber. (Abg. Purr: „In Wien könnt's ihr viel bewegen!“)

Und das Wichtigste, meine Damen und Herren, ist natürlich auch, was den Semmeringtunnel betrifft, daß wir in der Zwischenzeit den Widerstand des Bürgermeisters Häupl beseitigt haben, der durch viel Überzeugungsarbeit heute zur Erkenntnis gekommen ist, daß er sagt, der Knoten Wien kann mittel- und langfristig kein Knoten Wien sein, wenn es nicht eine bestausgebaute Südbahn gibt. Und daher haben wir diesen Widerstand beseitigt, und ich muß heute wieder – es weiß eh schon jeder, und es ist schon fast fad für mich auch – appellieren, daß ihr alle Kräfte unternimmt, daß wir den Widerstand des Landeshauptmannes Pröll brechen, denn sonst ist der Semmering ein Nadelöhr. Wenn wir das über die Gerichte austragen müssen, meine Damen und Herren, dann ist das eine Sache, die sich über Jahre noch verzögert, und das ist ja nicht im Interesse dieses Hauses und dieser Abgeordneten, aber vor allem der Steirerinnen und Steirer. Ich glaube, wir alle gemeinsam sollten in Wien Nachdruck verleihen, daß dieser Semmeringtunnel finanziert wird. Es haben ja wiederum Klima sowie der Verkehrsminister Einem die Zusage gemacht, daß sie selbstverständlich zu diesem Projekt stehen. (Abg. Schinnerl: „Fünfmal beschlossen!“) Auch mir, Herr Kollege, geht es zu langsam, aber auch deine Fraktion in Wien kannst du beeinflussen, daß sie den Widerstand aufgibt, da habt ihr keine Erfolge außer uns. Wir haben einen einstimmigen Parteipräsidiumsbeschluß, daß der Semmeringtunnel mitgetragen wird, daß er gebaut werden soll, und eure Fraktion, (Abg. Mag. Bleckmann: „Aber passieren tut nix!“) Kollege Schinnerl, fährt noch immer ein Programm voll gegen den Tunnel, aber ihr habts halt in Wien nichts zu reden (Abg. Schinnerl: „Du brauchst uns überhaupt nicht schimpfen!“) Das ist das Ganze, was diesem Land schadet. Ihr habt nichts zu reden, meine Damen und Herren.

Die einzigen, die in Wien noch etwas durchsetzen, sind unsere Regierungsmitglieder (Beifall bei der SPÖ.)

Aber, was mich freut, meine Damen und Herren, ist, daß es hier, was den Semmeringtunnel betrifft und auch bei der Südbahn eine gemeinsame Linie gibt auch mit der ÖVP, das möchte ich hier betonen, und daher bringen wir auch gemeinsam einen Beschlußantrag ein, der, hoffe ich, in Wien ein Beben auslöst.

Meine Damen und Herren, ich stelle daher einen Beschlußantrag der Abgeordneten – ich brauche ja so lange, wenn ihr mich immer wieder unterbrecht – Schrittwieser, Straßberger, Dr. Flecker, Schützenhöfer, Vollmann, Purr, Kröpfl und Löcker, betreffend die raschestmögliche Realisierung des Semmeringbasistunnels und des Projektes „Neue Südbahn“.

Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner haben betreffend die für die Steiermark so wichtige Realisierung des Semmeringbasistunnels und damit des gesamten Projektes „Neue Südbahn“ in den letzten Wochen eine Resolution an die steirischen Gemeinden zur Unterzeichnung übermittelt. Der Landtag sollte sich auf Grund der Wichtigkeit dieser Resolution voll inhaltlich anschließen.

Der Ministerrat hat am 9. September dieses Jahres beschlossen, der Steiermark 11 Milliarden Schilling für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen zur Verfügung

zu stellen. In diesem Betrag sind auch die Errichtung eines Containerterminals und des Koralmtunnels enthalten. Da somit einige Teile des Projektes „Neue Südbahn“ gesichert sind, steigt die Bedeutung des Semmeringbasistunnels für die steirischen Verkehrsverbindungen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle nachstehende Resolution an die Bundesregierung beschließen:

Die bestmögliche Anbindung des Standortes Steiermark an leistungsfähige europäische Verkehrsverbindungen ist eine Grundvoraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit der steirischen Wirtschaft und für die zukunftsorientierte Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Der Semmeringbasistunnel und das gesamte Projekt „Neue Südbahn“ mit dem Containerterminal, den Hochleistungsstrecken und dem Koralmtunnel ist dabei von zentraler Bedeutung. Seit vielen Jahren kämpft daher die Steiermark in parteiübergreifender Solidarität für die raschestmögliche Realisierung. Die Notwendigkeit dieses Projektes ist durch zahlreiche internationale Studien bewiesen. Seine Realisierung ist von der Bundesregierung mehrfach zugesagt worden.

Mit großer Sorge stellt der Landtag fest, daß dieses Projekt gesamtösterreichischer und europäischer Dimension immer wieder öffentlich in Zweifel gezogen wird. Die „Neue Südbahn“ ist eine entscheidende Zukunfts- und Lebensfrage für die Steiermark.

Die Steirerinnen und Steirer haben in den letzten Jahrzehnten immer wieder selbstverständlich und solidarisch andere wichtige österreichische Projekte mitgetragen, die in anderen Bundesländern verwirklicht wurden, obwohl gerade der Süden Österreichs verkehrs- und infrastrukturpolitisch, vor allem was den Bahnausbau betrifft, in den letzten Jahrzehnten besonders benachteiligt gewesen ist.

Der Steiermärkische Landtag fordert daher die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß die „Neue Südbahn“ mit dem Semmeringbasistunnel finanziert und raschestmöglich verwirklicht werde.

Meine Damen und Herren, ich ersuche alle in diesem Haus, diesem Beschlußantrag zuzustimmen. Ich darf mich auch herzlichst bedanken, weil heute alle Regierungsmitglieder aller Fraktionen und fast alle Abgeordneten bereits unsere Unterschriftenaktion für diesen Tunnel unterstützt haben. Ich bedanke mich dafür. Ich ersuche euch in den Bezirken draußen, daß eure Mitstreiter, Sympathisanten hier mit tun, denn die Unterschriftenanzahl kann nicht groß genug sein, für diese tolle und gute Sache für die Steiermark. Ein herzliches Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 22.41 Uhr.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Straßberger. Nach ihm kommt der Kollege Wiedner.

Abg. Straßberger (22.41 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, verehrte Herrn Landesräte, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Siegfried, es war gut, daß du doch vor mir herausgegangen bist, denn ich habe gedacht, du greifst tief in

die Lade. Aber ich glaube, du hast dich ein bißchen vergriffen in verschiedenen Interpretationen. Wenn du heute meinst, es geht im Verkehrsverbund endlich etwas weiter und endlich werden Straßenprojekte gebaut, dann darf ich schon sagen, daß die Vorbereitung für diese Projekte Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic gemacht hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage das schon. Man braucht nur einmal schauen, welche Projekte in der letzten Zeit realisiert worden sind. Aber ich möchte bitte die Entscheidungen und das was jetzt passiert ist, nicht schmälern. Gott sei Dank, daß die Projekte reif sind.

Mich würde in der Steiermark schon interessieren, wo die neuen Projekte sind. (Abg. Schrittwieser: „Durchsetzen!“) Ja, ja, durchsetzen, das kann man dann, wenn man miteinander geht, aber nicht so, wie es war, daß man blockiert wurde, Siegfried. Das möchte ich schon einmal sehr deutlich sagen.

Zum Semmeringbasistunnel, bitte schön, verstehen Sie, wenn ich als vor Ort Abgeordneter einige Dinge sage. Du hast ja diesen Beschlußantrag eingebracht, und ich darf Sie bitten, diesen Beschlußantrag wirklich zu unterstützen. Hier geht es über alle Parteigrenzen hinweg.

Auch die ÖVP hat auf Bundesebene einen einstimmigen Parteibeschluß, daß dieses Projekt realisiert werden soll. (Abg. Schinnerl: „Tut endlich etwas!“)

Lieber Peter Schinnerl, ich würde mich nicht so breit machen und sagen, „tut endlich, tut endlich“, denn ich könnte dir – (Abg. Schinnerl: „Da waren die Gegner nicht da!“) höre mir bitte zu, du hast ja eine Gesprächsdisziplin – das Protokoll vom 15. Juli 1994 hier zitieren, wie deine Leute – Dr. Ofner, Scheibner und Rosenstingl – mit mir geschrien haben am Rednerpult im Parlament. Ich würde dich bitten, nach Wien zu fahren und auch deine Mannen da draußen so auf die Spur zu bringen, wie hier die FPÖ sich für dieses Projekt einsetzt. Da müßtest einmal über den Semmering. Das würde ich dich bitten.

Und, lieber Siegfried, wenn du dann hier meinst, daß nur die SPÖ-Regierungsmitglieder etwas weiterbringen, dann möchte ich schon ein bißchen weiter zurückgreifen, und zwar Bundeskanzleramt, Finanzministerium und das Ministerium für den Öffentlichen Verkehr sind seit 1970 in SPÖ-Verantwortung. Schon Bundeskanzler Dr. Kreisky hat Dr. Josef Krainer im Jahr 1981 zugesagt, der Semmeringtunnel kommt. Dr. Sinowatz als Bundeskanzler hat gesagt, jawohl, er wird gebaut. Bundeskanzler Vranitzky, selbstverständlich auch. Jetzt der Bundeskanzler Mag. Klima, natürlich auch – dem glaube ich es auch.

Ich habe etwas anderes auch herausgeschrieben, und zwar der Herr Chefredakteur Griess von der „Neuen Zeit“ hat einmal vor ganz kurzer Zeit gemeint, sie sind „in die Pflicht zu nehmen.“

Ich habe mir die Arbeit angetan, die Verkehrsminister, die alle euch angehören, herauszuschreiben, von 1981 an: Laussecker, Lacina – Entschuldigung, wenn ich die akademischen Titel weglassen –, Streicher, Klima, Scholten, Einem. Das sind auch nicht wenig. Und wenn ich dann weitergehe, die Finanzminister hier aufzulisten – Androsch, Salcher, Vranitzky, Lacina, Klima, Edlinger.

Ich möchte nur sagen, wenn du meinst, nur eure Regierungsmitglieder auf Bundesebene bringen etwas weiter, dann frage ich dich wirklich, wo hier etwas weitergegangen ist, denn die Verantwortung lag ausschließlich dort. (Abg. Schrittwieser: „Ich habe die steirischen gemeint!“)

Und Siegfried, wenn du meinst, du hast den Herrn Landeshauptmann und Bürgermeister Dr. Häupl auf die Spur gebracht, und wir sollen in Niederösterreich nachdrängen, dann darf ich dir den Kurier vom 31. Juli 1997 zitieren: „Semmering-Milliarden umschichten! Landeshauptmann Pröll befindet sich in bester Gesellschaft mit Landeshauptmann Stix und Landeshauptmann Dr. Häupl.“ Also, bitte schön, so kann es nicht sein. Ich würde dich bitten, in eurer Fraktion auch deine Herrschaften drüber dem Berg in die Spur zu bringen. (Abg. Schrittwieser: „Dieses Foto hat uns so aufgeregt, daß wir gesagt haben, so nicht. Dann haben wir mit dem Häupl geredet und dann hat er den Widerstand aufgegeben!“) Da gibt es aber einen zweiten auch noch. Das ist alles für uns Steirer nicht in Ordnung, und wir bekennen uns dazu.

Aber das kann es nicht sein, daß es nur immer heißt, schauts in Niederösterreich, daß auf eurer Seite etwas weiterbringt, und auf der anderen Seite ist man aber selbst hier in einer unangenehmen Situation. (Landesrat Ing. Ressel: „Ich wollte Ihnen nur sagen, daß es nachgewiesenermaßen einen einstimmigen Beschluß des SPÖ-Parteipräsidiums gibt. Ich glaube, da können wir sehr froh sein. Es wäre schön, wirklich jetzt im Interesse der Sache, wenn hier die Parität hergestellt werden könnte, weil ja mit der Freiheitlichen Partei nicht zu rechnen ist in dieser Frage!“) So ist es! (Landesrat Ing. Ressel: „Ein Ministerratsbeschluß bedarf der Einstimmigkeit!“ – Abg. Schützenhöfer: „Das ist ein Glück für uns!“) Na gut, aber Sie haben ja die Ausführungen Ihres Abgeordneten Schrittwieser gehört, so kann es bitte nicht sein.

Und nochmals, seit 1987 gibt es das Konzept „Neue Bahn“. Ich habe so viele Entschließungsanträge da, daß ich jetzt gar nicht alle vorlesen möchte und sie mit diesen Dingen nicht mehr belästigen möchte. Da sind Ministerratsbeschlüsse und, und, und.

Ich glaube, daß uns jede Initiative recht sein muß, ob das jetzt die „Neue Bahn“ oder die Aktion von der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und vom Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek mit den Bürgermeistern ist und natürlich jetzt auch diese Unterschriftenaktion, wo du, Sigi, bestätigen kannst, daß wir, die den Tunnel wollen, auch diese Aktion letztendlich unterstützen, auch wenn diese von euch gekommen ist. Denn eines wissen wir genau, die Südostspange – ich sage das zum zweiten Mal hier – kommt nicht, Österreich kann es sich nicht leisten, daß es im Süden umfahren wird. Und ich meine daher, verehrte Damen und Herren, ich will das alles nicht weiter hier aufzählen auf Grund der fortgeschrittenen Zeit, aber hier muß es einen Schluß geben. Und ich möchte an die Adresse der SPÖ wirklich jetzt appellieren, einmal aufzuhören immer nur über dieses eine Bundesland zu reden, sondern auch ins eigene Haus Ordnung zu bringen, und daß wir gemeinsam dieses wichtige Projekt für Österreich und darüber hinaus endlich einmal in den Angriff nehmen können.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 22.49 Uhr.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Wiedner das Wort. Als nächster kommt dann Dr. Brünner.

Abg. Wiedner (22.49 Uhr): Herr Präsident, meine Herren Landesräte!

Nachdem jetzt der Kollege Schrittwieser und Kollege Straßberger die Leistungen ihrer Regierungsmitglieder vor den Vorhang gezogen haben und auch so groß verkündet haben, was alles geleistet wurde, dann frage ich mich nur, was bis jetzt von diesen ganzen Leistungen auch umgesetzt wurde. Ankündigen 11 Milliarden, das ist keine große Kunst, das haben wir schon öfter angekündigt, aber umgesetzt bis jetzt haben wir noch gar nichts. Und einerseits freut es mich ja, aber andererseits, wenn ich dieser Diskussion zuhöre, glaube ich ja fast, die Freiheitlichen sitzen allein in der Regierung. Weil uns will man den Schwarzen Peter zuschieben, wir verhindern. Der Kollege Straßberger hat es gesagt, wie lange die SPÖ den Bundeskanzler, den Finanzminister und den Verkehrsminister stellt – was ist bis jetzt weitergegangen?

Es sollten gescheiter diejenigen vor der Türe kehren, die immer die anderen beschuldigen, das heißt selbst in Wien intervenieren, und bitteschön, der Pröll behindert die ganzen Verfahren, und nicht, weil der Rosenstingl gesagt hat, die Sache ist zu hinterfragen. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber wir haben jetzt eigentlich ein regionales Thema. Der regionale Planungsbeirat von Leibnitz – Leibnitz reicht zwar weit hinauf, aber nicht bis zum Semmeringbasistunnel. In diesem Planungsbeirat wurden die Arbeitsgruppen eingerichtet und die Infrastruktur neu beschlossen. Es gibt viele Punkte, die ich als Mitglied des Planungsbeirates bei- oder mittragen kann, und neben vielen Straßenkreuzungen ist speziell die Zweigleisigkeit ein Problem, das ich auch kurz ansprechen möchte. Viele haben schon darauf hingewiesen, ich möchte speziell auf die Gefahr der Umfahrung hinweisen.

Vorerst noch eine kleine Sache zu dem Bezirk Leibnitz. Es ist jetzt gelungen, den Bezirk zu gliedern, zu definieren. Es wird der Nordosten des Bezirkes Wohn- und Naherholungsgebiet, es wird die Mitte des Bezirkes, also die Linie Werndorf – Spielfeld für den Infrastrukturausbau weitergeführt, Betriebe- und Industriensiedlung. Und es wird im Bereich des Westens irgendwo von der Gegend Gleinstätten bis runter an die Grenze darüber nachgedacht beziehungsweise es gibt schon Gespräche dafür, es gibt teilweise schon Planungen dafür, und das wird speziell dich, Martin, freuen und auch den Herrn Landesrat Hirschmann, es wird darüber nachgedacht, aus dieser steirischen Toskana den Naturpark Weinland zu schaffen.

Wir wollen aber zurückgehen zur Zweigleisigkeit. Die ÖBB, wie Sie wissen, ist ja derzeit ein selbständiger Wirtschaftskörper, und das marktwirtschaftliche Denken greift Platz. Es wird nur mehr dort investiert, wo es sich lohnt, und das ist scheinbar auf der Westbahn, dort will man es achtgleisig machen, und die Südbahn bleibt stehen. Wie sieht es südlich von Graz

aus? Der Strudelteilig – (Abg. Heibl: „Ich will es zweigleisig, du willst es zweigleisig, ich will es zweigleisig, also haben wir eh schon sechs Gleise hinunter.“) Ja, du, ich hoffe, Otto, ich hoffe. Wir wollen ja gar nicht sechs Gleise haben, wenn wir zwei schaffen, haben wir sehr viel schon geschaffen, aber wenn es immer wieder von den Zentralstellen zurückgespielt wird. Es ist die Gefahr da, daß wir im Osten über Ungarn und Slowenien umfahren werden. Es sind bereits konkrete Planungen im Gange, es sind bereits Absteckungen der Strecke im Gange, und bis zum Jahre 2002, laut „Kleine Zeitung“ vom 29. August, werden 36 Züge bereits diese neue Strecke befahren, die über Murska Sobota hinauf nach Körmend führt. Was das für uns bedeutet, wenn wir nicht rasch den Anschluß schaffen, und da ist es zu wenig, Herr Landesrat, wenn wir nur bis Kalsdorf gehen, wir müssen doch hinuntergehen bis Spielfeld, müssen den Anschluß schaffen bis südlich von Marburg, damit wir dort an die großen Bahnlinien angedockt werden. Wenn wir dort nicht hinkommen, dann können wir Gorbatschow zitieren, der gesagt hat: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Ich hoffe, uns geht es nicht so. (Beifall bei der FPÖ. – 22.53 Uhr.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Brünner das Wort.

Abg. Dr. Brünner (22.54 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir werden dem Beschlußantrag SPÖ und ÖVP, betreffend die Neue Bahn, nicht zustimmen. Ich habe mir das ein bißchen belustigt angehört, diesen Konkurrenzstreit Klasnic gegen Ressel, wer also sich die Federln hier auf den Hut heften kann. Ich möchte nur in Erinnerung rufen, daß die Bundesregierung für Aichfeld-Murboden 120 Millionen Schilling seinerzeit zugesagt hat, die bis heute nicht gekommen sind. Wir sind, was diesen Beschlußantrag anbelangt selbstverständlich für den Koralmtunnel, wir sind für den Containerterminal, wir sind auch für den Ausbau der Bahnverbindung Wien-Graz, aber erst dann, wenn die finanziellen Grundlagen dafür ausreichend sichtbar sind. Diese 11 Milliarden, die hier beschlossen worden sind, das möchte ich mir einmal anschauen, wie die dann wirklich in die Steiermark fließen. Die Finanzierung des Semmeringbasistunnels ist für meinen Geschmack nach wie vor in den Sternen, hier wird der Ball gespielt zwischen privater Finanzierung und öffentlicher Ausfallhaftung, erst dann, wenn diese Finanzierungsgrundlagen geschaffen sind, werden wir für die Frage Semmeringbasistunnel ja oder nein zugänglich sein. (22.55 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich werde in folgender Reihenfolge abstimmen lassen. Wer dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 520/1, zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist die einstimmige Annahme.

Wer dem Beschlußantrag der SPÖ und ÖVP, betreffend die raschestmögliche Realisierung des Semmeringbasistunnels und des Projektes „Neue Südbahn“, zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

23. Bericht des Kontroll-Ausschusses über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 449/1, über die Autobahn- und Umfahrungsprojekte der Österreichischen Autobahnen- und Schnellstraßen AG.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Hans Löcker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Löcker (22.57 Uhr): Kolleginnen und Kollegen, es geht um den Wahrnehmungsbericht des Bundesrechnungshofes über verschiedene Autobahn- und Umfahrungsprojekte der ÖSAG, also der Österreichischen Autobahnen- und Schnellstraßen AG. Bei uns in der Einl.-Zahl 449/1 beraten und im Detail diskutiert im Kontroll-Ausschuss. Es geht um die Umfahrung Klagenfurt und die Umfahrung Zell am See und die Nordumfahrung Lofer. Es sind verschiedene Mängel ausgewiesen in diesem Bericht, allerdings hat die Kurzform das Prüfungsergebnis zusammengefaßt. Unter Berücksichtigung der Komplexität der Baulose ergab sich für den Rechnungshof ein weitgehend positiver Eindruck der Bauabwicklung und Abrechnung.

Der Kontroll-Ausschuß stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen, den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über Autobahn- und Umfahrungsprojekte der Österreichischen Autobahnen- und Schnellstraßen AG. zur Kenntnis zu nehmen. (22.58 Uhr.)

Präsident: Danke. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie zustimmen, bitte ich Sie um ein Handzeichen. Danke, Gegenprobe. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

24. Bericht des Kontroll-Ausschusses über den Sonderbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 450/1, über die Ostautobahn.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Christian Brünner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Brünner (22.58 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es geht um den Sonderbericht des Rechnungshofes über die Ostautobahn. Das ist die Autobahn von Parnsdorf bis zur burgenländisch-ungarischen Grenze mit einem Zubringer Neusiedl am See. Der Rechnungshof hat einige Sachverhalte bei diesem Autobahnbau beanstandet. Gravierend war, daß nicht der Erstbieter oder der Bestbieter zum Zug gekommen ist. In Summe aber kann man den Rechnungshofbericht so sehen, daß dieser Bau als gelungen anzusehen ist, auch was die Kosten anbelangt, sie blieben im Durchschnitt der Autobahnkosten in Österreich.

Der Kontroll-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 16. September 1997 über den Sonderbericht des Rechnungshofes über die Ostautobahn, Einl.-Zahl 450/1, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Kontrollausschuß stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Sonderbericht des Rechnungshofes über die Ostautobahn wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (22.59 Uhr.)

Präsident: Danke!

Es gibt keine Wortmeldung.

Wenn Sie zustimmen, bitte ich Sie um ein Handzeichen.

Danke! Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme fest und komme zum Tagesordnungspunkt

25. Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 582/1, über den Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 26, betreffend die Überprüfung der Österreichring Gesellschaft m.b.H.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Ing. Herbert Peinhaupt. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Peinhaupt (23.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Kontroll-Ausschuß hat sich in seinen Sitzungen am 3. Dezember 1996 und am 16. September 1997 mit dem Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 26, betreffend die Überprüfung der Österreichring Gesellschaft m.b.H., auseinandergesetzt.

Der Bericht wurde dem Haus zugewiesen. Die gesetzlichen Vorschriften wurden eingehalten.

Auf Grund der oftmaligen und heftigen Diskussionen nehme ich an, daß Ihnen der Inhalt bekannt ist.

Der Kontroll-Ausschuß stellt daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 26, betreffend Überprüfung der Österreichring Gesellschaft m.b.H., wird zur Kenntnis genommen. (23.00 Uhr.)

Präsident: Danke!

Zu Wort gemeldet ist als erster der Herr Berichterstatter. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Peinhaupt (23.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es war heute doch eine Freude, den Landesrat Hirschmann hier auf dem Regierungspult zu sehen, einen, der von der Sonne des Österreichrings gebräunt war. Er hat auch politisch wieder ein bißchen an Farbe gewonnen. Nur, Landesrat Hirschmann dürfte ja in der ÖVP eine Doppelfunktion erfüllen, denn ich erinnere mich zurück an das jetzige Erfolgsgeschrei, „Landesrat Hirschmann, der große Macher, er hat ein Leitprojekt in die Region gebracht, und es ist ein gutes Projekt.“ Aber ich kann mich im gleichen Atemzug auch an die Diskussion im Zusammenhang mit der Wahl erinnern. Ich glaube sogar bei der letzten Landtagsdiskussion, wo ich der Frau Landeshauptfrau vorgehalten habe, daß sie all das, was Josef Krainer aufgebaut hat, in einem halben Jahr kaputt gemacht hat, da ist hier das Wort gefallen, „der Krainer hat ja fünf Mandate, und der Hirschmann hat die restlichen fünf verloren.“

Also, Gerhard Hirschmann hat sich, wie er sich selbst in einer Pressekonferenz bezeichnet hat, vom Schuhputzer der Partei anscheinend wieder zum Star entwickelt, und dazu haben Sie heute alles Recht, ihm zu gratulieren und zu sagen, „Gerhard, das hast du doch gut gemacht und hast nicht nur unsere Wahl verloren.“

Meine Damen und Herren, warum ich mich zu dem Bericht zu Wort melde von seiten der Freiheitlichen, mir geht es nur um die Doppelbödigkeit, die hier in dem Haus betrieben wird. Es ist ja nichts Neues. Aber wenn ich der heutigen „Kronen-Zeitung“ entnehme, daß „ÖVP und SPÖ die 120 Bundesmillionen einfordern“, dann muß ich mich fragen, ob ihr durch dieses Light-Projekt – jetzt als Licht geschrieben – vielleicht ein bißchen erleuchtet worden seid, denn ich kann mich sehr wohl an die Budgetdebatte im April 1996 erinnern, wo es einen Freiheitlichen Antrag gegeben hat, der auch wieder die Weiterverhandlung um die 120 Millionen mit dem Bund gefordert hat, wo ÖVP und SPÖ in trauter Gemeinsamkeit gesagt haben: „Nein, das interessiert uns nicht.“ Jetzt nehmt ihr den gleichen Antrag auf und geht damit hausieren und sagt: „Na freilich, jetzt holen wir uns die 120 Millionen, jetzt liegen wir ja in einem Bett.“

Für die weitere Diskussion darf ich Ihnen, meine Damen und Herren von der ÖVP, diese Broschüre als Argumentationsgrundlage hierlassen und, meine Damen und Herren der SPÖ, Ihnen diese Argumentationsgrundlage. Vielleicht kommen Sie jetzt auf einen Nenner, ich wünsche es Ihnen.

Ich darf abschließend den Beschlußantrag der Freiheitlichen Partei einbringen:

Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung, betreffend die 120 Millionen Bundeszusage zur A-1-Ring-Finanzierung.

Laut Stenographischem Bericht vom 19. September 1995 führte Herr Landesrat Dr. Hirschmann wörtlich aus:

„Wir haben sehr intensive Verhandlungen geführt um einen Bundeszuschuß. Das ist nicht leicht in dieser Zeit, das können Sie sich vorstellen. Der Kollege Ressel und ich waren einmal draußen, und dann haben wir versucht, das auf getrennten Wegen zu erreichen. Er hat mit 40 Millionen Schilling an Bundeszuschuß schlußendlich gerechnet. Ich habe dann, nach einem Telefonat mit dem Minister Staribacher, dem rasch eingeleuchtet hat, muß ich sagen, wer der Hauptnutznießer natürlich dieser Sache ist, und einem sehr angenehmen und sehr kurzen Gespräch mit dem Herrn Vizekanzler Schüssel dann dem Kollegen Ressel mitteilen dürfen, daß wir 120 Millionen Schilling, auf fünf Jahre verteilt, bekommen. Da hat auch der Herr Bundeskanzler selbstverständlich gerne seine Zustimmung gegeben, denn auch er weiß, daß das ein Zuschuß ist, der x-fach in den nächsten Jahren in die Bundeskasse zurückfließen würde, wenn es ein Formel-I-Rennen gäbe.“

Das am vorigen Sonntag durchgeführte Formel-I-Rennen hat alle Erwartungen übertroffen und bringt für den Bund – als einer der Hauptnutznießer dieser Veranstaltung – eine äußerst positive Einnahmesituation mit sich.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten der Freiheitlichen Partei den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund heranzutreten, um den noch ausstehenden Restbetrag der bereits zugesagten Gesamtsumme in Höhe von 120 Millionen Schilling einzufordern und diesen Restbetrag aus jenen Mitteln zu bedecken, die durch

die äußerst positive Bilanz des ersten Grand-Prix an den Bund fließen werden.

Ich bitte Sie um Unterstützung dieses Antrages. (Beifall bei der FPÖ. - 23.06 Uhr.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Brünner.

Auf der mir vorliegenden Liste ist die Reihenfolge so, wie ich sie gesagt habe. Ich habe das nicht aufgeschrieben.

Abg. Dr. Brünner (23.06 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Grunde genommen wäre es meines Erachtens seriös, wenn wir nicht heute die Debatte über den A-1-Ring führen, sondern abwarten würden, bis die in Auftrag gegebenen Studien über Wirtschaftlichkeitsberechnungen des A-1-Rings einschließlich der Formel I hier vorliegen. Die werden erst in ein bis zwei Monaten vorliegen. Dann wird die Dynamik der politischen Auseinandersetzung darüber hinweggeföhren sein.

Hier wird heute mit Zahlen jongliert, ich habe schon bei einem anderen Tagesordnungspunkt gesagt, 800 Millionen hier, Nichtumwegsrentabilität da. Ich frage mich, wo die Damen und Herren diese Zahlen her haben. Mir sind entsprechende Unterlagen nicht zugänglich und bekannt, und ich glaube, es gibt sie seriöserweise auch nicht, weil jedenfalls die OGM-Studie erst in ein bis zwei Monaten vorliegen wird.

Das als eine Vorbemerkung.

Wie Sie wissen, hat sich das Liberale Forum seinerzeit gegen den A-1-Ring und gegen die Formel I ausgesprochen, und zwar, weil wir der Auffassung waren und sind, daß es unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten wichtigere Projekte als dieses Projekt gibt.

Ich war am Samstag selber oben am A-1-Ring und habe mir dieses Spektakel einmal angeschaut. Ich möchte festhalten, daß ich selber beeindruckt gewesen bin von der Organisation, die in diesen Tagen dort oben an den Tag gelegt worden ist. Es ist nicht einfach, ich weiß nicht, 200.000 Besucherinnen und Besucher in drei Tagen durch das Land zu schleusen. Ich habe an jeder Ecke und in jeder Minute das Gefühl gehabt, daß hier die Organisatoren und die Betreuerinnen und Betreuer die Geschichte im Griff haben. Und ich habe selber etwas gesehen, was ich vorher nicht gesehen habe - auch ich habe mir gedacht, die Formel I ist Einim-Kreis-Fahren -, aber wenn man sich dann die Trucks der Rennfirmen anschaut, wenn man sich die Elektronik anschaut, die hinter diesen Motoren, die da im Kreis fahren, stecken, dann gibt es auch einen High-tech, einen technologischen Aspekt, wenn Sie so wollen, einen Forschungs- und Entwicklungsaspekt, der eben mit einer solchen Veranstaltung verbunden ist.

Und man könnte auch sagen, es macht wenig Sinn, daß wir bemannte Raumkapseln in das All schicken, weil das vielleicht mit unbemannten Satelliten auch möglich wäre, diese Forschungsergebnisse zu erhalten.

Es hilft aber nichts, der Mensch hat einen Erforscher-, Erfinder- und Entwicklerdrang, den ich grundsätzlich als positiv ansehe, und der schlägt auch

in der Formel I zu Buche, obwohl dort mein Herz nicht hängt. Wenn man sich die Wirtschaftlichkeitsüberlegungen anschaut, und wenn man das betrachtet, was bis jetzt an Fakten und Daten da ist, dann wird man nicht umhinkönnen zu sagen, daß sich dieses Projekt A-1-Ring unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten rechnet. Ich stehe nicht an, das zu sagen, obwohl es einen gegenteiligen Beschluß, was die Haltung zum A-1-Ring anbelangt, seitens meiner Partei gibt. Es hat keinen Sinn über Fakten, die dann auf dem Tisch liegen, einfach nur aus parteipolitischen Gründen und nur weil man halt irgendwie hinspucken möchte, hinwegzusehen. Es wird wahrscheinlich so sein, daß unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten der gesamte A-1-Ring, aber auch die Formel I ein positives Projekt darstellt.

Und ich möchte nochmals festhalten, daß ich mir unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten etwas anderes vorgestellt habe. Aber ich stimme Herrn Landesrat zu, daß es keinen Sinn macht, über andere gesellschaftspolitische Projekte zu reden, wenn sie nicht auf dem Tisch liegen. Das ist auch meine Kritik an der SPÖ, ich hätte mich mit gerne einem anderen gesellschaftspolitischen Projekt Ihrer Partei auseinandergesetzt, aber es liegt schlußendlich einfach nichts vor. Und ich hätte mir zum Beispiel vorstellen können, daß man Euro-Cryst entsprechend unterstützt, nur da ist die Geschichte einfach nicht umsetzungsreif. Das wäre so ein Alternativprojekt, wo mein Herz mehr dranhängen würde als am A-1-Ring. Es ist festzuhalten, daß es eben für diese Region keine anderen umsetzbaren Projekte größeren Ausmaßes gegeben hat als dieses Projekt. Ich verstehe auch, daß einer Region, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten gelitten hat unter wirtschaftlichen Umbrüchen, daß einer solchen Region auch wieder Hoffnung gegeben werden muß. Ich habe an dem Samstag mit etlichen Leuten oben, Unternehmerinnen und Unternehmern, Bauern und so weiter gesprochen und habe es einfach gespürt, in diesen persönlichen Gesprächen, daß trotz der Belastungen, denen die Bevölkerung ausgesetzt ist - und sie sehen über diese Belastungen nicht hinweg -, einfach das, was dort oben an diesen drei Tagen, aber nicht nur an diesen Tagen, sondern in diesen 214 Tagen des Jahres passiert ist, den Menschen dort oben Hoffnung gibt, und das ist auch etwas, was ich meine, das eine Partei, auch wir die Liberalen, in Rechnung stellen müssen.

Man könnte jetzt auf dem Standpunkt stehen und man steht auch auf dem Standpunkt Ende gut, alles gut. Ganz so möchte ich es nicht sehen. Ich möchte doch zwei kritische Anmerkungen machen. Mich stört, daß Kostenkalkulationen für Engagements der öffentlichen Hand nicht genauer gemacht werden, als sie seinerzeit gemacht worden sind. Ich verstehe schon, daß unwägbara Dinge bei einer Kostenkalkulation da sind, aber wenn man seinerzeit, glaube ich, von 280 Millionen Schilling ausgegangen ist, dann der Rechnungshof schon 330 Millionen Schilling gesagt hat, und jetzt sind wir bei 400 Millionen Schilling, dann möchte ich das schon auch kritisch anmerken.

Das Zweite, das ich kritisch anmerken möchte, ist der Vertrag mit Ecclestone und der Sachverhalt, daß dieser Vertrag als vertraulich angesehen worden ist. Hier weiß ich wieder, daß ich in einer schwächeren

Position bin. Ich bin mir völlig im klaren darüber, daß die FOCA, daß Ecclestone, den Vertragsinhalt kraft seiner Wirtschaftsmacht diktiert. Und wenn man das Projekt haben will, dann muß man sich diesem Diktat unterwerfen, das ist mir völlig klar, aber die Wirtschaftlichkeitsberechnungen, die die OGM anstellt und anstellen wird, haben eben zur Grundlage, daß tatsächlich sechs Formel-I-Rennen stattfinden. Ich habe den Vertrag selbst nicht gesehen, sondern nur das, was der Landesrechnungshof über den Vertrag berichtet, und da gibt es ein paar Punkte, die ich nur so verstehen kann, daß es Ecclestone doch möglich ist, unter Setzen von Sachverhalten durch ihn, aus dem Vertrag auszusteigen. Und nochmals, man kann hier ambivalent sein, es wurde der Vertragsinhalt diktiert, aber auf der anderen Seite stört mich das auch, daß Wirtschaftsmacht so intensiv auf dem Tisch liegt, daß der Vertragspartner im Grunde genommen keine andere Chance hat, als Ja und Amen dazu zu sagen, auch wenn er im Grunde genommen nur Pflichten auferlegt bekommt und auch wenn dieser Vertrag einseitig zugunsten von Ecclestone oder der FOCA oder wie auch immer gelesen wird.

Nochmals, ich weiß, daß ich da auf verlorenem Posten bin, weil Ende gut, alles gut, und Medien und Öffentlichkeit gehen nach diesem Grundsatz vor. Aber ich glaube, wir sollten trotz der Freude über diesen Erfolg schon auch jene Punkte sehen, die meines Erachtens in diesem Entscheidungsverfahren zurecht kritisiert worden sind.

Ich möchte abschließend festhalten, daß ich unserem Landesgremium, dem Landesforum, wenn dann der Bericht von OGM vorliegt, diesen Bericht vorlegen möchte, und wenn er so aussieht, wie ich es erwarte, dann dem Landesforum, unserem Parteigremium, den Vorschlag machen möchte, daß wir von unserer negativen Haltung dem A-Ring gegenüber abrücken, weil nochmals, ich glaube es keinen Sinn macht, wenn eben etwas sich als positiv herausgestellt hat, auch wenn wir anderer Meinung gewesen sind, dann ständig hineinzuspucken, das ist nicht meine Sichtweise von Politik. (Beifall bei der ÖVP. – 23.15 Uhr.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Bacher.

Abg. Bacher (23.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bin sehr beeindruckt, Herr Professor Brünner. Und so verstehe ich auch Politik, daß man seine Meinung auf Grund eigener Erfahrung und auch durch Zurkenntnisnahme von Erfolgen ändern kann.

Letzten Endes ist das beispielgebend, weil ich habe das selbst erlebt da oben, es ist ein riesiger Impuls für die Region, auch für uns im Bezirk Murau. Und mich würde eigentlich wundern, Kollege Korp und Grabner, was ihr dazu sagt. In einer Region, die jahrelang geprügelt und geprüft wurde durch den Strukturwandel, wo wir heuer die Flugshow gehabt haben mit über hunderttausend Besuchern, wo jetzt der Grand Prix war mit über 200.000 Besuchern und daß man sich so einer Parteidisziplin unterordnen muß, daß man sich nicht hierher stellt und sagt „super, danke, daß so etwas in meiner Region passiert ist“ –

ich verstehe das nicht. Ich verstehe das wirklich nicht, weil andere wären dankbar, wenn so etwas in der Region passiert.

Wir sitzen ja in den EU-Gremien zusammen und machen uns Gedanken, was wir in diesen drei Bezirken umsetzen können. Und es würde euch nicht anstehen, dem Gerhard Hirschmann auch ein Danke zu sagen. Ich bedanke mich bei dir, Herbert Peinhaupt, wir sind stolz auf den Gerhard Hirschmann, daß er das zusammengebracht hat, wir sind auch immer hinter ihm gestanden in dem Zusammenhang, und wir sind auch froh, daß wir die Frau Landeshauptmann Klasnic in diesem Land haben, weil auch sie hat dieses Anliegen immer wieder unterstützt. Und es hat da vor der Wahl im Jahre 1995 auch Plakate gegeben, wo es dann geheißt hat, für den Ö-Ring habts ein Geld, aber für den Spitalsbau habts kein Geld. Am Freitag war in den Medien, daß das LKH Knittelfeld um 500 Millionen Schilling ausgebaut wird, von eurem Landesrat Dörflinger berichtet. Es wird alles gemacht in dieser Region, und wir sind froh, daß auch in diesem Bereich Umsetzungen stattfinden. Und es hat auch vor der Wahl – und meine Vorredner haben das angeschnitten – die Zusage gegeben vom Altbundeskanzler Vranitzky 120 Millionen Schilling für Projekte in der Region. Meines Wissens sind noch keine Millionen geflossen. Herr Kollege Schrittwieser, weil du gesagt hast, ihr seid solche Macher, vielleicht könnt ihr bewirken im Parteipräsidium, daß diese 120 Millionen Schilling endlich einmal in die Region kommen. Und ich verstehe schon nicht, warum man dann möglicherweise wieder Unterschriften sammeln muß, damit wir diese versprochenen 120 Millionen Schilling für diese Region auch wirklich überwiesen bekommen. So verstehe ich Politik nicht, daß man sich hinstellt und irgend etwas großartig verspricht, weil es gerade vor der Wahl ist und weil es einem hineinpaßt (Abg. Ing. Peinhaupt: „Und warum habt ihr selber nicht mitgestimmt?“)

Und dann, Entschuldigung, wenn die Wahl vorüber ist, weiß man nichts mehr davon, und dann muß man wieder bitten und beten und Beschlüßanträge und was weiß ich alles machen, damit wir zu diesem Geld, zu diesen versprochenen Mitteln für diese Region kommen, es ist unwahrscheinlich. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Das ist wirklich unwahrscheinlich. Ihr habt den Beschlüß vom 26. April abgelehnt!“)

Wir machen ja heute wieder einen neuen Vorstoß in diese Richtung. Wir werden ja sehen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Nicht ihr macht den, ihr macht ihn erstmalig!“) Auch ihr.

Ich weiß nicht, ihr prügelt uns, wo der Herr Vranitzky diese Zusagen gemacht hat. Ich weiß nicht, wieso prügelt denn nicht die da drüben. (Abg. Mag. Bleckmann: „Weil ihr euch Dinge auf die Fahnen heftet, die ihr nicht als erste gebracht habt. Das ist es!“) Wir heften uns nichts auf die Fahnen. Du hast ja in diesem Beschlüßantrag, und ich finde das eigentlich witzig, der Regierung vorgeschrieben, wo sie das Geld hernimmt. Der Herr Bundeskanzler wird sich ja wohl überlegt haben, wo er die Mittel hernimmt, wenn er das verspricht und in großen Lettern in den Zeitungen verkündet.

Daher bringen wird auch einen Beschlusantrag ein, gemäß Paragraph 39 Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, und zwar die Abgeordneten Bacher, Schützenhöfer, Vollmann, Grabner, Korp und Tasch, betreffend 120 Millionen Schilling Bundesförderung für die Region Aichfeld-Murboden.

Hör zu, du kennst ihn nicht. (Abg. Mag. Bleckmann. „Ich kenne ihn!“) Du wirst schon sehen, was wir wollen.

In der parlamentarischen Anfragebeantwortung 949/AB vom 29. August 1996 – und zuvor schon in einem Schreiben vom 11. Dezember 1995 gegenüber den Bürgermeistern der Region – hat Bundeskanzler Vranitzky als Alternative zu einer Bundesförderung des Österreichringes eine Regionalförderung in der Obersteiermark, insbesondere in der Region Aichfeld-Murboden, – durch Bundesmittel in der Höhe von 120 Millionen Schilling in Aussicht gestellt.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, die im Zusammenhang mit dem Österreichring zugesagten 120 Millionen Schilling als Regionalförderung des Bundes für die Region Aichfeld-Murboden umgehend zur Verfügung zu stellen.

Ich ersuche um Annahme dieses Beschlusses und danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 23.21 Uhr.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (23.21 Uhr): Hohes Haus!

Eine Wortmeldung wie diese, nachdem was zum Thema Ö-Ring heute alles gesagt wurde, muß notwendigerweise klingen wie eine Abfolge von tatsächlichen Berichtigungen.

Ich habe einiges tatsächlich zu berichtigen (Abg. Peinhaupt: „Aber nicht dich selbst!“) und beginne mit dem, was hier am Schluß, und wie schon so oft am heutigen Tage, fälschlicherweise behauptet wurde, nämlich das von den 120 Millionen, die immer so schwammig dargestellt werden. Ich werde dann den genauen Text der Formulierung zur Kenntnis bringen, damit du das endlich einmal begreifst, lieber Hans Bacher, von was die Rede war und was hier alles geflossen ist und was hier alles nicht fließen konnte, weil es von Leuten verhindert wurde, die absolut nicht auf meiner Seite stehen, mit denen du dann in Verhandlung treten kannst. Ich werde das gleich zur Kenntnis bringen, meine Damen und Herren, und ich brauche gar niemanden anderen zitieren als Ihren Landesrat, der eine Regierungsvorlage eingebracht hat, in der mit Beschlußfassung der Steirischen Landesregierung vom 15. September 1997, also unlängst, wenn ich mich recht erinnere, das wiedergegeben wird, was uns allen und euch allen ebenfalls schon seit mindestens Mai dieses Jahres bekannt ist, was aber einfach im Sinne dessen, was Landesrat Hirschmann heute angesprochen hat, intellektuelle Redlichkeit, unter den Teppich gekehrt worden ist, weil man es einfach zur Argumentation, zur falschen, bewußt irreführenden Argumentation gut brauchen hat können,

den Leuten immer weiszumachen, daß ein Bundeskanzler Franz Vranitzky etwas verspricht und nicht hält.

Ich zitiere aus einer Stellungnahme des Bundeskanzlers, Sektion 4, vom 14. Mai 1997, also nicht unlängst: „Der Stand der einzelnen Projekte stellt sich folgendermaßen dar: Zu den Ende 1995 von Ex-Bundeskanzler Dr. Vranitzky zugesagten 120 Millionen wird grundsätzlich festgehalten, daß diese für die Inanspruchnahme laufender Förderungsprogramme auf Basis einer von den Bürgermeistern der Region übergebenen Projektliste gegeben wurden.“ Der Brief ist dir auch bekannt, ist Ihnen allen auch bekannt, der Brief des Bundeskanzlers an die Bürgermeister, die ihm die Projektliste übergeben hatten. Das ist das, was die Region vom Bund gefordert hat, nämlich die Finanzierung, Cofinanzierung und Hilfe bei der Ausfinanzierung von sieben maßgeblichen Projekten, unter anderem – zitiere ich – die Förderung zur Erschließung der Thermalquelle Fohnsdorf –, derzeit noch nicht möglich, weil kein Projekt eingereicht.

Das ist keine Angelegenheit, die man dem Bundeskanzler in die Schuhe schieben kann, wenn, laut Auskunft der Österreichischen Hotel- und Fremdenverkehrstreuhand, bisher keine Entscheidung darüber getroffen werden konnte, da der Einbringer die Gesamtfinanzierung des Projektes nicht ausreichend darstellen konnte – der Einbringer, bitte sehr.

Dann die dritte Baustufe des AEZ Zeltweg – reden wir von etwas, was bereits deflossen ist, damit endlich diese Ziffern einmal klar sind – 7,5 Millionen Schilling Gesamtausmaß, davon 5,4 Millionen Bundesanteil und 2,1 Millionen EFRE-Mittel.

Ich berichte weiter, und zwar zitiere ich die Regierungsvorlage, verfaßt vom Ressort des Herrn Landesrates Paierl, damit man nicht sagt, ich zitiere irgend etwas oder ich behaupte irgend etwas, ich zitiere also Ihre in der Regierung beschlossene Regierungsvorlage. Wenn ich Sie vielleicht einen Monat vorher darauf hingewiesen hätte, hätten Sie mir gesagt, das hat irgend jemand gesagt. Es trifft sich gut, daß das hier nunmehr aus dieser Unterlage zitiert werden kann. Und ich nehme nicht an, daß Sie Ihr eigenes Regierungsmitglied damit belasten wollen, daß er etwas als Vorlage hier ins Haus bringt, von dem er nicht der Meinung ist, daß es richtig ist. Innovationsförderung für die Investition der Zellstoff Pöls AG 61 Millionen, davon 44 Millionen Bundesanteil, 17 Millionen EFRE-Mittel. Innovationsförderung für die Investition der NAPIAG Zeltweg 2,3 Millionen, davon 1,65 Millionen Bundesanteil, 0,65 Millionen EFRE-Mittel. Förderung im Rahmen der RIB 1,2 Millionen, davon Bundesanteil 0,5 Millionen. In Summe 82 Millionen von 120.

Und dann sind noch drei Projekte, die nicht gefördert werden konnten. (Unverständlicher Zwischenruf.) Aber das ist haargenau das, was in seinem Schreiben zugesagt wurde. Ich weiß schon, daß Ihnen das nicht gefällt. Aber dann lesen Sie genau das, was vom Bundeskanzler zugesagt wurde, und nicht das, was Sie hineininterpretieren möchten, aus rein polittaktischen Gründen. Das hat ausschließlich mit politischer Redlichkeit zu tun. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Schützenhöfer: „Es hat das eine mit dem anderen nichts zu tun!“)

Und ich zitiere heute Landesrat Hirschmann, beachten Sie seine Worte, und bleiben Sie politisch redlich. Es gibt die ganz klare Antwort Ihres eigenen Regierungsmitgliedes in dieser Amtsvorlage auf Ihre eigene Anfrage. Und das ist die klare Antwort auf das klare Schreiben des Bundeskanzlers mit den 120 Millionen, wo sie hinkommen und für welche Projekte sie Anwendung finden sollen.

Und wenn mir heute gesagt wurde, mit einem durchaus unpassenden Zynismus, weil ich mir auch wünschen würde, daß dieses Projekt zustandekommen könnte, das Projekt „Science-Center“ ist leider nicht in der glücklichen Lage, bereits Geldmittel zu bekommen, dann fragen Sie die Kollegin Pußwald, die ganz genau weiß, wie Sie wahrscheinlich auch, daß dieses Projekt nur deshalb nicht zustande gekommen ist, weil die Auslagerung des Technischen Museums, das ist die Voraussetzung für dieses Science-Center, von der Frau Minister Gehrer abgelehnt wurde, mit Schreiben vom Dezember vorigen Jahres, nachdem wir zwei, drei Jahre lang uns intensiv bemüht hatten. Das ist nicht eine Schuld des Herrn Bundeskanzlers, der sich sehr eindeutig ausgesprochen hat.

Also, nehmen wir zur Kenntnis, die Projekte, die nicht finanziert werden konnten, sind nicht deshalb nicht finanziert worden, weil der Herr Bundeskanzler das vergessen hat oder eine Versprechung nicht wahrgenommen hat, sondern weil sie einerseits von den Projektanten nicht eingereicht wurden und andererseits von Ihrer Ministerin abgelehnt worden sind. Nehmen Sie das als Klarstellung zur Kenntnis. (Beifall bei der SPÖ.)

Eine weitere Klarstellung. Ich bin gerade bei einer Reihe von tatsächlichen Berichtigungen und ich habe in weiterer Folge zu berichtigen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Warum stehen Sie dann auf dem Beschlußantrag der ÖVP oben? Das verstehe ich jetzt nicht!“) Weil in diesem Beschlußantrag, wenn Sie ihn genau lesen und unterscheiden von Ihrem, erkennbar ist, daß es hier um die Finanzierung jener Projekte geht, die für die Region maßgeblich sind.

Es geht um die Ausfinanzierung. Es geht um die restlichen Finanzen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Nein, für die Region Aichfeld-Murboden!“ – Abg. Dr. Flecker: „Ihr wollt eine A-1-Finanzierung, und wir wollen Projekte!“)

Richtig, wir wollen dafür sorgen, daß die 120 Millionen insgesamt in die Region fließen werden. (Abg. Mag. Bleckmann: „Die sind ja schon da, Sie haben es doch gerade gesagt!“) Haben Sie mir nicht zugehört? Dann würde ich Sie ersuchen, das nächste Mal zuzuhören, ich habe von 82 Millionen gesprochen und hier sind 120 angesprochen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ja, wir reden von den restlichen!“)

Das ist eine Differenz, die also durchaus interessant erscheint vom Bund einzufordern. Und ich glaube auch, daß das richtig ist, hier von jenen 120 Millionen zu sprechen, die seinerzeit im Zusammenhang mit der Ö-Ring-Debatte vom Bundeskanzler für die Region versprochen worden sind. Das ist belegbar, und da kann es Ihnen passen oder nicht, das ist schlicht und einfach das, was man notwendigerweise als tatsächliche Berichtigung hier anbringen muß.

Meine Damen und Herren, es ist ebenfalls ein Problem, wenn heute permanent von Leichtfertigkeit die Rede war, und ich zitiere hier ab sofort nur aus Landesrat Hirschmanns Wortschatz. Leichtfertigkeit im Umgang mit öffentlichen Mitteln, Kurzsichtigkeit bei der Beurteilung von Projekten, Binsenweisheit, wenn es darum geht – ich zitiere die Zeitung vom 22. Juni –, Binsenweisheiten, die also im Rechnungshofbericht stehen, der ein völlig anderes Bild darstellt, als das uns heute vor Augen geführt werden sollte. Wenn es dann heißt, das was im Rechnungshof drinnensteht, ist mir so etwas vorwurscht, dann muß ich sagen, dieser eigentümliche Umgang mit unseren Kontrollinstrumentarien ist auch etwas, was beleuchtet gehört. Und ich würde hier glauben, wenn dann in einem Atemzug das Wort intellektuelle Redlichkeit fällt, dann sollte man sich hier selbst einmal auf die Brust klopfen, insbesondere wenn man dann die Chuzpe hat hierherzutreten, obwohl der Rechnungshof eine ganz andere Ziffer auf den Tisch legt, davon zu phantasieren, daß es sich lediglich um 80 Millionen in dem gesamten 598-Millionen-Paket gehandelt habe, die eingesetzt hätten werden müssen, um die Rennstrecke Formel-I-fähig zu machen. Das ist bitte abseits jeglicher intellektueller Redlichkeit, genauso wie ich es für außerordentlich verwerflich halte, denjenigen, den ich heute als Tourismusverantwortlichen anspreche, wenn ich hier als Landesrat Hirschmann stehe, dann noch mit dem Satz zu animieren, daß er bei dieser Gelegenheit als Gastronom auch Preise verlangen könne, die er sonst nicht verlangen könnte. Ich zitiere wörtlich und bitte das nachzulesen.

Ich habe mich geschreckt, weil ich glaube, das ist nicht die Art und Weise, wie man Tourismus animieren sollte. Und leider ist das auf fruchtbaren Boden gefallen. Denn es gibt auch diese Beispiele. Es ist sehr, sehr bedauerlich, daß es diese Beispiele gibt, weil wir alle – und dazu bekennen sich auch der Kollege Korp und wir auch – der absoluten Überzeugung sind, wenn ein Projekt dieser Art der Region etwas bringt, und das auch auf Dauer etwas bringt. Hier empfehle ich auch einmal, genau auf den Wortlaut des Professor Brünner zu horchen, wenn du ihm applaudierst, dann horche ihm auch zu, wenn er sagt, ernsthaft debattieren über den Sinn, Zweck und nachhaltigen wirtschaftlichen Effekt sollte man wirklich erst tun, wenn die Fakten auf dem Tisch liegen. Wir alle, lieber Freund, haben bereits 17mal, mit dem diesmaligen 18mal, hinter uns, ein Grand-Prix-Spektakel mit dem anhaltenden Effekt, und wir wissen mehr als andere, wovon wir reden. Wir wissen auch, daß es immer wieder die Situation gegeben hat, und wir hoffen, daß es die diesmal nicht gibt, wir hoffen, daß es nicht die Situation gibt, daß nach dem Rausch des Sonntagsfestes, über den wir uns alle freuen, dann die Ausnüchterung kommt – wenige Tage später. Wir wünschen der Region, daß uns diese Ernüchterung erspart bleibt, und daß der Effekt jener ist, von dem der Landesrat träumt. Auch wir träumen von Projekten mit langhaltigen Effekten, auch wir erwarten uns, daß Impulse zu uns kommen mit langanhaltenden Effekten. Aber wir müssen nach wie vor klipp und klar sagen, die Art und Weise, wie hier mit einem Vertrag umgegangen wurde, die Art und Weise wie sich hier das Land Steiermark vor dem Herrn Ecclestone auf den Bauch geflackt hat, ist genau so, wie der Rechnungshof

richtigerweise darstellt, das ist eine Sache, die keines Vertrages bedurft hätte, sondern ist schlicht und einfach eine einseitige Bankrotterklärung der Verhandler seitens des Landes. Das muß im Sinne der intellektuellen Redlichkeit gesagt werden. Das ist Gegenstand dieses Tagesordnungspunktes und damit auch Gegenstand der Debatte gewesen.

Ich glaube, daß wir diese Debatte und die Frage, was ist für unsere Region wichtig, mit einer Information abschließen könnten, von der ich wirklich froh bin, daß sie also heute zu uns gekommen ist in der letzten Nacht, vor zirka 24 Stunden etwa, daß es gelungen ist, seitens der Verhandler der GPI mit der Firma Flander, daß diese jenen Vertrag unterzeichnet haben, hinter dem wir eineinhalb Jahre intensiv her waren und der nunmehr garantiert, daß 1100 Arbeitsplätze bei der ehemaligen Bauknecht Firma bei uns gesichert sind. Dafür ein herzliches Dankeschön allen Verhandlern. (Beifall bei der SPÖ. – 23.35 Uhr.)

Präsident: Ich erteile dem Abgeordneten Dr. Wabl das Wort.

Abg. Dr. Wabl (23.35 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe heute schon beim Tourismusbericht zu diesem Thema Stellung genommen. Ich freue mich auch, daß der Herr Landesrat Hirschmann (Landesrat Dr. Hirschmann: „Deinetwegen!“) – nein, nicht meinerwegen, das wäre zuviel der Ehre – wieder dieser Diskussion beiwohnt, ich halte es auch für notwendig, um es ganz offen auszudrücken. Weil ich bin selbst Obmann des Kontroll-Ausschusses und glaube, egal welche Positionen man bezieht, daß die Diskussion eines solchen Berichtes hier im Haus es einfach erforderlich macht, daß der zuständige Landesrat, der aus seiner Sicht sehr glücklich ist über diesen Grand Prix, auch dieser Diskussion beiwohnt, weil wir, und das sage ich im Interesse einer Weiterentwicklung unserer Verfassung, weil wir einfach ohnedies einen Weg werden gehen müssen und auch gehen sollen, daß Rechnungshofberichte im Interesse der Würdigung der Arbeit der dort Beschäftigten in Zukunft regelmäßig hier ins Haus kommen. Und ich habe das schon ein paar Mal salopp steirisch formuliert, daß dieser Hürdenlauf mit den mehrmaligen Unterschriften und namentlichen Abstimmungen, daß der endlich entfällt. Wir haben einen Beschluß gefaßt, ich hoffe, daß er auch ernst genommen wird, denn ich bin überzeugt davon, daß die Debatte über so wichtige Berichte einfach nicht nur im Kontroll-Ausschuss stattfinden kann, sondern hier im Landtag passieren muß. Ich würde mir aber wünschen, jetzt unabhängig von diesem Bericht über diesen A-1-Ring, daß solche Berichtes des Rechnungshofes nicht am Abend um elf Uhr oder um Dreiviertelzwölf diskutiert werden, wo jeder zu mir als Obmann schon sagt: „Ja tu schnell, tu schnell, wir möchten heimfahren.“ Ich würde auch schon lieber heimfahren, nur glaube ich, daß es einfach die Arbeit des Rechnungshofes notwendig macht, der eine Einrichtung ist, auf die wir alle stolz waren und stolz sind, er wird auch entsprechend dotiert, viele Bundesländer beneiden uns um den Rechnungshof.

Nur, was wir eben feststellen müssen, ist, daß unsere Öffentlichkeit für solche Berichte sehr reduziert ist. Herr Landesrat, ich möchte auch bei dem anschließen, was der Kollege Grabner gesagt hat, du hast bei der letzten Kontroll-Ausschuß-Sitzung gesagt, das hat mich auch sehr tief getroffen: „Mir ist das völlig wurscht, was in dem Rechnungshofbericht drinnensteht.“ Ich verwahre mich dagegen. Ich kann dich natürlich an solchen Äußerungen nicht hindern, nur glaube ich nicht, daß es angebracht ist, daß es demokratiepolitisch gerechtfertigt ist, wenn ein Landesrat heute über einen Bericht eines Rechnungshofes sagt, mir ist er wurscht, wir ziehen das durch und wir nehmen das nicht ernst. Und wenn der Kollege Brünner hier gesagt hat, daß man sehr wohl im Sinne der intellektuellen Redlichkeit die Zahlen prüfen muß, und dann kann man also beurteilen, wie weit von der wirtschaftlichen Seite her ein solches Ereignis positiv zu beurteilen ist, dann sollte ein Landesrat die Kontrolle sehr ernst nehmen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Ein paar sind müde!“)

Ich kann auch schreien. Wer ist schon müde? Lopatka, du hast einen schweren Tag hinter dir. (Abg. Dr. Lopatka: „Du bist so angenehm in der Stimme!“)

Sieht, das freut mich. Soll ich dir etwas zum Trinken bringen? Ich verspreche dir, daß ich wirklich nicht unnötig meine Wortmeldung ausdehne, aber, Herr Landesrat Hirschmann, das war mir einfach ein Bedürfnis, das als Obmann des Kontroll-Ausschusses hier anzubringen. Wir sollten diese Berichte ernst nehmen, wobei ich auch hinzufüge, daß man auch anderer Meinung sein kann als der Rechnungshof. Ich glaube, das muß auch jedem Abgeordneten, jedem Regierungsmitglied überlassen sein, oder hat er auch das Recht, daß er in manchen Punkten der Meinung ist, das ist nicht das Wort Gottes, der Rechnungshof, sondern das ist eine Meinung, die sehr ernst zu nehmen ist, aber man sollte auch das Recht haben, andere Meinungen hier zu deponieren. Das gestehe ich sowohl dem Landesrat Hirschmann als auch anderen zu.

Ich erinnere nur an die Therme Blumau. Da hat der Rechnungshof gesagt, dort nichts mehr investieren. Auch ich war damals der Meinung, daß das ein Wahnsinn gewesen wäre, auf halber Strecke diese Therme Blumau stehen zu lassen. Wir hätten uns weltweit wahrscheinlich blamiert. Also, das sollte da hier auch gesagt sein.

Ein Zweites: Kollege Grabner, ich bin kein Experte für Förderungsmaßnahmen und ich bin auch kein Experte, weil ich da hier vielleicht manchmal, das gebe ich selber zu, mich zu wenig interessiere, in diesem Dschungel, in diesem Dickicht von Förderungsrichtlinien. Aber was die meisten empfunden haben, da hier bei deiner Aufzählung von Projekten, ist, daß das sicherlich Projekte sind, die normalerweise auch gefördert worden wären im Rahmen der Cooperationsförderung Bund, EU und Land. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Sie entsprechen dem genauen Wortlaut der Zusicherung des Kanzlers!“) Aber ich bin überzeugt davon, daß, unabhängig von den 120 Millionen Schilling, die zugesagt worden sind anstatt der Förderung für den A-1-Ring, diese Projekte, die du aufgezählt hast, auch förderungswürdig gewesen wären und auch gefördert worden wären.

Und was manche meinen, die für diese Region hier eintreten, ist, daß 120 Millionen zusätzlich in die Region fließen hätten sollen, und da habe ich den Eindruck, ohne daß ich ein Experte bin, daß diese zusätzlichen Millionen nicht in dem entsprechenden Ausmaß geflossen sind.

Ich glaube, das ist ungefähr das, was ich mir vorstelle. Aber ich will nicht behaupten, daß das der Weisheit letzter Schluß ist. Aber ein bißchen ist der Eindruck im Raum stehen geblieben für mich, daß das ja ohnedies Projekte sind, die in anderen Regionen genauso gefördert werden, wenn sie auf den Tisch gelegt werden, und daher sollte man sich diese Federn nicht auf den Hut stecken. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Es sind jene Projekte, die die Bürgermeister namens der Unternehmungen eingereicht haben. Das hat der Bund ausgesucht!“)

Ja, ja. Aber die Bürgermeister können in der Oststeiermark auch Projekte einreichen und die werden auch gefördert, ohne daß der Bundeskanzler Vranitzky 120 Millionen zugesagt hat.

Also, ich glaube, daß da hier ein kleiner Trugschluß besteht, aber vielleicht ist die Wahrheit in der Mitte, aber jedenfalls das steht noch aus.

Zum Rennen selbst, zum A-1-Ring, zum Grand Prix. Ich habe heute vormittag meine Position schon dargestellt. Ich bin auch jetzt nicht bereit, im Namen der Grünen, nach dem Eindruck dieses Sonntages, wo viele in Euphorie verfallen sind und manchmal so der Eindruck entsteht, das ist ein so nachhaltiges Ereignis, daß das ganze Jahr hindurch so eine Ausstrahlung stattfindet, das zu ändern. Ich bin persönlich trotzdem der Meinung - und davon rücke ich nicht ab -, daß ich das Verherrlichen des Schnellfahrens in Verbindung mit der Umweltbelastung für ein falsches Angebot und für eine falsche Zielsetzung halte. Zu dem stehe ich. Ich habe das auch schon mehrmals erklärt, daß ich glaube, daß wir in einer Zeit leben, wo die Verherrlichung von Raserei, die Verharmlosung des Schnellfahrens, wenn man von Umwegsrentabilität spricht, bei Beachtung der negativen Unfallfolgen, daß die Gesamtbilanz zumindest sehr problematisch ist.

Und wenn man heute nachdenkt, wie man der Verkehrsentwicklung, wie man diesen schrecklichen Folgen - wir haben in Österreich heuer wieder eine Zunahme der Verkehrstopfer zu beklagen -, wenn man darüber nachdenkt, dann muß man erstens deprimiert sein, welches Schauspiel im Nationalrat bei der Promillegrenze geliefert worden ist, welches zögernde Verhalten bei der Einführung des Punkteführerscheins an den Tag gelegt wird, der unerlässlich ist. Ich bin selbst der Meinung, und da bin ich jetzt ehrlich, wenn ich heute mit dem Auto von Fürstenfeld nach Graz fahre, und theoretisch werde ich wegen Schnellfahrens erwischt - und es geht da hier um das Schnellfahren, weil die zwei Faktoren, die eine Rolle spielen bei der Unfallhäufigkeit und bei der Unfallintensität, sind Schnellfahren und Alkohol -, also, wenn ich heute dreimal erwischt werde und ich zahle bei den drei überwachenden Gendarmeriebeamten jeweils 500 oder 1000 Schilling, ist das zwar schmerzlich, aber viel schmerzlicher ist, wenn ich bei jedem Anhalten ein paar Punkte verliere. Ich glaube, das geht Ihnen da auch so, wenn Sie dann am Schluß nur mehr einen Punkt haben und Sie brauchen das Auto, dann fährt

man wahrscheinlich jene Strecke, die man gewohnt ist zu fahren, langsamer. Also, ich glaube, es ist ein Gebot der Stunde, diesen Punkteführerschein einzuführen. Das wäre eine Antwort. Oder daß man, wie es in der „Kleinen Zeitung“ auch als Aktion gestartet ist, den Stufenführerschein einführt.

Man sollte aber auch eines überlegen, in welcher Zeit leben wir, wo wir einerseits 130 Kilometer pro Stunde auf Autobahnen und 100 Kilometer pro Stunde auf Bundesstraßen haben und im Gegenzug - vom Grand Prix rede ich gar nicht - Autos zulassen in Österreich, die 200 Kilometer pro Stunde, 250 Kilometer pro Stunde gehen. Wenn ich heute, und das sage ich auch noch ganz zum Schluß dazu, lieber Herr Landesrat Hirschmann, auf der Autobahn 130 Kilometer pro Stunde fahre, dann passiert mir nicht selten, daß ich von Motorradfahrern überholt werde, die mit schweren Maschinen aus Japan unterwegs sind, die 170 Kilometer pro Stunde, 180 Kilometer pro Stunde, 190 Kilometer pro Stunde fahren. Und wenn man die Todesziffern sieht, wenn man die schweren Verkehrsunfälle anschaut, halte ich - und dabei bleibe ich und daher werde ich diese reuige Umkehr heute nicht liefern, ich bleibe dabei - diese Verherrlichung der Raserei, die Verherrlichung von Geschwindigkeit in Verbindung mit der Umweltbelastung für den Weg in die falsche Richtung.

Ich habe das heute vormittag schon gesagt, ich habe noch in Erinnerung, wie damals dieser tödliche Unfall war mit zwei Toten an zwei aufeinanderfolgenden Tagen bei einem Grand Prix - der Weltmeister und der Nachwuchsfahrer Ratzenberger. Wehe dann, wenn ein solcher Unfall, was wir uns alle nicht wünschen, am A-1-Ring einmal passiert. Es ist heute vieles sicherer geworden, aber die Gefahr läßt sich nie ausschließen. Daher glaube ich, daß das der falsche Weg ist, und daher werde ich weiterhin die Meinung vertreten, daß das Geld in dieses Projekt falsch investiert ist. Ich respektiere und akzeptiere aber, daß andere anderer Meinung sind und sagen, das ist halt der Lauf der Zeit, man fährt schnell, man hat eine Freude mit dem Im-Kreis-Fahren und so weiter, was auch zwischendurch der Niki Lauda abgelehnt hat.

Ein Zweites noch, zum Vertrag. Da ist vom Kollegen Grabner schon einiges gesagt worden. Ich gebe nur zu bedenken, daß die Frage der Tabakwerbung im Raum steht. Was ist dann, wenn EU-weit ein Tabakwerbungsverbot kommt? Was wird dann aus dem Vertrag? Ich persönlich glaube, daß dieser Weg unerlässlich ist, obwohl ich aus einer Tabakstadt komme, wenn man die Krankheitsfolgen des Tabakkonsums dem gegenüberstellt, was die Tabakindustrie hereinbringt, so muß ich sagen, auch diese Bilanz fällt wahrscheinlich nicht positiv aus.

Und ein Drittes, da geht es aber auch um Grundsätzliches, es gibt den Landtagsbeschluß der ÖVP und der FPÖ über 298 Millionen Schilling. Der ist weit überschritten worden. Da stellt sich jetzt die Frage als Beobachter, was sind Landtagsbeschlüsse dann wert?

Natürlich kann man sagen, das kann auch Wurst sein. Wir wissen ja, es sind Regierungsbeschlüsse oft nichts wert, es sind Landtagsbeschlüsse, die die Regierung auffordern, nichts wert. Aber insgesamt frage ich mich, was ist dieser Landtag wert, wenn er einen

Beschluß faßt, daß man nur 298 Millionen Schilling verbrauchen darf, und zum Schluß hält sich keiner daran?

Das sind also meine Einwendungen. Wir Grünen werden uns mit dieser Frage und weiterhin auch mit dem A-1-Ring befassen, aber ich kann eines schon sagen und davon bin ich überzeugt, daß wir weiterhin bei unserer ablehnenden Haltung bleiben werden. Ich sage das nur als Demokraten und wir nehmen auch andere Meinungen als Demokrat, zur Kenntnis. Danke schön. (23.49 Uhr.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Landesrat Dr. Hirschmann das Wort.

Landesrat Dr. Hirschmann (23.49 Uhr): Herr Präsident!

Zwei Sätze, Frau Klubobfrau, wenn du das erlaubst. Ich habe den Kollegen Grabner leider nicht ganz gehört, aber ich kann mir vorstellen, was er gesagt hat. Dazu möchte ich auch nicht Stellung nehmen. Herr Kollege, ich hätte nur eine Bitte. Es kann – und das werden Sie vielleicht verstehen – für die Obersteiermark gar nicht, wie im übrigen auch für die Ost-, Süd- und Weststeiermark, gar nicht genug Projekte und gar nicht genug Geld geben. Hört auf mit eurer Singerei, wir kriegen eh zuviel Geld aus Wien. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Sie waren offenbar wirklich nicht da, wie ich gesprochen haben, weil das habe ich absolut nicht gesagt!“) Nein, schau, da hat ja der Martin vollkommen recht, wenn Sie hier sagen, wir haben vom Bund soviel Geld für soviel Projekte gekriegt, das ist doch lächerlich. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Vielleicht erkundigen Sie sich bei Ihrem Klubobmann. Wir machen einen gemeinsamen Antrag – mehr Geld in die Region!“)

Völlig d'accord, wenn das in diese Richtung geht. Die Projekte, die da oben gefördert worden sind von Bundesseite, die hätten wir sonst auch gekriegt. Okay.

Zweite Sache, lieber Martin. Ich bin dir dankbar, daß du das angesprochen hast, weil so kann ich das noch aufklären, da hat sich in meiner Abwesenheit der Herr Klubobmann Flecker, sagen wir einmal alterieren müssen, es hat im „Trend“ von einem gewissen Herrn Gogg, oder Grogg oder Krug, weiß ich nicht, ein Redakteur, nicht ein Interview gegeben, sondern der hat irgendeine Geschichte geschrieben über den Ö-Ring. Ich habe sie bis heute nicht gelesen, weil ich so etwas nicht lese, aber es ist mir berichtet worden, was dort gestanden ist, und besagter Herr Krug oder Grogg hat mit mir ungefähr eine halbe Stunde telefoniert und hat mich von der halben Stunde 28 Minuten gefragt, was im Jahre 1971, 1972 oder 1973 mit der Ö-Ring GesmbH. und mit dem alten Verein vom StMTC war. Ich habe mir das geduldig – wie du weißt, ich höre gerne zu – 25 Minuten angehört, ab der 26. Minute habe ich dazwischengeredet, und in der 28. Minute habe ich ihm gesagt „Sie, wissen Sie, was vor 20 Jahren dort oben war, das ist mir völlig wurscht. Wir haben jetzt ein tolles Projekt. Wir haben sehr viel investiert. Ich bin mir sicher, daß das Geld auf verschiedensten Kanälen wieder zurückkommt, und wir hauen uns jetzt nicht unsere Freude durch so dumme Fragen zusammen!“ Und das ist bitte mein authentisches Zitat in diesem Zusammenhang. Und ich freue

mich, wie gesagt, daß das da oben so toll gelaufen ist. (Abg. Dr. Flecker: „Diese sachliche Antwort entspricht Ihrer Intellektualität!“)

Daß ich es mit Ihnen intellektuell nicht aufnehmen kann, das schmerzt mich nicht, weil mit so einem Giganten möchte ich es ehrlich gesagt auch nicht zu tun haben. (Abg. Dr. Flecker: „Das freut mich auch!“) Das würde mich wieder belasten in meinem Leben, Herr Kollege. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 23.52 Uhr.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Landesrat Ing. Ressel das Wort.

Landesrat Ing. Ressel (23.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich wollte nur kurz auf drei Aspekte in dieser Causa eingehen. Zum ersten vielleicht dem menschlichen. Ich glaube, was man einmal akzeptieren kann und muß, ist, daß sich alle im Verlaufe dieses Projektes sehr bemüht haben und sehr engagiert haben. Das ist zum einen der Kollege Dr. Hirschmann, das nehme ich aber auch für mich und für viele andere in Anspruch. Dann nehme ich noch etwas in Anspruch, daß es der Versuch war, das Richtige zu tun. Die Mehrheit in diesem Landtag hat entschieden.

Der zweite Aspekt ist der sportliche. Der sportliche Aspekt ist nie in Frage gestellt worden. Wenn einer ein Motorfan ist, dann wird ihm das gefallen, wenn einer kein Motorfan ist, wird er das ablehnen, dann wird er auch dieses Event ablehnen.

Und vielleicht noch ein paar Worte zum dritten Aspekt, denn das war ja die Ursache, daß wir es getan haben, der wirtschaftliche Aspekt. Hier fürchte ich, daß wir uns zuviel erwarten. Es wird auch hier die Zeit ins Land ziehen, und wir werden dann in aller Ruhe feststellen können, welche wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Vorhaben hat. Ich darf doch noch einmal daran erinnern, das war die Ursache, warum wir dieses Vorhaben gestartet haben und mit unterschiedlicher Meinungsbildung dann entweder bejaht oder verneint haben. Ich wollte Ihnen nur sagen, es ist nicht vorbei, sondern geht weiter. Ich hoffe, daß das wirtschaftliche Ergebnis einigermaßen ist. Persönlich – ich mache daraus gar kein Hehl – sehe ich es nicht. Die Zahlen, die heute existieren sind sehr euphorisch, durch nichts nachzuvollziehen. (Abg. Riebenbauer: „Wir werden es sehen!“) Ja, lieber Kollege Riebenbauer, wir werden es ja dann sehen und wir werden schauen, was dort überbleibt, denn das war das Ziel. Und ich wollte also hier wirklich nur sagen und werde mich auch bemühen dann in Zukunft festzustellen, was dort tatsächlich passiert ist. Ich sage das ohne Groll, aber doch mit dem leichten Unbehagen, daß wir den Erfolg wahrscheinlich nicht haben werden. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 23.55 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme zur Abstimmung.

Erstens: Wer dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 582/1, zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zweitens: Wer dem Beschlußantrag der FPÖ, betreffend 120 Millionen Bundeszusage zur A-1-Ring-Finanzierung, zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Drittens: Wer dem Beschlußantrag der ÖVP und SPÖ, betreffend 120 Millionen Schilling Bundesförderung für die Region Aichfeld-Murboden, zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Der Antrag ist einstimmig angenommen.

26. Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 583/1, über den Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 29, betreffend die stichprobenweise Überprüfung der abwasserwirtschaftlichen Aufgabenerfüllung des Fachabteilungsgruppe Landesbaudirektion – Bericht, Stellungnahmen und Repliken.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Ing. Hans Löcker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Löcker (23.56 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Eigentlich bedaure ich auch, wie schon zum Teil die Vorredner gesagt haben, daß wir jetzt schon nach Mitternacht einen Bericht diskutieren oder zur Kenntnis nehmen sollen, dessen Umfang voraussetzt, daß da verschiedene Beamte des Landes wochenlang gearbeitet haben beziehungsweise zur Stellungnahme der Repliken ebenfalls Wochen an Zeit aufgewendet wurden, und ich kann mir vorstellen, daß diese involvierten Personen sich fragen, ob es in Zukunft noch einen Sinn hat, mit derart großem Einsatz Berichte zu verfassen, wenn sie den Landtag in einer Ermüdungsstunde gerade noch berühren. Ich glaube, hier ist die Effizienz wirklich nicht gegeben und man sollte sich darüber Gedanken machen.

Was den Bericht selbst betrifft. Er ist vier Zentimeter dick und darauf einzugehen ist sinnlos in dieser Stunde, aber im wesentlichen geht es natürlich um die Umwelt beziehungsweise um die Abwasserentsorgung auf Grund der Wasserrechtsnovelle 1990, aus dieser ja dem Land Steiermark die Verpflichtung entstanden ist, innerhalb von zehn Jahren rund 21,5 Milliarden Schilling zu investieren. Allein dieser Betrag sagt schon sehr viel aus. Die Vollziehung der Umweltförderung erfolgt größtenteils durch die Länder und auf deren Kosten. Zudem fördert das Land Steiermark die Abwasserbeseitigung direkt jährlich mit rund 160 Millionen. Seit April 1993 bis Ende 1995 wurden im Rahmen des Umweltförderungsgesetzes 349 kommunale Abwasseranlagen mit Investitionskosten von rund 5,84 Milliarden Schilling positiv begutachtet und zusätzlich die Projekte mit rund 400 Millionen Schilling direkt gefördert.

Die ökologischen Prioritäten werden anhand des Steirischen Abwasserwirtschaftsplanes beurteilt, die Variantenuntersuchung durch die Fachabteilung III ausgeführt.

Der Rechnungshof kritisiert, daß die betroffene Bevölkerung über die Variantenuntersuchung nicht beziehungsweise unzureichend informiert wird und kaum Mitspracherecht besteht. Der Rechnungshof empfiehlt, die ökologischen Prioritäten der Abwasserentsorgung inhaltlich zu bestimmen. Insgesamt stellt

er fest, daß das Land die personellen Voraussetzungen für die Vollziehung des technischen Amtssachverständigendienstes im Wasserrecht geschaffen hat, und schließlich muß man auch sagen, daß der Entsorgungsgrad in der Steiermark auf der Abwasserebene in diesem Zeitraum von 67 auf 75 Prozent der Haushalte gestiegen ist, also weit in die dünnbesiedelten Gebiete hinaus.

Nachdem wir aber zurzeit gerade bei der Behandlung des Abwassergesetzes sind, bei den Parteienverhandlungen, erspare ich mir weitere Aussagen, weil sie ohnehin in der nächsten Zeit Gegenstand von Parteienverhandlungen sein werden.

Ich berichte über den Antrag des Kontroll-Ausschusses, wonach der Hohe Landtag beschließen wolle:

Der Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 29, betreffend stichprobenweise Überprüfung der abwasserwirtschaftlichen Aufgabenerfüllung der Fachabteilungsgruppe Landesbaudirektion – Bericht, Stellungnahmen und Repliken, wird zur Kenntnis genommen. (24.00 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Kollege, das ist aber sehr rasch gegangen.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (0.01 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ob ich deshalb in der Beliebtheitskala steige, ist mir, um frei nach Hirschmann zu sagen, Wurst. Ich möchte nur sagen, daß es tatsächlich fast an ein Farce grenzt, und der Kollege Löcker hat das gesagt, daß so eine wichtige Frage erst so spät angesetzt wird. Als Obmann des Kontroll-Ausschusses möchte ich noch einmal betonen, es zahlt sich nicht mehr aus, daß ich jetzt nach 12 Uhr noch eine Front eröffne, aber nach der neuen Geschäftsordnung gibt es ja dann so etwas wie eine Präsidiale, die auch die Tagesordnung erstellt. Ich frage mich in aller Nüchternheit und Offenheit, was man sich bei der Erstellung dieser Tagesordnung in der Form gedacht hat, indem man diese Berichte so weit hinten reiht.

Ich halte das für eine Desavouierung der Arbeit der Rechnungshofbeamten und ich möchte da wirklich die Gelegenheit auch nutzen, ihnen zu danken, weil das ist natürlich deprimierend. Das ist ein riesiger Bericht mit hohem Aufwand, hohem Sachverstand, und mir bleibt jetzt nichts anderes übrig – ich bin, glaube ich, der einzige Redner da -, daß ich mich möglichst schnell über diese Zeilen hinwegschleiche, weil mich jeder schon anschaut und mich am liebsten fressen würde.

Das könnt's nicht, weil da müßt Ihr lange kauen an mir, weil ich habe relativ viel Gewicht.

Aber Spaß beiseite, das sollte nicht mehr passieren. Und ich werde beim nächsten Mal, und Gott sei Dank haben wir jetzt öfters Rechnungshofbericht hier im Landtag, mich dagegen aussprechen. Ich bitte, Herr Präsident, daß man das nächste Mal solche Rechnungshofberichte nicht an den Schluß setzt. Weil, wenn wir heute eine Dringliche auch noch gehabt hätten, dann wären wir noch lange nicht bei dieser Frage. (Abg. Schützenhöfer: „Dann wären wir auch schon so weit!“)

Nein, wären wir noch nicht so weit. Vielleicht müssen wir in Zukunft die Arbeit teilen und am nächsten Tag noch etwas anhängen. Das wird halt nicht zu vermeiden sein.

Ich halte es der Angelegenheit und der Problematik für unwürdig und unangemessen, daß man das heute hier um Vierteleins herunterhudelt.

Ich möchte mich wirklich kurz halten, und der Kollege Löcker hat es ja auch gesagt, aber diese Frage der Abwasserbeseitigung in der Steiermark, vor allem im ländlichen Raum, ist eine wichtige Frage, vor allem für die Landwirtschaft. Und wer, so wie wir Grünen, mitverfolgt, wieviel Konflikte und welche Konflikte es gibt, der kann verstehen, daß wir diesem Thema besonderes Augenmerk zuwenden. Und wenn man vom Sozialpaket spricht und von Belastungen, das sind auch extreme Belastungen, die unsere Bewohnerinnen und Bewohner treffen, und wir haben die Hände voll zu tun, um hier eine vernünftige Lösung zu finden. Ich kann also dem Landesrat Pörtl – es gibt manchmal schärfere Attacken gegen ihn, aber jetzt ist es 12 Uhr vorbei – und auch seinen Beamten zugestehen, daß erfreulicherweise, und auch dieser Rechnungshofbericht hat dazu beigetragen, der Zug in Richtung eines ausgewogenen Abwassergesetzes offensichtlich auf guten Schienen steht, und daß wir diese schwierige Gratwanderung zwischen optimaler Abwasserentsorgung, sozial verträglicher Belastung der Bevölkerung und Förderung von Kleinkläranlagen, vor allem im ländlichen Raum, also von Pflanzenkläranlagen, aber insgesamt Kleinkläranlagen, daß wir in diesem Dreieck einen goldenen Mittelweg finden, der letzten Endes alle zufriedenstellt. Und das möchte ich hier auch sagen, wir Grünen sind stolz darauf, daß wir hier da manche Denkanstöße geliefert haben, die in der Vergangenheit nicht immer entsprechend gewürdigt worden sind.

Wenn von mangelnder Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung gesprochen wird, das sind eben Tatsachen, die in einem demokratischen Gemeinwesen nicht stattfinden sollten, und daß manchmal falsche Informationen über die gelbe Linie und so weiter passiert sind, und daß Gutachten verlangt worden sind, die einen Haufen Geld kosten, und daß manchmal der Planer wieder mit einer abschließenden Beurteilung beauftragt worden ist usw., also, hier gibt es einige Punkte, die dringend geklärt werden müssen.

Es gibt auch Anschlußkosten, und das werden einige von euch wissen, die aus dem ländlichen Raum kommen, im Bereich von 200.000, 300.000 Schilling, und das wollen wir alle vermeiden. (Glockenzeichen des Präsidenten.) Muß ich schon aufhören? Nein!

Also insgesamt möchte ich wirklich den Rechnungshofbeamten danken, daß sie sich so intensiv mit der Materie befaßt haben. Vor allem möchte ich eines, daß dieser Bericht auch mit dazu beiträgt, das habe ich schon gesagt, daß wir ein entsprechendes Gesetz finden, das wirklich möglichst alle Ansprüche befriedigt – entsprechender Umweltschutz, entsprechende Abwasserentsorgung, entsprechende Schonung der Betroffenen, Würdigung der Landwirtschaft, ich glaube, da gibt es einige, die das auch besonders im Auge haben –, daß man da hier die Quadratur des Kreises löst und eine Lösung findet.

In dem Sinn danke ich und wünsche eine gute Nacht. (0.07 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich darf jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Handzeichen bitten.

Danke! Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

27. Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 584/1, über den Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 30, betreffend die Nachprüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung der Landesaltenpflegeheime Bad Radkersburg, Kindberg, Knittelfeld und Mautern.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (0.07 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Kontroll-Ausschuß hat sich in seinen Sitzungen am 26. Februar 1997 und am 16. September 1997 mit dem Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 30, betreffend Nachprüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung der Landesaltenpflegeheime Bad Radkersburg, Kindberg, Knittelfeld und Mautern, Einl.-Zahl 584/1, befaßt.

Der Landesrechnungshof hat in Übereinstimmung mit Paragraph 18 Absatz 4 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 mitgeteilt, ob und in welchem Umfang der Bericht Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse enthält. Auch den Erfordernissen des Datenschutzgesetzes wurde Rechnung getragen.

Der Kontroll-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 16. September 1997 beschlossen, den Bericht Nr. 30 unter Herausnahme jener Teile, die zwischen den im Landtag vertretenen politischen Parteien unter Mitwirkung des Landesrechnungshofes vereinbart wurden, in der nunmehr aufliegenden Fassung dem Landtag zuzuleiten.

Von einem Drittel der Abgeordneten des Kontroll-Ausschusses wurde gemäß Paragraph 18 Absatz 4 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 begehrt, jene Berichtsteile des Landesrechnungshofberichtes Nr. 30, die durch das Ergebnis der Abstimmung in der Sitzung des Kontroll-Ausschusses vom 16. September 1997 von der Vorlage an den Landtag nicht ausgeschlossen wurden, dem Landtag vorzulegen.

Der Kontroll-Ausschuß stellt daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 30, betreffend Nachprüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung der Landesaltenpflegeheime Bad Radkersburg, Kindberg, Knittelfeld und Mautern, wird zur Kenntnis genommen.

Ich ersuche um Annahme des Berichtes. (0.09 Uhr.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten List das Wort.

Abg. List (0.09 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrat, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Gestatten Sie mir noch eine Minute für die Einbringung eines Beschlusantrages, der von allen hier im Steiermärkischen Landtag vertretenen Parteien unterstützt wird. Denn, Frau Landesrat, wir haben nachher, wenn diese Regierungsvorlage aufliegt, ohnehin genug Zeit, um über diesen kritischen Bericht über die Landesaltenpflegeheime zu diskutieren.

Beschlusantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten List, Schinnerl, Bacher, Purr, Gross, Dr. Brünner und Dr. Wabl.

Der Landesrechnungshofbericht über die Nachprüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung der Landesaltenpflegeheime Bad Radkersburg, Kindberg, Knittelfeld und Mautern übt heftige Kritik an den nicht durchgeführten Verbesserungsvorschlägen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert bezugnehmend auf den Landesrechnungshofbericht – Nachprüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung der Landesaltenpflegeheime Bad Radkersburg, Kindberg, Knittelfeld und Mautern, innerhalb von sechs Monaten über jene Maßnahmen, die zum Zwecke der Beseitigung der Mängel und zur Umsetzung der Vorschläge des Landesrechnungshofes gesetzt wurden, dem Landtag zu berichten (insbesondere in den Bereichen Pflegeheimreferat, ärztliche Versorgung, Brand- und Katastrophenschutz und Wäschereien).

Ich bitte um Zustimmung. (Beifall bei der FPÖ. – 0.10 Uhr.)

Präsident: Ich erteile der Frau Abgeordneten Gross das Wort.

Abg. Gross (0.11 Uhr): Auf Grund der einleitenden Worte des Kollegen List ziehe ich meine Wortmeldung zurück. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt kommen wir zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke! Gegenprobe! Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wer dem Beschlusantrag der Abgeordneten List, Schinnerl, Bacher, Purr, Gross, Dr. Brünner und Dr. Wabl, betreffend Verbesserungsvorschläge des Landesrechnungshofes hinsichtlich der Landesaltenpflegeheime Bad Radkersburg, Kindberg, Knittelfeld und Mautern, zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke! Gegenprobe! Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Es liegt uns ein Antrag vor von den Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Mag. Zitz, Dr. Wabl, Mag. Bleckmann und Ing. Peinhaupt, betreffend Steirische Wissenschafts-, Umwelt- und Kulturprojekträger GmbH. Ich erteile zur Verlesung dieses Antrages dem Herrn Abgeordneten Dr. Brünner das Wort.

Abg. Dr. Brünner (0.12 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Geschäftsordnung verbannt mich an das Ende der Sitzung.

Antrag gemäß Paragraph 57 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Brünner, Keshmiri, Zitz, Wabl, Bleckmann, Peinhaupt, betreffend Steirische Wissenschafts-, Umwelt- und Kulturprojekträger GmbH.

In seiner Beantwortung der schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Brünner, Keshmiri, Zitz und Wabl, betreffend Stillstand der Verwaltungsreform und unsachliche Umgliederungen im Amt der Steiermärkischen Landesregierung, ist Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek nicht ausreichend auf die gestellten Fragen eingegangen. Es ist zwar richtig, daß der Landesrechnungshof Kontrollrechte über die Steirische Wissenschafts-, Umwelt- und Kulturprojekträger GmbH. hat. Dies ändert aber nichts daran, daß mit der Ausgliederung die Kontrollrechte des Steiermärkischen Landtages gemäß seiner Geschäftsordnung über die Tätigkeit dieser GmbH. drastisch verkürzt wurden, da diese Tätigkeit nicht Verwaltung im Sinne der Landesverfassung ist und der Landtag nur die Verwaltung des Landes kontrollieren darf.

Daß die Geschäftsführung der WUK kompetent ist, ist unbestritten. Daß eine schlanke Organisation geschaffen wurde und dadurch der Verwaltungsaufwand minimiert werden konnte, mag sein. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß auch die nebenberuflichen Positionen der Geschäftsführer auszu-schreiben gewesen wären.

Es wird daher von den unterzeichneten Abgeordneten der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Über die schriftliche Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Dr. Brünner, Dr. Wabl, Keshmiri und Mag. Zitz gemäß Paragraph 56 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, betreffend Stillstand der Verwaltungsreform und unsachliche Umgliederungen im Amt der Steiermärkischen Landesregierung, durch Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, soll zu Beginn der nächsten Landtagssitzung eine Besprechung stattfinden.

Ich bitte Sie, Herr Präsident, diesen Antrag zur Abstimmung zu bringen. (0.14 Uhr.)

Präsident: Danke, ein sehr seltener Antrag. Gemäß Paraph 57 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung entscheidet der Landtag ohne Wechselrede über diesen Antrag. Daher darf ich Sie, meine Damen und Herren, ersuchen, durch ein Händenzeichen zu erkennen zu geben, ob Sie diesem Antrag zustimmen. Wenn Sie das tun, dann bitte ich Sie um ein Handzeichen. Danke, Gegenprobe!

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. Damit ist die heute Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird sehr bald auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist beendet. Gute Nacht! (Ende der Sitzung: 24. September 1997 – 0.15 Uhr.)